BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
12. Wahlperiode

Plenarprotokoll
37. Sitzung
02. 03. 89

37. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. März 1989

Inhalt

Initiativen zur Stillegung des AKW Stade

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 8. Dezember 1988
(Drucksache 12/394)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der SPD vom 2. März 1989

(Drucksache 12/476)

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN) 2325
Abg. Hoyer (SPD) 2327
Abg. Ziegler (FDP) 2329
Abg. Niederbremer (CDU) 2331
Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau Lemke-Schulte 2333
Abg. Fücks (DIE GRÜNEN) 2335
Abstimmung 2336

Verhalten des Senats hinsichtlich der im Konkurs befindlichen Firma Dr. Elbel Schleifmittel GmbH in Bremerhaven

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Dezember 1988
(Drucksache 12/398)

Abg. Wilhelms (CDU) 2337
Abg. Ziegler (FDP) 2339
Abg. Schmurr (SPD) 2341
Abg. Fücks (DIE GRÜNEN) 2343
Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer 2344
Abg. Wilhelms (CDU) 2345
Abg. Tiedemann (SPD) 2346
Abstimmung 2347

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1986

Mitteilung des Senats vom 10. November 1987
(Drucksache 12/25)

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1986 der Freien Hansestadt Bremen (Land) vom 4. August 1988

(Drucksache 12/237)

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung und zum Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1986 vom 17. Januar 1989

(Drucksache 12/415)

Abg. Erfurth (CDU) 2348
Abg. Welke (FDP) 2350
Abg. Griesche (SPD) 2351
Abg. Schramm (DIE GRÜNEN) 2353
Abstimmung 2354

Bremisches Ausgleichsprogramm für die Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 28. Februar 1989
(Drucksache 12/470)

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) 2354
Abg. Frau Kahrs (SPD) 2357
Abg. Kuhnert (FDP) 2359
Abg. Urban (CDU) 2361

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit ... 2364
Abg. Kuhnert (FDP) ... 2366
Abg. Urban (CDU) ... 2367
Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN) ... 2367
Abg. Frau Kahrs (SPD) ... 2369
Abstimmung ... 2369

Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN) ... 2370
Abg. Metz (CDU) ... 2371
Abg. Jäger (FDP) ... 2371
Abg. Frau Uhl (SPD) ... 2372
Abg. Fücks (DIE GRÜNEN) ... 2373
Abg. Fücks (DIE GRÜNEN) zur Geschäftsordnung ... 2375

Fehlende Smog-Verordnung in Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 1989
(Drucksache 12/410)

Abg. Niederbremer (CDU) ... 2375
Abg. Neujahr (FDP) ... 2377
Abg. Schaper (SPD) ... 2379
Abg. Frau Dr. Hackstein (DIE GRÜNEN) ... 2380
Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau Lemke-Schulte ... 2381
Abstimmung ... 2383

Ausbaustopp der Querlandebahn Luneort

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 16. Januar 1989
(Drucksache 12/411)

Abg. Schramm (DIE GRÜNEN) ... 2383
Abg. Hoyer (SPD) ... 2385
Abg. Neujahr (FDP) ... 2387
Abg. Wilhelms (CDU) ... 2388
Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr und für das Bauwesen Kunick ... 2389
Abg. Schramm (DIE GRÜNEN) ... 2390
Abg. Tiedemann (SPD) ... 2390
Abstimmung ... 2391
Abg. Wilhelms (CDU) zur Geschäftsordnung 2391

Gentechnologie und Humangenetik

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 17. Januar 1989
(Drucksache 12/414)

Senatsdirektor Professor Dr. Hoffmann ... 2391

E n t s c h u l d i g t fehlen die Abgeordneten Borchers, Dittbrenner.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Leinemann **Schriftführer Ravens**

Vizepräsident v. d. Schulenburg **Schriftführer Tepperwien**

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Justiz und Verfassung und für Sport **Kröning** (SPD)

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau **Lemke-Schulte** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr und für das Bauwesen **Kunick** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel **Beckmeyer** (SPD)

Senator für Inneres **Sakuth** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Kauther** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Kratzsch** (Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Senatsdirektor **Mayer-Schwinkendorf** (Senator für Justiz und Verfassung und für Sport)

Senatsdirektor **Osthaus** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Schirmer** (Senator für Arbeit)

Präsident des Rechnungshofs **Quantmeyer**

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.47 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die 37. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Beruflichen Schule für Gestaltung am Schulzentrum Huchting, eine Klasse der Gewerblichen Lehranstalten Bremerhaven, eine Klasse vom Schulzentrum Pestalozzistraße, eine Gruppe vom Turnverein Jahn, eine Klasse der Allgemeinen Berufsschule, eine Klasse vom Schulzentrum Budjadinger Straße und eine Klasse der St.-Johannis-Schule.

Eingänge liegen nicht vor.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich nicht versäumen, der Abgeordneten Frau Wischer zu ihrem heutigen Geburtstag zu gratulieren.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Initiativen zur Stillegung des AKW Stade

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 8. Dezember 1988
(Drucksache 12/394)

(B)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Stade beschäftigt uns heute nicht zum ersten Mal, und ich fürchte, es wird uns auch nicht zum letzten Mal hier in der Bürgerschaft beschäftigen. Wir vergessen zu schnell, und wir verdrängen zu schnell, was nicht in unseren Alltag paßt. Ich möchte deshalb daran erinnern, in welche Ereigniskette die Große Anfrage zum Atomkraftwerk Stade gehört, die wir heute diskutieren.

Ende letzten Jahres schreckte eine Serie von Störfallmeldungen aus bundesdeutschen Atomkraftwerken die Öffentlichkeit auf. Im Atomkraftwerk Biblis ereigneten sich bereits im Dezember 1987 zwei gravierende Störfälle, die bis an den Rand einer atomaren Katastrophe führten. Sie wurden fast ein Jahr gegenüber den Aufsichtsbehörden verharmlost nach dem Motto: Keine Gefahr, wir haben alles im Griff! Dagegen analysierte das US-amerikanische Fachblatt „Nucleons Week", das den Fall erst öffentlich gemacht hatte, die Gefahr einer Kernschmelze in Biblis. „Die Wirtschaftswoche", sicher kein Blatt, das der Atomfeindlichkeit verdächtig ist, schrieb dazu:

„In der hektischen Diskussion um den Reaktor in Biblis wurden plötzlich aus der gesamten Republik Betriebsstörungen in den Atommeilern gemeldet, die im nachhinein von den Betreibern in die Kategorie ‚Eilt' der offiziellen Gefahrenskala eingestuft wurden. Im nachhinein höhergestuft wurden von den Kraftwerksbetreibern Stade, Phillipsburg II, Krümmel, Gundremmingen, Brunsbüttel, ein Querschnitt der ganzen deutschen Reaktorszene. Hinzu kamen zwei bis dahin der Öffentlichkeit überhaupt nich bekannte Störfälle der gleichen Kategorie in Obrigheim, wo im Oktober 1987 ein Leck an einer der zwei Hauptkühlpumpen aufgetreten war, und in Phillipsburg, wo der Starter für die Notstromaggregate nicht funktionierte." (C)

Damit nicht genug! In Würgassen traten am 10. Dezember letzten Jahres Defekte an einer Schweißnaht des Druckbehälters auf. Dabei kam an das Tageslicht, daß fachlich nicht ausgebildete Leiharbeiter als Schweißer eingesetzt worden waren. Am 20. Dezember ereignete sich ein weiterer Störfall der Kategorie „Eilt" in Lingen. Kurz zuvor wurde im Atomkraftwerk Brokdorf entdeckt, daß seit 1986 bei allen vier Notstromdieselaggregaten wichtige technische Teile fehlten, womit ihre Funktionsfähigkeit in Frage gestellt war. Also die Funktionsfähigkeit eines Systems, das bei einem Störfall lebenswichtig sein kann!

Selten wurde ein sorgsam aufgebauter Mythos so schnell und nachhaltig zertrümmert, der Mythos von der besonderen Sicherheit bundesdeutscher AKW, der nach dem Super-GAU von Tschernobyl besonders heftig beschworen worden war. Damals hieß es, bei uns kann so etwas nicht passieren. Spätestens jetzt müßten alle wissen, es kann passieren, und es wird irgendwann passieren, wenn nicht abgeschaltet wird. Wir leben mit einer tickenden Zeitbombe, die irgendwann explodieren und schreckliche Verwüstungen anrichten wird. (D)

Der älteste kommerzielle Reaktor der Bundesrepublik befindet sich in unserer Nachbarschaft, etwa 75 Kilometer von Bremen entfernt. In diesem Atomkraftwerk Stade wurden 1988 sage und schreibe zwölf meldepflichtige Störfälle registriert. Der schwerwiegendste ereignete sich am 18. September, bekannt wurde er erst im Dezember letzten Jahres. Nach einem Ventildefekt in einer Frischdampfleitung des Reaktors versuchte die Bedienungsmannschaft, das elektronisch verschlossene Ventil wieder per Handbetrieb zu öffnen, um eine Schnellabschaltung zu vermeiden. Das wiederholte Öffnen und Schließen der Ventile und die schließliche abrupte Abschaltung der Turbine erzeugte schwere Druckstöße in den Frischdampfleitungen. Es kam zu heftigen Schwingungen der voluminösen Rohre. Bei einem Bruch hätte es nur noch eine einzige technische Barriere vor dem schlagartigen und massiven Austritt von Radioaktivität aus dem Primärkreislauf gegeben. Das Versagen des Frischdampfsystems in einem Atomkraftwerk ist ein möglicher Weg zur Hölle, will sagen, zur Kernschmelze.

Die Atomgemeinde verweist dagegen auf die Staffelung ergänzender Sicherheitssysteme, die jeden vorstellbaren Störfall vor der Schwelle eines Super-GAU neutralisieren würden, aber die isolierte Be-

(A) trachtung technischer Sicherheitssysteme gaukelt eine falsche Sicherheit vor. Katastrophale Unfälle in Atomkraftwerken entstehen und verstärken sich aus einer Verkettung von technischen Defekten und menschlichen Fehlhandlungen. Genau das war im Ansatz bei den Störfällen in Biblis und Stade der Fall.

Nun ist die besondere Unfallträchtigkeit des Atomkraftwerks Stade keine neue Erkenntnis, auch nicht für die Bremische Bürgerschaft. Bereits im Januar 1987 kam das erste Risikogutachten der Gruppe „Ökologie" Hannover, gestützt auf die offiziellen Genehmigungsunterlagen und TÜV-Berichte, zu alarmierenden Ergebnissen.

DIE GRÜNEN haben am 19. Januar 1987 die Bürgerschaft mit einer Großen Anfrage mit dem Titel „Konsequenzen aus dem Unsicherheitsgutachten zum AKW Stade" konfrontiert. SPD-Fraktion und Senat, in Gestalt von Frau Lemke, äußerten sich damals besorgt, bekräftigten ihre Forderung nach einem generellen Ausstieg aus der Atomenergie und erklärten sich im übrigen für nicht zuständig.

Ein ähnliches Schicksal war unserem Antrag „Sicherheitsrisiken des AKW Stade" vom Mai 1987 beschieden. Die Bürgerschaft sprach sich mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN für die Stillegung des Schrottreaktors Stade aus, aber die Aufforderung an den Senat gegenüber der niedersächsischen Landesregierung, eine entsprechende Initiative zu ergreifen und darüber hinaus alle juristischen Möglichkeiten zur Aufhebung der Betriebsgenehmigung für das (B) AKW Stade auszuschöpfen, wurde von der SPD-Fraktion aus dem Antrag herausgestimmt. Wiederum Prinzip Eriwan: Im Prinzip sind wir dagegen, aber konkret tun wir nichts dafür.

(Zuruf des Abg. H o y e r [SPD])

Am 9. Juni fand im Niedersächsischen Landtag eine Anhörung statt, bei der sich TÜV und Kritiker des AKW Stade gegenübersaßen. Dabei spielte die Gefahr eines Leitungsbruchs im Frischdampfsystem als Auslöser einer atomaren Katastrophe eine zentrale Rolle. Es war unstrittig, daß diese Anlage heute nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Sie soll deshalb in den nächsten vier Jahren mit einem Aufwand von 100 Millionen DM erneuert werden. In vier Jahren aber kann viel passieren!

All das hat den Senat nicht zu politischen oder rechtlichen Initiativen veranlaßt. Er müßte über die Sicherheitsrisiken des AKW Stade hochgradig alarmiert sein, statt dessen hat er sich hochgradig desinteressiert gezeigt. So ist es bis heute! Zwei Jahre hat der Senat, hat die unverantwortliche Umweltsenatorin gegenüber dem AKW Stade eine Tu-nichts-Politik verfolgt, mit der alle besorgten Lippenbekenntnisse Lügen gestraft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man arrangiert sich mit der Gefahr einer Katastrophe. Man will das gutnachbarschaftliche Verhältnis zur niedersächsischen Landesregierung nicht trüben, man scheut das Prozeßrisiko! (C)

(Frau Senator L e m k e - S c h u l t e : Völlig daneben!)

Der Senat hat nicht einmal alle Anstalten gemacht, sich zu informieren und das vorliegende Gutachtermaterial sachkundig auswerten zu lassen. Ich frage Sie, wie ist das mit Ihrem Amtseid zu vereinbaren, meine Damen und Herren vom Senat, nach besten Kräften Schaden von den Bremer Bürgern abzuwenden?

Unser jetziger Antrag fordert das Minimum, das der Senat angesichts des Störfalltangos im AKW Stade tun muß, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Stillegung dieses Katastrophenherdes näherzukommen. Wir fordern den Senat auf, unverzüglich gegenüber der niedersächsischen Landesregierung auf das Abschalten dieses Atomkraftwerkes zu drängen und entsprechende Initiativen auch gegenüber Bundesregierung und Bundesrat zu ergreifen, also endlich Flagge zu zeigen, statt sich hinter allgemeinen Appellen ohne Konsequenzen zu verstecken!

Wir fordern Sie auf, die Herausgabe aller sicherheitsrelevanten Unterlagen, Störfallberichte und Prüfgutachten zum AKW Stade zu betreiben und notfalls auf dem Klageweg durchzusetzen, also endlich die notwendigen Informationen zu beschaffen, um sich ein genaues Bild von der Sicherheitslage in (D) Stade machen zu können! Wir fordern Sie auf, diese Unterlagen von kritischen Expertinnen und Experten bewerten zu lassen, also Sachverstand zu Rate zu ziehen, der innerhalb der senatorischen Behörden nicht existiert!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, die sofortige Information der bremischen Landesregierung und, ich muß ergänzen, der Bürgerschaft über Störfälle im AKW Stade zu fordern, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wir fordern Sie auf, eine Nachbarschaftsklage auf Stillegung des AKW Stade wegen der Gefährdung der bremischen Bevölkerung durch einen möglichen Großunfall vorzubereiten!

Nun wird dagegen immer ins Feld geführt, daß nach dem geltenden Atomrecht eine Nachbarschaftsklage keine Aussicht auf Erfolg hat. Wir sind allerdings der Auffassung — und mit uns zahlreiche Umweltjuristen —, daß nach den Erfahrungen des Atomunfalls in Tschernobyl auch die Ausgangslage für die Bewertung der Klagebefugnis gegenüber Atomkraftwerken in einem Radius von 70 bis 80 Kilometern neu gestellt werden muß. Es hat sich gezeigt, daß auch eine Entfernung wie zwischen Stade und Bremen zum höchsten Sicherheits- und Unsicherheitsbereich gehört bei einem Atomunfall, und von daher ist abzuleiten in einem Musterprozeß, notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht, daß auch eine Kla-

(A) gebefugnis für ein Nachbarbundesland erzwungen werden muß. Wir fordern den Senat auf, der Bürgerschaft bis September 1989 über die Umsetzung dieses Beschlusses zu berichten als eine vorbeugende Maßnahme, um zu verhindern, daß der Senat erneut in Tiefschlaf verfällt.

Die Diskussion um das Atomkraftwerk Stade hat auch eine bundespolitische Dimension. Die trügerische Ruhe in der Auseinandersetzung um die Atomenergie in der Bundesrepublik verfliegt. In den letzten Wochen hat es einige Nachrichten gegeben, die zeigen, daß die Atomlobby sich erneut formiert und aus dem Schock über den Unfall in Tschernobyl und den Skandal um Transnuklear wieder erwacht ist und versucht, ihre Interessen neu zu organisieren.

Zum Beispiel war zu lesen, daß ein Abkommen geschlossen worden ist über die Entwicklung eines europäischen schnellen Brüters zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und anderen interessierten Staaten und Industrien, also der Versuch, den Plutoniumkreislauf in ganz Europa auf eine neue Stufe zu heben.

Dieses Abenteuer wird flankiert von Theorien, die die drohende Klimakatastrophe aufgrund der Verbrennung fossiler Energiestoffe und dem Ausstoß von Kohlendioxyd nutzen wollen, um eine neue Legitimation für die Atomenergie in der Öffentlichkeit zu erreichen.

(B) Zum Beispiel hat der Chef der Kernforschungsanlage Jülich, Herr Professor Häfele, in der Öffentlichkeit gefordert, die siebenfache Zahl an Atomkraftwerken weltweit zu bauen als einzigen Ausweg aus der drohenden Klimakatastrophe. Er hat gesagt, daß langfristig gesehen die Zukunft der Atomenergie nur in schnellen Brütern besteht, also nur in der Produktion von Plutonium, dem giftigsten Stoff, den wir überhaupt kennen, als Ausgangsbasis für den Brennstoffkreislauf der Atomenergie.

Das ist die Logik, aus einer drohenden Katastrophe in die nächste zu flüchten und ein Risiko, das wir technisch erzeugt haben, zu versuchen, durch neue technische Risiken zu beherrschen, also genau die Logik, die uns an den Rand der Katastrophe gebracht hat!

Es ist der Versuch, ohne etwas an unserer Lebensweise und ohne etwas an unserer Produktionsweise zu verändern, mit neuen Techniken der Klimakatastrophe zu entkommen, die aber auch neue Katastrophen und Risiken für die Menschheit hervorrufen, statt zu akzeptieren, daß der bisherige Weg der industriellen Produktionsweise mit der Hochenergie- und Hochgeschwindigkeitsgesellschaft in die Sackgasse geführt hat und daß wir nur eine Chance haben, langfristig zu überleben, wenn wir unsere Lebensweise an die natürlichen Ressourcen und an die Bedingungen der Ökosphäre anpassen.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß an diesem kleinen, bundesweit und international kleinen Beispiel Atomkraftwerk Stade, das aber für Bremen lebenswichtig sein kann, endlich ein Schritt gemacht (C) werden muß, um die Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Atomenergie wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen. Wir fordern Sie auf, die Mittel, die das Bundesland Bremen dazu politisch und juristisch hat, auch in die Waagschale zu werfen. Harrisburg, Tschernobyl, die schweren Störfälle in Biblis und Stade sind Warnsignale! Wenn wir sie verdrängen, werden wir irgendwann den bittersten Preis zahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hoyer.

Abg. **Hoyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Fücks, wann begreifen Sie endlich, daß die Regierung des Bundeslandes Bremen nicht überall Verantwortung trägt! Sie trägt Verantwortung für das, was hier in diesem Land abläuft, und sie kann nur auf dem Klageweg oder auf dem Verhandlungsweg sich mit Niedersachsen über Stade einigen, und dann ist Schluß! Wenn die nicht wollen, dann läuft da nichts.

Zur Zeit sind die deutschen Atomkraftwerke aus den Schlagzeilen der Massenmedien verschwunden und befinden sich dort mehr am hinteren Ende unter Vermischtes. Auseinanderfallende Flugzeuge sind zur Zeit in, darüber wird berichtet. Allerdings muß ich sagen, daß der Betrieb und die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke über kurz oder lang wieder in die Schlagzeilen der deutschen Massenmedien geraten werden und darüber auch die Verschleierungstaktik ihrer Betreiber. Die Vorgänge um das AKW Biblis Ende letzten Jahres sind das Paradebeispiel für diese Art von Taktik. (D)

Alles, was die Sicherheit der Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland tangiert, muß hinter dem Vorhang, sprich Geschäftsinteresse, der Betreiberfirma bleiben. Kommen Pannen dann doch ans Licht, wie bei Biblis, über eine amerikanische Publikation, wird abgewiegelt, heruntergespielt, verharmlost, häufig mit öffentlicher Hilfe christdemokratischer Politiker.

(Abg. N i e d e r b r e m e r [CDU]: Da war Beifall vorgesehen, oder? — Heiterkeit bei der CDU)

Nein, ich mußte meine Zettel ordnen!

Der Schlußpunkt einer solchen Argumentationsreihe ist dann regelmäßig der Satz: Die Sicherheit der Bevölkerung war während der Betriebsstörung immer gewährleistet. Danach geht nichts mehr, und das Ganze erinnert mich persönlich immer an eine tibetanische Gebetsmühle, immer dasselbe, immer der gleiche Text, immer im gleichen Zusammenhang!

Was allerdings übrigbleibt, ist die Angst der Bevölkerung vor dieser Art von Stromerzeugung. Das

(A) drückt sich auch in neuesten Umfrageergebnissen aus. Laut „Spiegel" vom 27. Februar 1989, das ist diese Woche, sind 62 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung gegen neue Atomkraftwerke und dafür, daß die bestehenden nach einer Übergangszeit stillgelegt werden. 62 Prozent! Gegen neue Atomkraftwerke und dafür, die bestehenden sofort stillzulegen, sind 17 Prozent der Bevölkerung. Die Tendenz ist, wenn man das über das Jahr verfolgt, langsam steigend.

Dagegen steht die Politik der jetzigen Bundesregierung, die immer noch die Karte Atomkraft spielt, ohne Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung. Am schnellen Brüter in Kalkar wird festgehalten, koste es, im wahrsten Sinne des Wortes, was es wolle! Das Ganze mit Kalkar ergibt erst dann einen Sinn, wenn man sich vor Augen führt, daß ohne den schnellen Brüter, genauer, ohne den Betrieb dieses Atomkraftwerks, die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, das ideologische Herzstück der Energiepolitik der CDU/CSU, überflüssig wie ein Kropf ist.

(Beifall bei der SPD)

Wackersdorf braucht man nicht, wenn man Kalkar nicht hat!

Der Kollege Fücks hat darauf hingewiesen, daß Bundesminister Riesenhuber vor kurzem einen internationalen Vertrag über die Planung und Konstruktion eines sogenannten Eurobrüters unterzeichnet hat. Das wird die Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr 60 Millionen DM kosten. Ich denke, dieses Geld wäre besser angelegt, wenn man es hineinstecken würde in die Erforschung und Planung erneuerbarer Energien.

(Beifall bei der SPD)

Ob dann dieser Eurobrüter, so schreibt der „Spiegel", jemals gebaut werden wird, steht in den Sternen.

Das Glanzstück der deutschen Atomkraftwerkehersteller, der sogenannte Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, ist am Ende. Hinter den Kulissen hat der Streit begonnen, wer die Abbruchkosten bezahlt. Wenn ich mich recht erinnere, hat Bundeskanzler Kohl letztes Jahr in Moskau diesen Hochtemperaturreaktor noch angeboten als eine Hilfe der deutschen Atomwirtschaft für die Russen. Also, über den Abbruch dieser Sachen wird zur Zeit gehandelt. Ich hoffe, daß diese Politik der Bundesregierung 1990 beendet wird.

Warum bin ich mir eigentlich so sicher, daß wir über kurz oder lang wieder einiges über die AKW lesen werden? Der Mensch hat technische Abläufe noch nie risikofrei beherrscht. Seit der Erfindung des Rades hat es immer wieder Unfälle gegeben. Ein Desaster ist sogar zum geflügelten Wort geworden: der Untergang des Luxuspassagierdampfers Titanic. Dieses Schiff galt als unsinkbar, über 1 000 Menschen sind damals eines Schlechteren belehrt worden. (C)

Unglücke haben die Verbindung Mensch und Technik bis in die jüngste Vergangenheit immer begleitet. Wir Menschen waren, sind und werden nicht in der Lage sein, technische Abläufe absolut risikofrei zu gestalten. Jede anders lautende Auskunft, und sei sie noch so gut formuliert und verpackt, entspricht nicht den Tatsachen, sondern stellt diese auf den Kopf.

Der Preis für die Bequemlichkeit und den Lebensstandard, den die Technik den heute lebenden Menschen bietet, ist die Wahrscheinlichkeit eines Versagens mit seinen Konsequenzen, mit seinen häufig schrecklichen Konsequenzen für die betroffenen Menschen. Aber diese Konsequenzen waren früher immer örtlich begrenzt. Erst die Entwicklung und Betreibung von Atomkraftwerken hat diese örtliche Begrenzung gesprengt und die Folgen nationalisiert und internationalisiert. Das Restrisiko und seine möglichen Folgen bei der Betreibung von Atomkraftwerken steht für die Menschheit in keinem Verhältnis mehr zu den Vorteilen, die diese Technik eventuell — eventuell! — bieten könnte.

(Beifall bei der SPD)

Tschernobyl vor drei Jahren und Harrisburg vor zehn Jahren, und man kann auch sagen Windscale vor 30 Jahren, sind für diese Aussage Beweise genug. In der Sowjetunion sind große Flächen radioaktiv verseucht, und wenn ich richtig gelesen habe, werden dort Tiere ohne Kopf geboren. (D)

(Zuruf von der CDU: Was?)

Man liest es, ich bin ja nicht dabeigewesen! Ich nehme erst einmal zur Kenntnis, was geschrieben wird. Mutationen nennt man so etwas wohl. Das mag vielleicht interessant sein, wenn man im Fernsehen einen Horrorkrimi sieht, wo Mutanten auftreten. Aber wenn man liest, was in der Wirklichkeit abläuft, schreckt einen das doch ganz enorm!

(Beifall bei der SPD)

Noch heute haben Pilze aus bestimmten Teilen Schwedens einen so hohen Becquerelwert, daß sie für die Menschen ungenießbar sind.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Auch noch in der Bundesrepublik!)

Auch noch in der Bundesrepublik, wie der Kollege Töpfer gerade eben richtig gesagt hat!

All das ist uns bekannt, all das ist denen bekannt, die lesen und zuhören wollen. Ich wiederhole das hier nur, weil solche Fakten zu schnell vergessen oder ganz bewußt verdrängt werden und weil die Maxime des Handelns „Augen zu und durch" heißt.

Nun wird immer wieder von dem hohen Sicherheitsstandard der deutschen Kernkraftwerke ge-

(A) sprochen. Nebenbei gesagt, dieser „hohe" Sicherheitsstandard wurde von Bürgerinitiativen über Gerichtsurteile der deutschen Industrie abgetrotzt, es gab ihn nicht freiwillig. Nichts, was die Kosten erhöht und den Profit schmälert, wird es in unserem Wirtschaftssystem freiwillig geben, das muß alles erkämpft werden. Wenn sich also heute Vertreter der Bundesregierung auf die Schulter klopfen und diesen erreichten Sicherheitsstandard loben, loben sie automatisch die sonst so ungeliebten Bürgerinitiativen mit. Das muß man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wie hoch muß eigentlich ein Sicherheitsstandard sein, um ein Restrisiko auszuschließen? Ich behaupte, ein Sicherheitsstandard, der ein Atomkraftwerke-Restrisiko gegen null minimiert, ist technisch nicht möglich. Das größte Restrisiko bei bundesdeutschen Atomkraftwerken besteht nach meinen Informationen beim AKW Stade. Stade ist ein altes Atomkraftwerk. Häufig repariert, häufig renoviert ist Stade heute das rote Schlußlicht der deutschen AKW. Man kann durch nachträgliche Baumaßnahmen aus einem alten VW keinen neuen Daimler machen, und genausowenig kann man aus dem AKW Stade ein den heutigen Sicherheitsvorschriften — ich rede jetzt nicht von den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung, sondern von den Sicherheitsvorschriften — wirklich entsprechendes Kernkraftwerk machen, auch wenn eine solche geplante Baumaßnahme, Kollege Fücks hat darauf hingewiesen, über vier Jahre zirka 100 Millionen DM kosten wird.

(B)

Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich nun aus einem Beschluß des SPD-Landesparteitages vom 28. Januar 1989, und zwar auszugsweise:

„Der Landesparteitag erwartet von der Landesregierung, daß sie unverzüglich und unmißverständlich alle ihr gegebenen Möglichkeiten nutzt, die geeignet sind, das AKW Stade sofort und dauerhaft vom Netz zu nehmen. Gerade vor dem Hintergrund der bekanntgewordenen furchterregenden Störfallkette und Beinahekatastrophen sowie deren skandalöser Verschleierung durch die Betreibergesellschaften und aufsichtsführenden Behörden hält es die SPD-Landesorganisation für ihre unverändert vordringliche Aufgabe, nicht nachzulassen in den Bemühungen, die Mißachtung elementarster Sicherheitsinteressen durch eine uneinsichtige Atomlobby zu entlarven und die Bevölkerung in ihrem Abwehrkampf gegen die unkalkulierbaren und lebensverachtenden Gefahren einer unmenschlichen Kernkrafttechnologie zu mobilisieren."

(Zuruf des Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU] — Abg. S c h m u r r [SPD]: Aber uns interessiert der!)

Ich habe seitens der SPD-Fraktion diesem Landesparteitagsbeschluß überhaupt nichts hinzuzufügen.

(Zurufe)

Genauso wie die CDU-Fraktion hier das Recht hat, aus ihren eigenen Beschlüssen zu zitieren, wie sie es in der Vergangenheit auch getan hat, werden wir uns das Recht auch nehmen! Das ist doch ganz logisch! (C)

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu dem Antrag der GRÜNEN: Den zweiten Spiegelstrich möchten wir abgeändert haben, und zwar steht dort: „Die Herausgabe aller sicherheitsrelevanten Unterlagen, Störfallberichte und Prüfgutachten zum AKW Stade zu betreiben", und was danach kommt, „und notfalls auf dem Klageweg durchzusetzen", zu streichen. Wir sind der Ansicht, daß wir das von der Landesregierung Hessen, damals unter Leitung von Holger Börner, eingeleitete Normenkontrollverfahren gegen das Atomgesetz, das dann von der Regierung Wallmann zurückgezogen und von der SPD-Bundestagsfraktion übernommen worden ist, abwarten. Auch Bremen steht hinter diesem Normenkontrollverfahren der SPD-Bundestagsfraktion.

Zum vierten Spiegelstrich: „Die sofortige Information der bremischen Landesregierung über Störfälle im AKW Stade", da möchten wir den Zusatz haben, „und im AKW Esenshamm zu fordern". Ich gehe davon aus, daß der Senat über solche Störfälle natürlich auch den Magistrat der Stadtgemeinde Bremerhaven informiert.

Den Spiegelstrich fünf möchten wir ganz gestrichen haben. Herr Fücks, vielleicht darf ich Sie persönlich ansprechen, Sie könnten doch einmal die GRÜNEN, die in der Umgebung von Stade wohnen, auffordern, eine Nachbarschaftsklage einzureichen! (D)

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Machen die schon!)

Machen die schon, schön, dann läuft das ja!

(Lachen bei der CDU — Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Haben Sie da keine SPD-Genossen?)

Dann bin ich am Ende!

(Lachen bei der CDU — Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

Abg. **Ziegler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche im Gegensatz zu meinen Vorrednern, von vornherein auf den uns vorliegenden Antrag Bezug zu nehmen und nicht auch diese Gelegenheit zu einer allgemeinen Atomdiskussion zu mißbrauchen.

(A) Meine Damen und Herren, wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn wir mit der Tagesordnung nicht durchkommen, wenn wir jeden Tagesordnungspunkt zu Grundsatzdebatten benutzen!

Der uns vorliegende Antrag der GRÜNEN zur Stilllegung des AKW Stade basiert, Herr Fücks hat das ausführlich dargelegt, auf einem Störfall im Kraftwerk Stade.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

Herr Fücks spricht sogar, oder der Antrag spricht sogar von einer Serie von Störfällen aus dem Jahre 1988. Es ist politisches Credo der GRÜNEN, die Stromerzeugung aus Kernkraft total abzulehnen. Dies haben sie uns wiederholt zu den verschiedensten Anlässen kundgetan. Sie fordern eine Umsteuerung der Energiepolitik, eine Forderung, der sich auch die FDP in den letzten Monaten angeschlossen hat, nur, über den Weg zu diesem Ziel sind wir sicherlich unterschiedlicher Meinung. Die GRÜNEN fordern das sofortige Abschalten der deutschen Kernkraftwerke beziehungsweise der Kernkraftwerke überhaupt. Wir bezeichnen Kernkraftwerke als Übergangsenergie, die heute und in den nächsten Jahren notwendig sein wird, bis erstens regenerative Energieträger so weit entwickelt sind, daß sie einen nennenswerten Beitrag zur bundesdeutschen Stromerzeugung liefern können, und zweitens über (B) die Energieeinsparung im privaten, öffentlichen und gewerblichen Bereich Kraftwerkkapazität frei wird und gegebenenfalls vom Netz genommen werden kann.

Bevor ich die Vorgänge im Kraftwerk Stade werte, lassen Sie mich einige Vorbemerkungen zu diesem Antrag machen! Der Antrag soll den Senat auffordern, notfalls auf dem Klageweg Unterlagen anzufordern, gegebenenfalls auf Stillegung des AKW Stade zu klagen und zu verlangen, daß die bremische Landesregierung über Störfälle aller Art des AKW Stade zu informieren ist.

Wir bezweifeln, ohne eine abschließende juristische Prüfung durchgeführt zu haben, daß diese Forderungen auf dem Klageweg durchzusetzen sind. Meine Vorredner haben diesen Punkt bereits problematisiert. Sich jedoch auf diese formalistische Position zurückzuziehen, ist auch für uns unbefriedigend. Wir können das Anliegen der GRÜNEN durchaus nachvollziehen, eine wenn auch in unseren Augen nur theoretisch bestehende Gefahr von der Bremer Bevölkerung abwenden zu wollen, auch wenn die juristische Zuständigkeit nicht in Bremen gegeben ist. So einfach, wie es sich Herr Hoyer gemacht hat, kann man es sich sicherlich nicht machen!

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Wir würden in einer konkreten Situation die gleiche Verantwortung für Bremens Bevölkerung empfinden.

Ich komme jetzt zum Inhalt des Antrages selbst, (C) das heißt zur Wertung der aufgetretenen Störfälle im AKW Stade im letzten Jahr! In der Klassifizierung von Störfällen spricht man von drei Kategorien, von sogenannten V-, N- und E-Meldungen. Der für diese Diskussion ursächliche Störfall war ein sogenannter E-Fall. Das heißt, es handelte sich um eine sogenannte Eilmeldung, die keine Sofortmaßnahme der Aufsichtsbehörde verlangt. Es sind Meldungen über Vorkommnisse, deren Ursachen aus Sicherheitsgründen geklärt und in angemessener Zeit behoben werden müssen. Um es anders zu sagen: Eilmeldungen sind Vorkommnisse, die sicherheitstechnisch potentiell signifikant, aber nicht unmittelbar signifikant sind.

Ursache dieser Eilmeldung war eine Leckage, die während einer Sicherheitsprüfung aufgetreten ist. Der Betreiber, hier die Preussen-Elektra, hat diesen Störfall der zuständigen Aufsichtsbehörde, in diesem Fall dem Umweltministerium in Niedersachsen, nicht sofort gemeldet. Das hat zur Folge gehabt, daß der niedersächsische Minister für Umwelt ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Betreiber eingeleitet hat.

Diese Vorgehensweise seitens der niedersächsischen Landesregierung unterstützen wir voll. Wir verurteilen das Verhalten der Preag aus zwei Gründen: Erstens hat die Preag gegen bestehende Vorschriften verstoßen, und zweitens hat der im nachhinein der Bevölkerung bekanntgewordene Störfall (D) zu einer unnötigen erheblichen Beunruhigung der auf diese Fragen inzwischen sensibilisierten Allgemeinheit geführt.

(Beifall bei der FDP)

Durch eine offensive Informationspolitik des Betreibers und Einordnung dieser Störmeldungen in einen Gesamtzusammenhang hätte diese wesentliche Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden können. Meine Damen und Herren, ich spreche hier nicht der Abwiegelung von Sicherheitsrisiken das Wort, aber es ist keinem gedient, mit polemischer Politik eine sachgerechte Diskussion zu verhindern!

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die Diskussion im Niedersächsischen Landtag zu diesem Thema weiter eingehen und auch nicht auf den Disput zwischen den Umweltministern Remmers in Niedersachsen und Janssen in Schleswig-Holstein. Für unsere Wertung dieses Sachverhalts ist die vom TÜV Norddeutschland erstellte Sicherheitsanalyse des Kernkraftwerkes Stade maßgeblich. Davon abgesehen, daß es sich sehr wohl — und das haben meine Vorredner bereits richtig beschrieben — beim AKW Stade um ein altes Atomkraftwerk handelt, ist es gleichwohl das am häufigsten vom TÜV untersuchte Kernkraftwerk in der Bundesrepublik.

(A) Der TÜV Norddeutschland kommt in seiner Analyse im Jahre 1987 zum Ergebnis, und ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten nicht aus irgendeinem Landesparteitagsbeschluß, sondern aus eben dieser Analyse:

„Die Sicherheitsanalyse hat ergeben, daß die erforderliche Sicherheitsvorsorge für den Ist-Zustand der Anlage einschließlich aller durchgeführten Nachrüstungen gegeben ist. Dabei sind die zu stellenden Sicherheitsanforderungen erfüllt, wobei die Risikorelevanz und die noch vorgesehene Nachrüstung einschließlich des Zeitraums der Realisierung berücksichtigt wurden. Ein Weiterbetrieb der Anlage ist sicherheitstechnisch zulässig."

Dieses Resultat einer umfassenden Sicherheitsanalyse, die insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt hat — nämlich erstens: Analyse, inwieweit die grundsätzlichen Sicherheitsvorsorgen ausreichend vorhanden sind; zweitens: eine ereignisbezogene Analyse und Bewertung der vorhandenen Sicherheit; und drittens: die Auswertung der Betriebserfahrung auch im Hinblick auf die mit der Sicherheitsüberprüfung beschäftigten Mitarbeiter —, läßt uns im Ergebnis den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN ablehnen!

(Beifall bei der FDP)

Sollte sich, meine Damen und Herren, jedoch in Zukunft der Sicherheitsstandard des AKW Stade im (B) Vergleich zu anderen Kernkraftwerken verringern beziehungsweise sollten künftige sicherheitstechnisch relevante Überprüfungen zu einschränkenden Resultaten führen, werden wir der Forderung nach Stillegung dieses Kraftwerkes zustimmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Niederbremer.

Abg. **Niederbremer** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Ziegler hat schon darauf hingewiesen, daß ganz offensichtlich der Antrag, der heute nun nach rund drei Monaten zur Debatte steht, ausgelöst wurde von einer bewußten oder unbewußten Falschmeldung des schleswig-holsteinischen Umweltministers Janssen, der nämlich am 6. Dezember behauptet hatte, daß in Stade ein schwerer Störfall eingetreten sei oder eingetreten war im Jahre 1988, wofür er sich einen Tag später in Niedersachsen entschuldigen mußte, weil er ganz offensichtlich Fehlinformationen auferlegen war.

Diese Entschuldigung ist offensichtlich nicht bis zum 8. Dezember nach Bremen gekommen, so daß hier die GRÜNEN am 8. Dezember einen Antrag eingebracht haben, der, ausgehend von diesen Meldungen, nun auf die Stillegung des Kraftwerkes Stade abzielt.

Generell darf ich vorwegschicken, daß jeder Störfall, der in einem Kernkraftwerk oder in einer anderen großtechnischen Einrichtung eintritt, immer Anlaß zur Besorgnis gibt. Nicht nur dies sollte Anlaß dazu geben, Sicherheitsvorkehrungen, Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen und, wenn es notwendig ist, diese unverzüglich zu verbessern, damit keine Risiken für die Menschen, für die Umwelt eintreten! Dies gilt insbesondere auch für das Kernkraftwerk Stade. (C)

Es ist hier schon ausgeführt worden, daß im Jahre 1988 zwölf Störmeldungen in Stade erfolgten. Herr Ziegler hat auch ausgeführt, wie die zu bewerten sind. Das waren eine Eilmeldung und elf sogenannte Normalmeldungen, und über Eilmeldungen gibt es dann eben noch die schärfere Kategorie der Sofortmeldungen. Wie die im einzelnen zu bewerten sind, ist hier auch schon gesagt worden.

Dabei von einer Serie von Störfällen zu sprechen ist falsch! Insgesamt, um das einmal in Relation zu setzen, sind im Jahre 1988 350 sogenannte Störmeldungen aus kernkrafttechnischen Anlagen erfolgt. Dabei muß man wissen, Herr Fücks, daß hier jede Art von Störung gemeldet wird, also auch in einem nichtradioaktiven Teil, ob da eine Schraube abgerissen ist oder ob von einem Notstromaggregat ein Abgaskrümmer fehlt, das wird dort gemeldet. Ich möchte nicht wissen, wie viele Störmeldungen es bei den anderen Kraftwerken, also den nichtnuklearen Kraftwerken, geben würde, wenn die ein ähnliches Kriterium hätten, was Störmeldungen betrifft! Ich will das in keiner Weise verniedlichen, nur, man muß das in Relation zueinander setzen. (D)

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Aber man muß auch die Gefahren sehen!)

Es kann ja nicht sein, daß die eine Schraube bei einem System sozusagen sicherheitsrelevant bedenklich ist, und auf der anderen Seite — —. Ja, Herr Töpfer!

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Ich habe gesagt, Sie müssen einmal die Gefahren sehen!)

Herr Töpfer erregt sich so, er hat sicherlich bessere Informationen als ich! Da würde sicherlich herauskommen, daß auch andere Kraftwerke ein erhebliches Maß von Störmeldungen bringen müßten. Dies kann nicht automatisch bedeuten, meine Damen und Herren von der SPD, daß jede einzelne Schraube ein Anlaß dazu ist, erstens eine Grundsatzdebatte über Kernenergie zu führen und zweitens den sofortigen Ausstieg zu propagieren!

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. H o y e r [SPD])

Ich will das auch auf den Punkt bringen, meine Damen und Herren von der SPD, worüber wir uns heute

(A) hier zum wiederholten Mal unterhalten, sind typische Altlasten der SPD,

(Beifall bei der CDU)

denn Sie haben diese Kraftwerke doch bauen lassen! Wenn Sie sich noch einmal vor Augen führen, wann das Kernkraftwerk Stade gebaut wurde, wann die atomrechtlichen Genehmigungen für dieses Kernkraftwerk gegeben wurden und wann es in Betrieb ging, dann waren es Genossen in Niedersachsen, die die Verantwortung in dieser Zeit dafür trugen, und dies ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU — Abg. T ö p f e r [SPD]: Dazu bekennen wir uns ja auch!)

Ja, darauf komme ich noch, auf Ihre Bekenntnisse! Ihre Bekenntnisse hängen ganz entscheidend damit zusammen, ob Sie Regierungsverantwortung tragen oder nicht. Wenn Sie die Regierungsverantwortung abgeben, dann geben Sie auch die sonstige Verantwortung für Ihre Politik ab, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU — Zuruf von der SPD: Aber wir lernen dazu!)

Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, sehen Sie sich das Gutachten an, das Ihr Wirtschaftsminister aus Nordrhein-Westfalen, Herr (B) Jochimsen, in Auftrag gegeben hat! Sehen Sie sich das Gutachten an, das über 2 000 Seiten stark ist, das sich mit den Sicherheitsfragen von Kernkraftwerken befaßt! Sehen Sie sich dies genau durch, und dann steht darin, und das ist die Quintessenz: Erstens, sagt Herr Joachimsen, SPD-Mitglied, in Nordrhein-Westfalen, wir überprüfen alle Kernkraftwerke; zweitens, wir rüsten, soweit erforderlich, diese Kernkraftwerke nach; und drittens, wir lassen sie in Betrieb. Das ist die Wahrheit dabei.

Dies müssen Sie natürlich auch der Bevölkerung sagen. Sie können nicht in Bremen sozusagen so tun, als ob Sie die moralische Weisheit hätten und gegen Kernenergie seien, während gleichzeitig Ihre Genossen dort, wo Sie Verantwortung tragen und wo Sie Kernkraftwerke haben, das ist ja der Unterschied zu Bremen, weitermachen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu den einzelnen Vorkommnissen! Zu Stade ist etwas gesagt worden, deshalb will ich das hier nicht wiederholen.

(Abg. H o y e r [SPD]: Ist auch gut so!)

Ja, daß Ihnen das nicht gefallen würde, Herr Töpfer, ist mir klar, aber damit müssen Sie leben! Mich würde schon interessieren, Herr Fücks hat ja im Zusammenhang, und das ist sein gutes Recht, mit der Kernenergiediskusssion natürlich auch die gesamte weltpolitische Lage bis hin zur Klimafrage behandelt. (C)

(Zuruf von Frau Senator L e m k e - S c h u l t e)

Ja, Frau Senatorin Lemke, Sie rufen dazwischen, das ist ein Punkt! Ich bin ja einmal gespannt, wie Sie da aus dieser Zwickmühle herauskommen wollen, auf der einen Seite gegen Kernenergie sein, auf der anderen Seite weiter Kraftwerke zu bauen wie in Hastedt und dann zum anderen zu sagen, Sie wollten noch etwas für die Ozonschicht und gegen den Treibhauseffekt tun. Wie Sie das der Bevölkerung klarmachen wollen, müssen Sie schon einmal sagen!

(Beifall bei der CDU)

Nachdem Sie ja nicht mehr soviel Aufgaben haben als Senatorin, wird es Ihnen vielleicht auch gelingen, das nachzuvollziehen und dann in irgendeiner Weise zu einem Entschluß zu kommen!

Nur eines müssen Sie machen, Sie müssen schon Sicherheitsbedenken definieren,

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

aber Sie können nicht auf der einen Seite Sicherheitsbedenken bei den Kraftwerken, bei den Kern- (D) kraftwerken oder bei anderen Verbrennungsanlagen definieren und auf der anderen Seite zur gleichen Zeit sagen, wir müßten überall zur Schadstoffreduzierung beitragen, die Luftverschmutzung vermindern. Sie müssen schon sagen, wie das zusammenpaßt, und das wollen wir einmal sehen. Hier haben Abwägungen zu erfolgen.

Deshalb gilt für uns bezogen auf diese Debatte und den hier vorliegenden Antrag erstens, wir halten es nach wie vor für erforderlich, daß alle Sicherheitsmaßnahmen beim Kernkraftwerke Stade erfolgen, daß alle notwendigen Überprüfungen weiter vorgenommen werden. Eine ganze Reihe von Überprüfungen ist ja auch im Zusammenhang mit den angesprochenen Störfällen erfolgt.

Wir halten es weiterhin als CDU für erforderlich, daß eine lückenlose Informationspolitik durch den Betreiber der Kernkraftwerke generell erfolgt. Das gilt sowohl für Stade wie auch für Esenshamm, wie auch für andere Kernkraftwerke.

Wir halten es darüber hinaus für notwendig, daß hier auch über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus Betreiber von Kernkraftwerken veranlaßt werden, Informationen der Bevölkerung zu geben, damit hier keine Bedenken auftreten, hier würde etwas hinter dem Berge gehalten.

Wir sind aber gleichzeitig der Auffassung, daß jede Meldung auch entsprechend bewertet und nicht so dargestellt wird, als ob durch jede Störmeldung gleich der Supergau eintreten würde. Dies halten wir

(A) für unverantwortlich und nicht sachgerecht, und wir sind der Meinung, dies ist sicherlich auch kein Geheimnis, und damit möchte ich zur Freude sicherlich des einen oder anderen das abschließen, wir sind auch der Meinung, daß nach wie vor, und gerade auch insbesondere in Hinblick auf die Diskussion der Klimaveränderung, des Treibhauseffektes,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das ist genau der falsche Ansatzpunkt!)

daß nach wie vor wir zur Zeit auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichten können, auch wenn Herr Töpfer von der SPD hier immer wieder dazwischenruft. Deshalb wird sich im Moment an der Haltung der CDU nichts ändern. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort Frau Senator Lemke-Schulte.

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau Lemke-Schulte: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Daß die GRÜNEN mich als Umweltsenatorin, die sie ja beerben wollen, als Feindbild Nummer eins betrachten, das liegt ja auf der Hand.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Unsinn!)

(B) Ich sage einmal, im Laufe der Jahre und der Zeit gewöhnt man sich auch daran, aber dennoch bleiben zum Glück, sage ich einmal, bestimmte Empfindlichkeiten bestehen, jedenfalls geht mir das so. Deshalb, Herr Fücks, halte ich es für unglaublich, daß Sie den Senat und damit auch mich in die Phalanx der Atomlobbyisten einreihen wollen. Ich finde das unerhört!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Nein, ich habe gesagt, der Tu-nichts-Lobby!)

Der Bremer Senat, und ich habe es hier schon oft gesagt, weil wir hier schon häufiger darüber diskutiert haben, hat als erste Landesregierung in dieser Republik den Ausstieg aus der Atomenergienutzung beschlossen,

(Beifall bei der SPD)

und er hat es nicht dabei bewenden lassen, meine Damen, meine Herren, sondern er hat die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen!

(Zuruf von den GRÜNEN: Welche?)

Die, für die er verantwortlich ist und die er für Bremen ziehen kann! Wenn Sie — —.

(Zuruf des Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN])

Ach du liebe Zeit! Wenn Sie immer wollen, daß wir hier, sage ich einmal, sozusagen in bestimmten anderen Ländern tätig werden — tätig werden wir auf jeden Fall mit unserem politischen Einfluß, der uns zur Verfügung steht, der Rechtsweg ist da immer sehr, sehr schwierig, in der Tat ist er schwierig, aber ich komme nachher noch einmal darauf zurück —, und mir hier sozusagen Untätigkeit vorwerfen, dann weiß eigentlich jeder von uns, und zum Glück weiß es auch die Bevölkerung, daß es total falsch ist, was Sie hier immer wieder gebetsmühlenartig herunterbeten und mir immer wieder hier vorwerfen wollen. Wenn wir rechtlich tätig werden wollen, müssen wir bestimmte Dinge, und die Gesetze gelten nun einmal in einem Rechtsstaat, in der Tat beachten. (C)

Wenn es nach Ihnen ginge, dann wäre die Sache sehr einfach, dann würden wir nämlich im jeweiligen Fall unser Territorium erweitern, also einmal nehmen wir Niedersachsen, einmal nehmen wir Hamburg, einmal nehmen wir Schleswig-Holstein, je nach Belieben, wie es gerade so hinkommt, und werden dann entsprechend tätig. Machen Sie sich das doch um Gottes willen endlich einmal klar, insbesondere in dieser wirklich problembehafteten Debatte!

Herr Niederbremer, ich glaube nicht, daß es in dieser Diskussion um lockere Schrauben geht und dann wirklich um die Vergleichbarkeit, sage ich einmal, von Kraftwerken, Kohlekraftwerken, glaube ich, haben Sie gemeint, und Atomkraftwerken, der sogenannten sauberen Energie, wie Sie uns ja wieder hier bestätigt haben, die Sie für sinnvoll und richtig halten, gerade angesichts der drohenden Klimakatastrophe. Vielen Dank dafür, daß wir nun endlich wissen, wie Sie hier in Bremen auch darüber denken! Wie der Bund und der Bundesminister darüber denken, wissen wir ja, daß sie das für den richtigen Weg halten und damit natürlich dann auch die Unterstützung bei der Atomlobby finden, ist ja überhaupt keine Frage! Es geht in der Tat sicher nicht um lockere Schrauben. (D)

(Abg. K l e i n [CDU]: Es kommt ganz darauf an!)

Ja, es kommt darauf an, bei wem sie locker sind! Genau!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mindestens seit Tschernobyl oder spätestens seitdem müssen wir doch wissen, daß hier Entfernungen überhaupt keine Rolle spielen. Wenn allerdings ein Unfall, den man ja auch nicht ausschließen kann, zum Beispiel in einem Kohlekraftwerk passiert, dann ist dies doch örtlich eingegrenzt, örtlich zu bekämpfen, dann kann man doch örtlich, lokal tätig werden.

Dann gibt es doch, so hoffe ich jedenfalls, keine, sage ich einmal, schädlichen Gesundheitseinwirkungen über Tausende von Kilometern hinweg. Ich halte diesen Vergleich für daneben in der Sache, daß ich wirklich Ihnen nur vorwerfen kann, und das muß ich von dieser Stelle aus einmal tun, daß das eine Verniedlichung ist, die dieses Haus eigentlich nicht so

(A) hinnehmen kann, die Sie in dieser Frage vorgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen zitieren, Herr Ziegler, das, was Sie hier vorgetragen haben aus 1987, ist etwas veraltet, was die Sicherheitsüberprüfung von Kernkraftwerken anbetrifft. Der Bundesminister läßt sich beraten von einer sogenannten Reaktorsicherheitskommission. Dieser Bericht ist nun nach mehrmaligen Anforderungen eingegangen. Weil wir ein Bundesland sind, das keine Kernkraftwerke betreibt, bekommt man auch die Informationen nicht, auch darum muß man erst einmal bitten, sondern es bekommen nur die Bundesländer die Informationen, die in der Tat Kernkraftnutzung betreiben, also Bremen bislang nicht.

Gott sei Dank hat sich das wohl geändert, hat sich auch im Bewußtsein durchgesetzt, daß man hier eben wegen dieser Entfernungen, die keine Rolle spielen, keine Ausnahme machen kann. Da heißt es vom Dezember 1988, also ein Vierteljahr jetzt her, in diesem Bericht der Reaktorsicherheitskommission unter anderem, ich darf zitieren mit Genehmigung des Präsidenten:

„Bei den elektrischen Einrichtungen wird die fehlende durchgehende räumliche Trennung bemängelt. Die Reaktorsicherheitskommission empfiehlt Überprüfung. Es ist zwar sichergestellt, daß Abschal-
(B) tung nach Wärmeabfuhr und langfristige Unterkritikalität gewahrt sind, jedoch kann offenbar der Zustand der Anlage nicht immer ausreichend dargestellt werden."

Nur diese eine Formulierung aus dieser Sicherheitsüberprüfung will ich zitieren, damit daraus deutlich wird, daß selbst die eigentlich von, sage ich einmal, Befürwortern der Atomenergienutzung besetzte Reaktorsicherheitskommission hier bestimmte Sicherheitsüberprüfungen und weitere Überprüfungen empfiehlt, damit man hier weiß, wie der neueste Stand in dieser Angelegenheit ist.

Nun wollen wir ja dem Antrag, beziehungsweise die SPD-Fraktion will dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, und dann hoffe ich, daß wir vom niedersächsischen Umweltministerium die entsprechenden Unterlagen bekommen, um hier dann auch die Prüfung vornehmen zu können und tätig zu werden.

Herr Fücks, nun komme ich zu dem, was Sie uns hier immer vortragen und wozu Sie uns immer auffordern wollen, nämlich zu einer Klage. In der Tat ist es wohl so, daß nach Tschernobyl in diese atomrechtliche Diskussion, auch zur Klagebefugnis, vereinzelt, ganz ansatzweise, in winzigen Schritten ein bißchen Bewegung gekommen ist,

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Genau!)

denke ich, daß das so ist, allerdings muß ich Ihnen immer wieder sagen, da wir unser Territorium ja nicht beliebig erweitern können, daß natürlich das Land Niedersachsen und der Bund dafür zuständig (C) sind. Nach der gegenwärtigen Rechtsprechung, und das meine ich nun wirklich sehr ernsthaft und halte das auch für sehr wichtig, daß es endlich einmal verinnerlicht wird, und nach dem gegenwärtigen Atomgesetz, meine Damen, meine Herren, hat Bremen keinerlei Möglichkeiten und keine Chance, einen Klageweg zu beschreiten.

Es wäre ein Pseudoweg, den wir beschreiten würden, und ich halte nichts davon, unserer Bevölkerung hier irgend etwas vorzugaukeln, was mit Sicherheit nicht von Erfolg beschieden würde, sondern zu einem Mißerfolg führen würde.

Ich denke, daß man im Gegenteil dann wirklich in der Tat anders verfahren muß, und zwar so: Die SPD-Bundestagsfraktion hat ja, nachdem in Hessen der Regierungswechsel stattgefunden hat zur CDU hin, eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht übernommen aus Hessen. Diese hat Bremen unterstützt entsprechend durch eigene Stellungnahmen, um sich sozusagen an dieses Verfahren mit anzukoppeln und dieses Verfahren mit zu unterstützen. In diesem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht werden grundsätzliche Fragen des Atomrechts überprüft.

Herr Fücks, jetzt stelle ich ganz ernsthaft zum Schluß meiner Ausführungen, weil wir die Grundsatzdebatte ja hier heute nicht führen wollen, die Frage an Sie, da Sie das eigentlich wissen müßten und darüber informiert sind, daß der Grundsatz bis jetzt das Individualschutzrecht ist, das heißt, die Kla- (D) gen von Privatbürgern viel mehr Aussicht auf Erfolg hätten als das, wozu Sie uns hier auffordern, unvergleichlich mehr Aussicht auf Erfolg: Warum schließen Sie sich als GRÜNE-Fraktion eigentlich nicht einer solchen Klage an oder strengen eine solche an? Diese Frage sollten Sie einmal beantworten, bevor Sie versuchen, immer wieder versuchen, alle Jahre aufs neue, solange die Rechtsprechung so ist, wie ich es hier vorgetragen habe, uns hier sozusagen auf einen Weg zu führen, der nur von Mißerfolg beschieden würde und den ich deshalb zu diesem Zeitpunkt nicht beschreiten will.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks. Ich bitte Sie, nehmen Sie vielleicht auch zu den Änderungswünschen der SPD-Fraktion Stellung! Ich gehe davon aus, daß es keine Änderungsanträge waren, Herr Hoyer, sondern Anregungen, die der Antragsteller vielleicht übernimmt.

(Abg. H o y e r [SPD]: Nein, das sind Anträge, konkrete Anträge! — Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Genau, dafür bin ich auch!)

Dann müssen wir darüber abstimmen lassen!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Genau, ja!)

Bitte, Herr Fücks!

(A) Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn es noch etwas früh am Morgen ist für eine solche Debatte, stimmt es mich doch pessimistisch, wie sie bisher geführt wurde und wie sie vom Haus wahrgenommen wird, vor allem von der rechten Seite des Hauses. Das erinnert mich sehr an Thesen, die von der Antiquiertheit des Menschen ausgehen im Hinblick auf die moderne Technik, die er erzeugt hat, will sagen, die menschlichen Instinkte sind nicht mitgewachsen mit den Risikotechniken, die wir in die Welt gesetzt haben. Offensichtlich ist es uns möglich, in größter Seelenruhe sich mit allen möglichen anderen Themen zu beschäftigen während einer solchen Debatte oder seine Morgenlektüre zu pflegen und einfach zu ignorieren, mit welchem Gefahrenpotential wir es hier zu tun haben.

Wir reden doch hier nicht über eine x-beliebige Technologie, wie Herr Niederbremer sagt, eine Schraube locker an Ihrem Fahrrad oder im Kopf oder im Auto oder wo auch immer, sondern wir reden über eine Industrieanlage, die ein solches Katastrophenpotential enthält, daß Hamburg und Bremen unbewohnbar werden können, wenn dort etwas Vergleichbares passiert, wie es in Tschernobyl ja passiert ist! Das ist die Ausgangssituation für die heutige Debatte. Es ist offenbar unglaublich schwierig, das an sich herankommen zu lassen und nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen und zu sagen, das ist alles Horrorpropaganda, darauf lassen wir uns nicht (B) ein, wir huldigen weiterhin einer Sicherheitsphilosophie, die sagt, solange nichts passiert ist, nehmen wir das als Beweis dafür, daß auch nichts passieren kann. Das ist ein totales Verdrängungsverhalten.

Herr Niederbremer hat versucht, die Qualität dieses Störfalls in Stade, eines von zwölfen, auf den sich unser Antrag bezogen hat, zu verharmlosen. Ich möchte Ihnen dazu noch einmal vorlesen, was der zuständige Abteilungsleiter im Umweltministerium in Niedersachsen, Horst zu Horst, dazu geäußert hat.

„Er bestätigte," — ich zitiere jetzt aus der „Frankfurter Rundschau" vom 14. Dezember 1988 — „bei dem vergeblichen Versuch der Bedienungsmannschaft, das automatisch geschlossene Ventil im Frischdampfkreislauf wieder zu öffnen, sei das Rohr in 20 Zentimeter weite Schwingungen geraten." Andere Informationen sprechen von 30 Zentimeter weiten Schwingungen. „Das sei eine ungewohnte Größenordnung, das Material halte aber eine solche Spannung aus." Obwohl man sagen muß, daß das Rohr gegen seine Lager geschlagen ist, also von seiner technischen Auslegung auf keinen Fall auf eine solche Vibration ausgelegt ist! „Außerdem" — sagt Horst zu Horst — „würde bei einem Rohrbruch notfalls noch der Dampferzeuger als Barriere wirken."

Das heißt, bei einem Bruch des Rohrs hätte es noch ein einziges technisches Sicherheitssystem gegeben vor einem massiven Austritt von Radioaktivität aus dem Primärkreislauf, also genau vor dem Ereignis, das als GAU — als größter anzunehmender Unfall in einem Atomkraftwerk — bezeichnet wird. Darüber (C) sozusagen in Seelenruhe zu reden und zu sagen, das passiert in jedem normalen Kraftwerk hundertfach im Jahr, halte ich einfach für eine erstaunliche Verdrängungsleistung, also, eine Weigerung wahrzunehmen, mit welcher Zeitbombe wir da leben!

Das gleiche trifft zu auf die Rede von der Übergangsenergie. Darauf können sich ja offensichtlich FDP, große Teile der SPD, auch Teile der CDU inzwischen bequem verständigen zu sagen, ja, Atomkraftwerke, damit muß man als Übergangsenergie noch leben. Abgesehen davon, für welchen Zeitraum Sie das definieren — wie lange soll der Übergang denn dauern, zehn Jahre, zwanzig Jahre, dreißig Jahre? —, wie wollen Sie die Probleme mit der Endlagerung des Atommülls lösen? Es gibt bisher kein einziges zugelassenes Endlager weltweit! Wie wollen Sie die Probleme des Plutoniumkreislaufs, die neue Dimension, auf die das dann hinausläuft, mit der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und mit den schnellen Brütern denn beherrschen? Wie wollen Sie denn die Gefahr der Proliferation, der Lieferung von spaltbarem Material für die Atombombenproduktion, beherrschen mit dieser Übergangsenergie auf Jahrzehnte hinaus?

Abgesehen von all diesen unbeantworteten Fragen liegt dieser Rede von der Übergangsenergie immer noch die Vorstellung zugrunde, wir könnten mit regenerativen Energien das gleiche Potential von industriell verfügbaren Energiemengen, vor allem von Strom, produzieren wie mit Atomkraftwerken. (D) Das ist falsch! Deshalb sagt nämlich der Professor Häfele, der westdeutsche Atompapst, wir brauchen die siebenfache Zahl von Atomkraftwerken plus eine offensive Strategie der Energieeinsparung, plus die Entwicklung der regenerativen Energien in einem heute unvorstellbaren Ausmaß — das ist Originalton Häfele —, und trotzdem brauchen wir weltweit die siebenfache Zahl an Atomkraftwerken, wenn wir bei der Stromproduktion aus der Verbrennung von Kohle und Öl herauskommen und der Klimakatastrophe entgehen wollen.

Das heißt, man muß sich entscheiden, entweder man geht sehenden Auges ein unbeherrschbares Risiko für die Gegenwart und erst recht für die zukünftigen Generationen ein, indem man den Atomkreislauf noch einmal um ein Vielfaches beschleunigt, oder man muß akzeptieren, daß uns kein anderer Weg bleibt als der einer radikalen Energieeinsparung, als einer radikalen Senkung des Energiekonsums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist die Alternative für die Gesellschaft! Man kann nicht so tun, als könnte man aus der Atomenergie heraus, ohne irgend etwas zu ändern an der Art unserer Produktion und an der Art unseres Konsums. Das ist eine Illusion, eine Selbsttäuschung, eine Lebenslüge, die man nicht aufrechterhalten kann.

(A) Zum Schluß noch einmal auf die Änderungsanträge der SPD und die Ausführungen der Frau Senatorin! Frau Lemke-Schulte, ich habe dem Senat beileibe nicht vorgeworfen, er gehöre zur Atomlobby.

(Frau Senator Lemke-Schulte: Doch!)

Das wäre in der Tat unsinnig, das wäre eine unpräzise Kritik! Ich habe ganz konkret im Hinblick auf Stade Ihre chronische Untätigkeit seit mehr als einem Jahr kritisiert. Das kann man doch schon allein daran sehen, daß die SPD-Fraktion heute nach mehr als einem Jahr Debatte über Stade in der Bürgerschaft einem Antrag zustimmen will, der sagt, der Senat soll sich endlich darum kümmern, daß er die sicherheitsrelevanten Unterlagen bekommt, und er soll endlich kritischen Sachverstand einsetzen, um diese Unterlagen zu prüfen, was er bis heute nicht getan hat.

Der Senat hat es zum Beispiel nicht für nötig befunden, jemanden zu dieser Anhörung im Niedersächsischen Landtag zu schicken, in dem die kritischen Gutachter mit dem Technischen Überwachungsverein gestritten haben über die Sicherheitsrisiken im Atomkraftwerk Stade.

(Frau Senator Lemke-Schulte: Ich war nicht eingeladen! Habe ich schon einmal gesagt!)

(B) Sie waren nicht eingeladen! Aber Sie lesen doch vielleicht Zeitung, oder? Die Sache war öffentlich angekündigt, das setzt doch ein entsprechendes eigenes Engagement voraus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum haben Sie bis heute niemanden eingeladen von dieser Gruppe von Gutachtern, um sich mit ihnen auszutauschen? Weshalb gibt es keinen Arbeitsstab in der Umweltbehörde, der sich mit den Problemen des AKW Stade befaßt und die Handlungsmöglichkeiten Bremens versucht zu erkunden? Das nenne ich genau eine Tu-nichts- und Verdrängungspolitik des Senats! Es geht mir nicht darum, daß der Senat beschlossen hat, aus der Atomenergie auszusteigen, sondern welche praktischen Konsequenzen er aus diesem Beschluß zieht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Sache mit der Nachbarschaftsklage! Natürlich haben Sie recht, daß auf der Basis des heutigen Atomrechts eine Nachbarschaftsklage des Bundeslands Bremen, vertreten durch den Senat der Freien Hansestadt, keine Chance hat. Deshalb sagen wir, gerade der Senat soll die Befugnis zu einer solchen Nachbarschaftsklage erreichen, indem er ein entsprechendes Verfahren anstrengt und sich genau auf die Fakten beruft, die Sie hier ja auch referiert haben, daß nämlich die alten Überlegungen, die (C) sicherheitsrelevante Zone um ein Atomkraftwerk betrage nur 30 Kilometer, durch die Erfahrungen von Tschernobyl, spätestens durch diese Erfahrungen, Makulatur geworden sind.

Sie sagen, die Entfernungen spielen keine Rolle. Das heißt, wir sind unmittelbar betroffen durch die Sicherheitsrisiken in Stade, und das wollen wir zum Ausgangspunkt machen, um die bestehende Rechtslage zu verändern — das Recht ist im Fluß und muß sich den neuen Erkenntnissen anpassen — und es darauf ankommen zu lassen, ob ein engbenachbartes Bundesland gegenüber einem solchen Atomkraftwerk eine Klagebefugnis für sich erstreiten kann.

Da könnte der Senat, wenn er wollte, eine Pilotfunktion übernehmen und zumindest die öffentliche Auseinandersetzung um diese Frage voranbringen, ganz anders, als das die Anwohner und die Kreistagsfraktion der GRÜNEN in Stade können, die das mit ihren bescheidenen Kräften tun.

Deshalb sind wir auch nicht einverstanden mit den Änderungsbegehren der SPD, wir übernehmen sie also nicht für uns, Sie müssen sie schon selbst vortragen.

(Abg. Hoyer [SPD]: Haben wir gemacht!)

Eben, Sie müssen sie schon selbst vortragen und abstimmen!

Wir finden es fatal, daß Sie in beiden Punkten, so- (D) wohl was die Herausgabe der Informationen als auch die Nachbarschaftsklage angeht, genau wieder diese Fragen der rechtlichen Konsequenzen aus dem Antrag herausstreichen wollen, die sagen, eine praktische Konsequenz des erklärten Willens wäre dann, die Stillegung des Atomkraftwerks Stade zu betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist dann geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, es sind von der SPD drei Änderungen zu diesem Antrag gewünscht worden.

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Herr Präsident, eine der Änderungen, was die Ergänzung um Esenshamm angeht, die übernehmen wir!)

Gut, dann stelle ich fest, daß beim vierten Spiegelstrich der Wunsch der SPD „und im AKW Esenshamm", nach AKW Stade, vom Antragsteller übernommen wird.

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Ja!)

Es bleibt dann der Änderungswunsch, im zweiten Spiegelstrich den letzten Halbsatz „und notfalls auf

(A) dem Klageweg durchzusetzen" zu streichen beziehungsweise den fünften Spiegelstrich ganz zu streichen.

Ich lasse zunächst einmal die Streichung des Halbsatzes im zweiten Spiegelstrich zur Abstimmung stellen.

Wer dafür ist, daß der Halbsatz „und notfalls auf dem Klageweg durchzusetzen" gestrichen wird, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE GRÜNEN, FDP und Abg. Altermann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Streichungsantrag hat die Mehrheit gefunden, und damit ist dieser Halbsatz gestrichen.

Wir kommen jetzt zum fünften Spiegelstrich „eine Nachbarschaftsklage auf Stillegung" und so weiter.

Wer diesen Spiegelstrich insgesamt streichen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE GRÜNEN, FDP und Abg. Altermann [DVU])

(B)

Stimmenthaltungen?

Damit ist dieser Spiegelstrich insgesamt gestrichen.

Ich lasse jetzt über den Antrag insgesamt abstimmen mit den gerade vorgenommenen Änderungen.

Wer unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen dem Antrag Drucksache 12/394 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Altermann [DVU])

Dann ist dieser Antrag so angenommen!

Verhalten des Senats hinsichtlich der im Konkurs befindlichen Firma Dr. Elbel Schleifmittel GmbH in Bremerhaven

Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Dezember 1988
(Drucksache 12/398)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Wilhelms.

(C)

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Herr Präsident, den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 12/398 vom 21. Dezember letzten Jahres im Namen der CDU-Fraktion dahingehend abzuändern, daß es heißt: „Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen: Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis spätestens Ende März 1989 einen schriftlichen Bericht detailliert darzulegen", da wir nicht davon ausgehen, daß man am 2. März einen Bericht per Ende Februar hier beantragen kann!

Präsident Dr. Klink: Also ist es nur der Termin?

Abg. **Wilhelms** (CDU): Es ist nur der Termin geändert, ansonsten bleibt der Antrag so! Der Konkurs des im Bürgerschaftswahlkampf 1987 mit viel öffentlichem Getöse als Ansiedlungserfolg verkündeten High-Tech-Unternehmens hat in der Bremerhavener Öffentlichkeit nicht nur großes Erstaunen ausgelöst, sondern auch viele Fragen aufgeworfen, zum Beispiel, unter welchen Gesichtspunkten Neuansiedlungen in Bremerhaven erfolgen und welche Vorprüfungen die landeseigene Hibeg beziehungsweise die damit befaßten senatorischen Dienststellen durchführen, bevor sie Tüftlern und Patentinhabern Risikokapital zur Verfügung stellen.

Im Falle der im Konkurs befindlichen Firma Dr. Elbel Schleifmittel GmbH in Bremerhaven stellen sich unter anderem die folgenden Fragen: Erstens: Ist vor Abschluß der Gesellschaftsverträge und den finanziellen Zusagen der Hibeg eine Marktanalyse gemacht worden, ob und in welchem Zeitraum und in welcher Größenordnung die Produkte wo verkauft werden können? (D)

Zweitens: Waren die Produkte bereits so weit entwickelt, daß sie produktions- und verkaufsreif waren? Drittens: Welchen Einfluß auf die Geschäftsführung hat sich die Hibeg mit ihrer Beteiligung von 25 Prozent an der Gesellschaft vor Auszahlung der zirka fünf Millionen DM Fördermittel gesichert?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit! — Bitte, fahren Sie fort!

Abg. **Wilhelms** (CDU): Ich würde die letzte Frage gern noch einmal in Richtung SPD-Fraktion wiederholen, insbesondere an die Sozialpolitiker und -politikerinnen dort, damit sie wissen, welcher Betrag hier in den Sand gesetzt worden ist, der woanders eingespart werden muß. Also, ich wiederhole die Frage noch einmal: Welchen Einfluß auf die Geschäftsführung hat sich die Hibeg mit ihrer Beteiligung von 25 Prozent an der Gesellschaft vor Auszahlung der zirka fünf Millionen DM Fördermittel gesichert?

(A) Viertens: Lag vor Auszahlung der Fördermittel ein kaufmännisches Konzept für die Firma vor, einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse, Finanzplanung und Investitionsumfang?

Diese Fragen werden aufgrund der Berichterstattung in der „Nordsee-Zeitung" nicht nur in der Bremerhavener Wirtschaft gestellt, sondern ebenfalls zum Teil von den Mitarbeitern der Firma, die durch den Konkurs ihren Arbeitsplatz verloren haben. Diese Fragen müssen sich allerdings auch die Kollegen aller Fraktionen in diesem Hause stellen, die in den zuständigen Gremien die Entscheidung mitgetragen haben. Insoweit gehe ich davon aus, daß alle Fraktionen unserem Antrag zustimmen werden, vom Senat hierüber einen Bericht zu erhalten, der über den der Wirtschaftsdeputation zugeleiteten Bericht hinausgeht. Dies schließt die über einstündige Diskussion in der letzten Sitzung der Wirtschaftsförderungsausschüsse ein.

Dieser Bericht sollte unter anderem aber auch noch Antwort auf folgende Fragen geben: Erstens: Inwieweit hat sich die Hibeg monatliche Betriebsergebnisse geben lassen beziehungsweise angefordert und diese ausgewertet? Das nennt man in der Branche Controlling.

Zweitens: Welchen Einfluß hat die Hibeg bei der Berufung von Herrn Kleinhans zum Geschäftsführer der Firma genommen und ihn unter anderem im Rahmen der Gesellschafterversammlung kontrolliert, a) hinsichtlich der Investitionsausgaben, b) hinsichtlich
(B) des Finanzplans, c) hinsichtlich der Rendite, d) hinsichtlich der Qualifikation und Anzahl der eingestellten Mitarbeiter?

Drittens: Liegt eine Bilanz per 31. 12. 1987 vor und mit welchem Betriebsergebnis? Zu welchem Zeitpunkt im Jahre 1988 war diese erstellt? Viertens: Wann und in welchem Umfang ist ein Auftrag an die Binora-Unternehmensberatung für den Mittelstand GmbH erteilt worden und mit welchem Ergebnis?

Fünftens: Aufgrund welcher betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse haben die Herren Geertz und Kegel von der Hibeg die Binora-Unternehmensberatung beauftragt, am 22. 10. 1988 in der „Frankfurter Allgemeinen" folgende Personalanzeige aufzugeben? Ich möchte Ihnen diese, mit Genehmigung des Präsidenten, im Wortlaut nicht vorenthalten:

„Frankfurter Allgemeine" vom 22. 10. 1988, Überschrift: „Herausforderung und Chance in einem innovativen Unternehmen der Schleiftechnik. Unser Mandant ist ein junges Unternehmen mit Sitz in Bremerhaven. Entwickelt werden neuartige Schleifscheiben, die höchsten Anforderungen entsprechen. Sie werden mit großem Erfolg im Produktionsschleifen sowie in der Herstellung und der Fertigung chirurgischer Instrumente eingesetzt. Der Ausbau von Produktion und Vertrieb bietet interessante Möglichkeiten für Mitarbeiter, die harten Einsatz nicht scheuen, Aufbauarbeit leisten wollen und Personal verantwortlich führen können. Gute Voraussetzungen für diese Aufgaben bringen sicherlich auch erfahrene Herren über 50 mit."

Gesucht wird dann: ein alleinverantwortlicher Geschäftsführer und Produktionsleiter, ein Vertriebsleiter, schleiftechnischer Berater, und es wird ihnen mitgeteilt, an wen sie sich wenden sollen. Diese Anzeige, meine Damen und Herren, ist vier bis fünf Wochen vor Konkursantragstellung geschaltet worden in der „Frankfurter Allgemeinen" und trägt nun nicht gerade zur Vertrauensbildung des Standortes Bremerhaven und der dortigen Wirtschaftsförderungspolitik bei! (C)

Sechstens: Warum ist am 20. 10. 1988 im Hause der Hibeg von den Herren Geertz und Basch noch der folgende Auftrag an die Firma Eckhard Kleine-Tebbe gegeben worden? Ich darf zitieren: Betriebsberatung, da wird Herr Elbel beauftragt:

„Bezugnehmend auf das am 20. 10. 1988 im Hause der Hibeg geführte Gespräch mit den Herren Geertz und Basch möchte ich Ihnen nachstehenden Beratungsauftrag bestätigen: Erstens: Aufgabenstellung: a) kurze Instanzuntersuchung, b) Aufbau einer Unternehmenskonzeption für die nächsten drei Wirtschaftsjahre!

Zweitens: Dauer der Beratung! Für die Durchführung der Beratung werden die dreiundvierzigste und vierundvierzigste Kalenderwoche 1988 veranschlagt." Dann kommen die Kosten der Beratung, die erheblich sind. Damit möchte ich das Zitat beenden.

Siebtens: Inwieweit treffen die Aussagen der Mitarbeiter der Firma Elbel in ihrem Schreiben vom 26. 1. 1989 an die Bremerhavener Parteivorsitzenden (D)
hinsichtlich der Nichtwahl eine Betriebsrates einerseits sowie des schlechten Betriebsklimas andererseits zu? Für die Kollegen, die den Brief nicht kennen: Der von der Hibeg eingesetzte technische Geschäftsführer, Herr Kleinhans, hat die Mitarbeiter an der Bildung eines Betriebsrates dahingehend gehindert, daß er jedem, der das wollte, mit Kündigung gedroht hat. Das steht in diesem Brief.

Achtens: Wer von der Hibeg hat diesen — —?

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Ein bremisches Unternehmen! De facto bremisches Unternehmen!)

Ein de facto bremisches Unternehmen, Herr Fücks, da haben Sie völlig recht, wenn man das Kapitalengagement sieht, mit absoluter Mehrheit! Der Zwischenruf ist richtig!

Achtens: Wer von der Hibeg hat diesen Mitarbeitern viel Mut gemacht hinsichtlich neuer Arbeitsplätze in Firmen, in denen ebenfalls eine Beteiligung des Landes Bremen besteht? Auch dies steht in dem Brief der Mitarbeiter.

Neuntens: Woran ist die Gründung einer Auffanggesellschaft gescheitert? Meine Damen und Herren, dieser Fragenkatalog erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, zeigt aber doch mehr als deutlich, daß, wenn sich der Standort Bremerhaven nicht bei dringend notwendigen Bemühungen um Betriebsansiedlungen im High-Tech-Bereich bundesweit lächer-

(A) lich machen will, falls er es sich nicht schon gemacht hat, sich solche Vorgänge wie im Falle der Firma Dr. Elbel keinesfalls wiederholen dürfen, von den Kosten einmal ganz abgesehen!

Daß dies nicht nur die Meinung der CDU-Fraktion ist, zeigt uns eine Aussage — und wo er recht hat, hat er recht! — des obersten Wirtschaftsförderers und Ihres SPD-Chefs, das geht an die SPD-Kollegen aus Bremerhaven, nämlich Stadtrat Werner Lenz, in den „Bremer Nachrichten" vom 13. 12. 1988. Ich darf Herrn Lenz zitieren: „Die Hibeg hätte bei Ausübung der nötigen Kontrolle den Niedergang dieses Unternehmens verhindern können." — Ende des Zitats von Werner Lenz! Da können wir uns nur anschließen.

Meine Damen und Herren, wer für die Aufklärung dieser Vorgänge ist, der muß dem CDU-Antrag zustimmen. Der unter dem Datum vom 27. 1. 1989 vom Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel den Wirtschaftsdeputierten zugesandte Bericht über den Verlauf des Beteiligungsprojektes der Hibeg bei der Dr. Elbel Schleifmittel GmbH ist angesichts der 5,3 Millionen DM schon deswegen nicht ausreichend, weil die überwiegende Zahl der von der CDU und der Bremerhavener Öffentlichkeit aufgeworfenen Fragen entweder gar nicht oder nicht ausreichend beantwortet wurde.

Wer allerdings sein Abgeordnetenmandat dahingehend versteht, eine Aufklärung zu verhindern, trägt mit dazu bei, eine Wiederholung solcher Vor-
(B) fälle zum Nachteil des Wirtschaftsstandortes Bremerhaven zu ermöglichen. Die CDU muß sich für diesen Fall dann vorbehalten, andere parlamentarische Mittel und Wege zu finden, Licht in dieses Wirtschaftsförderungsdunkel zu bringen. — Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Wilhelms, eine Frage: Der Termin war jetzt April, oder wann war das?

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: Ende März statt Ende Februar, Herr Präsident!)

Ich bedanke mich!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

Abg. **Ziegler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag der CDU versetzt uns etwas in Erstaunen. Wenn dieser Antrag von den GRÜNEN gekommen wäre, wären wir nicht so erstaunt, gleichwohl, auch wenn dieser Antrag von der CDU kommt, lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen auch sagen warum, aus zwei Gründen: erstens vom Inhalt her. Der Antrag ist nicht nur hinsichtlich des Datums überholt, was jetzt korrigiert worden ist, indem aus Februar März wurde, sondern auch vom Inhalt her, denn es liegt ein Bericht vor, der die meisten Fragen, zumindest aus unserer Sicht, beantwortet. Wenn das nicht genügen würde, so hatten wir es in der Deputation vereinbart, sollten Nachfragen innerhalb der Deputation für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel beziehungsweise in den Wirtschaftsförderungsausschüssen gestellt werden. Warum? (C)

Es besteht eigentlich einhellige Meinung zwischen CDU und uns, daß Interna von Firmen, seien sie in Konkurs oder nicht, nicht in der Öffentlichkeit ausgebreitet werden sollen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD — Vizepräsident v. d. S c h u l e n b u r g übernimmt den Vorsitz.)

Es besteht ein schutzwürdiges Interesse für Firmendaten, auch wenn die Firmen in Konkurs sind, auch wenn sie vielleicht dem betroffenen Unternehmen selbst nicht mehr nützen,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Man muß sich einmal vorstellen, man würde sich hier über Herrn Wilhelms und seine Firmen unterhalten!)

aber eine Diskussion hier in der Öffentlichkeit hat auch eine Signalwirkung nach draußen.

Ich erinnere mich eines Vorwurfs der CDU an Senator Beckmeyer, als dieser in einer Pressemitteilung einmal bekanntgab, im Sommer letzten Jahres mag es gewesen sein, welche Bremer Firmen Fördermittel bekommen, und diese dort genannten und aufgeführten Firmen sehr pikiert gewesen sind, sich in der Zeitung wiederzufinden. Ich erinnere mich weiter eines Vorfalls — —. (D)

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: Das ist doch ein ganz anderer Vorgang!)

Nein, das ist kein anderer Vorfall von der Sache her! Ich erinnere mich eines weiteren Vorwurfs der CDU an Herrn Fücks, dem sich auch Herr Senator Beckmeyer anschloß, als auch Herr Fücks bestimmte Subventionen, die in der Deputation beschlossen wurden, kritisierte. Die Fragen, die Herr Wilhelms hier aufgeworfen hat, hätten zum Teil gefragt werden können 1987, in der Vorlage 128/87 nämlich, als es um die Förderung dieses Projektes ging. Die Zustimmung damals von der CDU war einhellig, obwohl in dieser Vorlage bereits auf die Risikoträchtigkeit dieses Vorhabens hingewiesen worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Wenn dann Fragen übrigbleiben, Herr Wilhelms, sollten Sie die in der Deputation stellen und nicht in der Öffentlichkeit!

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: Das müssen Sie uns schon überlassen!)

(A) Wir kommen, nachdem wir den Bericht gelesen haben und auch Gespräche geführt haben, zu dem Schluß, daß es sich hier nicht um Verschwendung von Haushaltsmitteln handelt. Es hat in unseren Augen ein Finanz-Controlling, eine Finanzkontrolle, stattgefunden, man wußte, wo das Geld bleibt. Der Grund, warum es nicht funktioniert hat, meine Damen und Herren, ist ganz einfach, das Produkt hat nicht funktioniert.

Nun mag man sagen, die Gutachten, die eingeholt wurden, sprachen für eine positive Produktentwicklung, nur, es hat so nicht funktioniert. Meine Damen und Herren, an dieser Subvention von fünf Millionen DM, die sicherlich nicht unbeträchtlich ist, aber die gesamte Wirtschaftsentwicklung Bremerhavens aufhängen zu wollen, erscheint uns überzogen im Vergleich zu Geldern, die in den letzten Jahren in die Werftindustrie geflossen sind.

(Beifall bei der FDP)

Uns erscheint aber der zweite Grund viel wichtiger, in dieser Diskussion hier soll es nämlich um die Hibeg an sich gehen, auch wenn das nicht im Antrag steht. Grundlage der Förderung der Firma Elbel — und ich möchte auf diesen konkreten Fall Elbel nicht weiter eingehen, weil ich der Meinung bin, es gehört nicht hierher — ist das Bremische Innovationsprogramm, dessen Verfahren und Umsetzung treuhänderisch durch die Hibeg abgewickelt wird. Die einzelnen Förderanträge, Fördervorfälle werden in der (B) Deputation und in den Wirtschaftsförderungsausschüssen beraten und letztendlich abgestimmt, entweder positiv oder negativ.

Dies war beim Fall Elbel so, und der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, daß es auch bei der Förderung Hanseatischer Lloyd der Fall war. Ich behaupte, daß gerade diese beiden Bremerhavener Fälle aus der Erbmasse unseres vorherigen Wirtschaftssenators Lenz kommen, und ich behaupte weiter, sie wären auch gefördert worden, wenn sich die Hibeg letztendlich dagegen gesperrt hätte. Hier ging es um Bremerhavener Politiken.

Welche Konsequenzen hat aber die Hibeg nun eigentlich aus diesen beiden negativen Fällen gezogen, und zwar nicht erst jetzt, sondern schon vor Jahren? Auf Wunsch der Hibeg wird inzwischen die Treuarbeit eingeschaltet, um Plausibilitätsprüfungen für die einzelnen Förderungen durchzuführen. Außerdem wird gerade bei diesen technologisch interessanten und sensiblen Projekten heute das VDI-Technologiezentrum zur technologischen Beratung hinzugezogen, VDI, Verband Deutscher Ingenieure. Das heißt, es hat ein Lernprozeß stattgefunden.

Die Hibeg, meine Damen und Herren, steht bei der Umsetzung des Bremischen Innovationsprogramms vor folgendem Problem: Einerseits sind technologische Förderungen mit einem hohen Risiko behaftet, das heißt, in der Regel ist es schwierig, dafür irgendwelche Bankbürgschaften zu bekommen, es bleibt (C) nur die Lösung von Beteiligung, und wenn dann ein Projekt ausfällt, dann folgt die politische Peitsche, wie in diesem Fall passiert.

Wenn die Hibeg die Funktion eines Risikokapitalfonds übernimmt, eines sogenannten Venture-Capital-Fonds, dann ist das Risiko hoch, das wissen alle Beteiligten, aber in der Summe sollte der Erfolg überwiegen. Für uns ist es eher ein Qualitätsbeweis für die Arbeit der Hibeg, wenn es jetzt zur Kooperation kommt mit international arbeitenden Venture-Capital-Gruppen wie der Matuschka-Gruppe, die von der Vorgehensweise her etwas anders arbeiten kann, weil sie rein privatwirtschaftlich organisiert ist. Sie arbeitet mit einer Zehnjahressicht und wie amerikanische Unternehmen auf diesem Gebiet mit einer Erfolgsquote von eins zu neun, das heißt ein Erfolg, neun Mißerfolge, und auch dieses extreme Verhältnis reicht, um in der Summe positiv zu arbeiten.

Zwei weitere Details mögen vielleicht wichtig sein, daß sich an der Matuschka-Gruppe in den letzten Tagen eine japanische Investorengruppe beteiligt hat,

(Abg. Teiser [CDU]: Die ist doch gar nicht Thema hier!)

und auch, daß in den USA, für Venture-Capital-Beteiligungen andere Abschreibungsmöglichkeiten bestehen. Darum ist dieses Instrument gerade dort wesentlich verbreiteter als bei uns.

Es wäre zu überlegen, ob die Hibeg für die Zukunft (D) auch zu einer Fondsbildung kommt, wo diese technologisch sensiblen Projekte zusammengefaßt werden und man diesen Fonds in einer Summe betrachtet und nicht jedes einzelne Projekt separat, vergleichbar der Zusammenfassung der Schiffsbeteiligungen in der Form der Trade-Invest. Dann ist für uns die Gesamtbetrachtung wichtig, die allerdings positiv sein muß.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir den Bremischen Innovationsfonds wollen, und das ist allgemeines politisches Credo, dann bitte nicht die Erfolge an die eigene Brust heften und die Mißerfolge auf dem Rücken der Geschäftsführung austragen wollen!

Es ist unsere Forderung, daß privates Kapital anzustreben ist und mindestens in einer Größenordnung von 50 zu 50 zukünftig vorhanden sein sollte. Wenn wir einen Vorwurf erheben an den Senat, dann bezieht er sich auf die personelle Ausstattung der Hibeg in den letzten Jahren. Wir hoffen, daß diese personelle Ausstattung für die Zukunft verbessert wird, nachhaltig verbessert wird. Wir glauben, daß der Senat von der Entwicklung, die die Hibeg zu spielen hatte in den letzten ein, zwei, drei Jahren, überrollt worden ist. Wir hoffen, daß die personelle Ausstattung jetzt aufgebaut wird, nachhaltig. — Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

(A) **Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schmurr.

Abg. **Schmurr** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe so ein bißchen den Eindruck, Herr Wilhelms, daß Sie sich regelrecht in dieses Thema verbissen haben. Ich überlege immer noch, welches Ihre Motive dafür sind. Sie haben es ja nun sicherlich nicht nötig, sich mit einem solchen Fall in Bremerhaven profilieren zu müssen. Also, ganz kann ich Ihre Beweggründe nicht nachvollziehen!

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: Kann ich Ihnen gleich sagen!)

Ihr heute vorgelegter Antrag, meine Damen und Herren, ist höchst überflüssig, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Der schriftliche Bericht, den Sie fordern, liegt aufgrund eines SPD-Antrags vom 14. 12. 1988 in der Wirtschaftsdeputation seit dem 27. Januar vor, und bereits am 15. Januar wurde ein mündlicher Bericht in der Wirtschaftsdeputation gegeben.

Zweiter Grund: Eine öffentliche Diskussion, und da stimme ich Herrn Ziegler voll zu, über ein im Konkurs befindliches Unternehmen ist höchst bedenklich. Wie will man hier unternehmerisches Fehlverhalten trennen von eventuellem senatorischen Fehlverhalten? Das können Sie überhaupt nicht, da die Geschichten unmittelbar zusammengehören. Wir (B) haben jedenfalls als Sozialdemokraten den Versuch unternommen, diesen Fall aufzuklären, haben nichts hinter dem Berg gehalten, haben aber versucht, das sage ich ganz offen, diese Frage in der Wirtschaftsdeputation beziehungsweise in den Wirtschaftsförderungsausschüssen intern zu diskutieren mit all den Fragen, die Sie hier gestellt haben.

Am 15. Februar, nachdem Sie bereits drei Wochen informiert waren, waren Sie nicht in der Lage, in der Wirtschaftsdeputation Stellung zu nehmen. Erst eine Woche später in den Wirtschaftsförderungsausschüssen haben wir all die Fragen, die Sie hier heute gestellt haben, soweit ich mich erinnern kann, behandelt. Die Fragen sind beantwortet worden, und zwar dort, wo sie zu behandeln sind, nämlich in den Wirtschaftsförderungsausschüssen und nicht in einer öffentlichen Diskussion!

(Beifall bei der SPD)

Herr Fücks hat ja alles schon vorher gewußt. Bereits im Dezember hat er sich in der Presse öffentlich geäußert. Ohne im Besitz von Unterlagen zu sein

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Bitte?)

oder Informationen zu haben, sprach er bereits von einem Debakel bremischer Risikokapitalfinanzierung.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Immerhin 5,3 Millionen! Das wußten wir schon!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will (C) eine kurze Vorbemerkung zum Risikokapital machen! An sich ist das ja eine klassische Aufgabe von Kreditinstituten. Wir wissen aber, daß die zu einer solchen Finanzierung in Bremen nicht bereit sind. Die jahrelangen Bemühungen des Senats sind vorläufig gescheitert, und wir kritisieren das Verhalten der Kreditinstitute in Bremen. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an Berlin, Bayern und Baden-Württemberg, wo wir allerdings auch, das muß man sagen, andere Voraussetzungen haben als in Bremen.

Wie wir wissen, wird der Berliner Haushalt zu 50 Prozent vom Bund finanziert, und in Bayern und Baden-Württemberg haben wir eine prosperierende Wirtschaft. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es um so begrüßenswerter, daß hier in Bremen in diese Richtung die Initiative vom Senat ergriffen worden ist, und wir begrüßen das ausdrücklich.

Aber nun zum Fall Elbel, wie wir ihn als SPD-Fraktion bewerten! Meine Damen und Herren, kaum ein bremisches Engagement ist so gründlich vorgeprüft worden wie dieses. Ausgangspunkt war die Entwicklung eines neuartigen Schleifmittelkörpers in der Technologiefabrik Karlsruhe. Es haben dann, ich nenne nur einmal drei Punkte, drei Prüfungen stattgefunden. Erstens: Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat dieses Projekt gefördert im Rahmen der Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen, wobei man sagen muß, daß hier strenge Anforderungen an das Niveau solcher technologischen Entwicklungen gestellt (D) werden.

Zweitens: Eine weitere Grundlage für die Entscheidung waren Fachgutachten der Universitäten Kaiserslautern und Bremen. Und der dritte Punkt: Es gab einen Geschäftsplan des Beauftragten des Bundesministers für Forschung und Technologie im Rahmen der Unternehmens- und Technologieberatung der Industrie- und Handelskammer Stade.

Das ist also die Vorgeschichte dazu, denn kein Mensch von uns ist in der Lage, weder die Hibeg noch der Senat, eine technische Innovation zu überprüfen. Damit war die Grundlage gelegt für eine technische Bewertung, und es gab auch bereits eine Schätzung der voraussichtlichen Geschäftsentwicklung: 1988 Umsatz — Schätzung drei Millionen DM, 1991 15 Millionen DM.

In der Sitzung der Wirtschaftsförderungsausschüsse am 26. August 1987 wurde dann einstimmig mit den Stimmen der CDU der Beschluß gefaßt, dieses Projekt zu fördern, obwohl in der Vorlage ausdrücklich und sehr gründlich auf die Risiken hingewiesen wurde: nämlich eine tendenzielle Überbesetzung des Marktes, keine Erprobung der Fertigung und Anwendung in Serie, aber insgesamt wurde, und Sie haben ja danach gefragt, Herr Wilhelms, eine positive Marktanalyse gegeben.

Die nach dieser Vorarbeit und nach den Beschlüssen folgenden Schritte waren zwangsläufig. Im Rahmen eines vorgegebenen Kostenrahmens wurden

(A) die Investitionen zum Aufbau der Produktion getätigt.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ende April 1988 waren 4,3 Millionen DM gebunden für diese Investition, und die Produktion wurde dann aufgenommen. Es heißt richtig in dem Bericht des Wirtschaftssenators: „Denn erst nach Produktionsaufnahme war es möglich, die Akzeptanz der Produkte bei den potentiellen Kunden zu beurteilen."

Nun wird Kritik daran geübt, ob jede Maschine, jede Investition notwendig gewesen sei. Wer will das eigentlich, meine Damen und Herren, von außen beurteilen? Das liegt doch wohl in der unternehmerischen Verantwortung, solche Entscheidungen zu treffen, und zunächst war auch, übrigens in einem High-Tech-Bereich, ein ganz bescheidener Anfang geplant mit 20 Arbeitnehmern und Investitionen von 250 000 DM pro Arbeitsplatz. Das ist also relativ gering entsprechend dem hochinnovativen Produkt, um das es hier ging.

Doch schon bald nach der verspäteten Produktionsaufnahme gab es erste Probleme. Was vom Unternehmen nicht eingeplant war: Der Markt reagierte sensibel, es gab Umstellungsprobleme in den Betrieben auf die neuen Scheiben — klappt es, oder klappt es nicht —, und der Umsatz entsprach daher nicht den Erwartungen. Das war im Mai, Juni 1988, also (B) bereits vier, acht Wochen nach Produktionsaufnahme. Hinzu kamen Probleme bei den Abnehmern. Zum Beispiel ging ein Probeschleifen bei Daimler-Benz daneben. Offensichtlich war das Produkt noch nicht ausgereift und so, wie es produziert wurde, nicht zu verwenden und nicht zu gebrauchen.

Mittlerweile war das Engagement, unter anderem auch durch die notwendigen Personaleinstellungen, auf 4,9 Millionen DM bis Oktober 1988 aufgelaufen. In der ganzen Zwischenzeit, von Anfang des Projekts bis zum Ende, hat es laufende Kontrollen durch die Hibeg gegeben, die Umsatzplanung wurde zum Beispiel laufend reduziert. Die Zahlen stehen alle in dem Bericht. Es wurde schließlich ein Unternehmensberater eingeschaltet, der einen weiteren Verlust von 3,7 Millionen DM prognostizierte und klarstellte, daß ganz erhebliche Mittel zur Weiterführung dieses Projekts nötig seien.

Das Projekt wurde daher, und ich halte das für eine richtige Entscheidung, abgebrochen. Die endgültige Höhe der Verluste läßt sich natürlich erst nach Abwicklung des Konkurses abschätzen.

Nun habe ich mittlerweile gehört, daß Herr Professor Werner von der Universität Bremen weitermachen will, das für ein gutes Produkt hält, angeblich gibt es auch schon Abnahmegarantien. Ich bin der Meinung, das kann man alles gründlich prüfen, denn die Patente können ja durchaus ausgewertet werden, aber man kann nur davor warnen, so ohne weiteres ein neues Engagement einzugehen.

Die Frage ist, meine Damen und Herren, was kann (C) bei solchen Unternehmungen die Hibeg tun und was muß der Unternehmer tun. Die Hibeg muß sich auf den technischen Rat von Sachverständigen verlassen, wie wir das ja auch müssen als Abgeordnete. Aber die Durchsetzung des Produkts auf dem Markt ist Sache des Unternehmers, und da gab es ja wohl Unternehmer! Was die banküblichen Statuskontrollen angeht: Der entscheidende Punkt bei dieser ganzen Frage, meine Damen und Herren, ist der, die Produktion konnte erst nach vollständiger Einrichtung des Betriebs, in bescheidenem Rahmen natürlich, aufgenommen werden. Bis dahin waren die Mittel im wesentlichen aufgebraucht. Erst in der Praxis begann dann das Debakel.

Meine Damen und Herren, Risikokapital, irgend jemand hat es einmal gesagt, ist der Gang durch ein Tal der Tränen. Wir können der Hibeg nach heutigem Kenntnisstand als SPD-Fraktion keine Vorwürfe machen, denn die Hibeg ist keine Prüfstelle für technische Innovationen, dafür sind andere zuständig. Das Wesen von Risikokapitalfonds ist eben die besondere Häufung von Risiken. Hinterher zu beklagen, wenn einmal etwas schiefgeht, ist nach meinem Dafürhalten pharisäerhaft, und es hat auch keinen Sinn, dann Krokodilstränen zu vergießen, denn das weiß man vorher, daß es hier Risiken gibt.

In Bremen haben wir im übrigen, das geht aus einem Bericht der Hibeg hervor, bereits gute Erfahrungen gemacht. Von den 14 Risikokapitalprojekten sind zwei gescheitert, die beiden bekannten Bremerhavener Projekte, das sind 15 Prozent. Gemessen an (D) der Zahl der gescheiterten Projekte im Bundesgebiet, dort beträgt der Durchschnitt 30 bis 40 Prozent, also mehr als das Doppelte als hier in Bremen, stehen wir ganz gut da.

Auch in Zukunft, meine Damen und Herren, werden Ausfälle nicht zu vermeiden sein, insbesondere bei technologieorientierten innovativen Risikokapitalfinanzierungen. Nach unserer Auffassung sind weder der Hibeg noch dem Senat Vorwürfe zu machen. Ihr Verhalten war in jeder Phase des Ablaufs tadelsfrei. Das Engagement war nach den entsprechenden Vorprüfungen richtig, und insofern sind auch die Beschlüsse der Wirtschaftsförderungsausschüsse, die einstimmig waren, nicht zu beanstanden. Die Kontrolle der verwendeten Mittel war sachgemäß und ausreichend. Eine endgültige Beurteilung der Marktreife war erst unter normalen Produktions- und Anwendungsbedingungen möglich. Ich betone das ausdrücklich. Der Abbruch dieses Risikounternehmens erfolgte rechtzeitig und war hundertprozentig gerechtfertigt. Dadurch wurden weitere Millionenverluste vermieden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion fordert deshalb den Senat auf, sein Engagement in der Risikofinanzierung weiter fortzuführen, und wir fordern die private Geldwirtschaft hier in Bremen auf, sich ihrer Verantwortung bei dieser Aufgabe nicht weiter zu entziehen! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist nicht eine Diskussion über die Firma Dr. Elbel, das ist eine Diskussion über die Hibeg, und nur als solche ist sie auch vor diesem Forum sinnvoll. Für mich stellen sich in der Abwägung der Informationen, die wir inzwischen erhalten haben über Ursachen und Verlaufsform des Debakels dieser Firma in Bremerhaven, zwei entscheidende Fragen, nämlich erstens: Verfügt die Hibeg über die Fähigkeit der Risikobeurteilung und Risikominimierung bei den Engagements, die sie eingeht? Es ist natürlich billig zu sagen, Risikokapitalfinanzierungen, in die die Hibeg, also die öffentliche Hand, gezwungen wurde, weil das private Kapital in Bremen, die Banken, sich so vornehm zurückhalten und nur dem sicheren Gewinn hinterherjagen, beinhaltet eben auch das Risiko des Scheiterns. Selbstverständlich! Das ist eine Tautologie.

Die Frage aber gerade dann, wenn man erhöhte Risiken eingeht, ist doch, wie ist die eigene Fähigkeit entwickelt, sie zu beurteilen, und verfügen wir über die Instrumentarien, diese Risiken zu minimieren, und zwar sowohl beim Einstieg in ein Projekt, das heißt bei der technischen Bewertung und bei der Marktbeurteilung, wie bei der Kontrolle des laufenden Betriebs. Im Gegensatz zu Herrn Schmurr komme ich zu dem Ergebnis, daß zumindest in diesem (B) Fall die Hibeg nicht über die ausreichenden Kompetenzen und Kapazitäten verfügt hat.

Zum Beispiel hat sich gezeigt, daß das Finanz-Controlling, also die Überprüfung der laufenden Ergebnisse und der Abgleich mit den aufgestellten Finanzplänen, nach Aussagen der Hibeg selbst bisher per Handbetrieb stattfindet, per Handbetrieb, das heißt über Gesellschafterversammlungen und über Einzelgespräche, aber nicht über eine systematisierte Erfassung und Auswertung der laufenden Betriebsergebnisse und Betriebsdaten. Das finde ich angesichts der Engagements, die die Hibeg eingegangen ist, und angesichts der Beträge, die dabei für den bremischen Haushalt auf dem Spiel stehen, gelinde gesagt, dilettantisch, und es ist etwas verspätet, wenn erst jetzt ein EDV-System entwickelt werden soll, um dieses Finanz-Controlling zu professionalisieren.

Zweiter Punkt! Welches Selbstverständnis hat die Hibeg gegenüber den Unternehmen, bei denen sie sich mit Eigenkapital oder eigenkapitalgleichen Darlehen engagiert?

In dem Bericht, der dazu der Wirtschaftsdeputation und den Wirtschaftsförderungsausschüssen vorgelegt wurde, wird ausdrücklich gesagt, die Hibeg kann keine unternehmerischen Ersatzfunktionen übernehmen, ihre Aufgabe besteht lediglich in der Bereitstellung von Kapital und in der Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle übt sie mangelhaft aus, das haben wir schon gehabt. Ich halte aber die Verkürzung dieser Aufgabenstellung auf bloße finanzielle Dienstleistungen für fatal. Gerade Eigenkapitalfinanzierung muß doch auch bedeuten, gegenüber den Unternehmen, die erst am Beginn ihrer Tätigkeit stehen, denen es deshalb in der Regel an kaufmännischen Kompetenzen, oft auch an technischen Kompetenzen mangelt, auch Beratung und unternehmerische Dienstleistungen entweder selbst zur Verfügung zu stellen oder sie wenigstens zu vermitteln. Das ist doch auch ein Bestandteil von Risikobegrenzung und Risikominimierung. (C)

In einem Unternehmen, das keine professionelle kaufmännische Leitung hat, wie das bei Elbel der Fall war, ist es doch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Hibeg als Hauptkapitalgeber und Eigentümer, entweder selbst die entsprechenden Dienstleistungen als Service bereitzustellen oder sich zumindest darum zu kümmern, daß Externe sie wahrnehmen. Die Hibeg kann doch nicht nur als Sparkasse auftreten, die das Geld gibt, ohne gleichzeitig damit ein Stück Mitverantwortung zu übernehmen für die Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit dieser Unternehmen. Das bedeutet noch gar nicht, daß sich die Hibeg selbst einmischen soll in technische Entwicklungen und Entscheidungen. Das ist gar nicht meine Forderung.

Die Hibeg soll nicht in dem Sinn Ersatzunternehmen spielen, daß sie stellvertretend für diejenigen, die mit einer Innovation auf den Markt gehen, zum Beispiel Ingenieursaufgaben wahrnehmen soll, das ist unsinnig. Aber die Hibeg muß den Rahmen von (D) unternehmerischen Tätigkeiten, die in diesem Unternehmen selbst nicht bereitgestellt werden können, weil sie noch am Beginn sind, öffentlich garantieren.

Wenn man sieht, in welche Entwicklung die Hibeg in den letzten Jahren hineingezogen worden ist, dann übernimmt sie de facto die Funktion einer öffentlichen Unternehmensholding. Die Hibeg hat sich an 14 Risikokapitalengagements beteiligt, zwei davon sind jetzt per Konkurs offiziell gescheitert, andere sind notleidend geworden, um es vorsichtig auszudrücken, und mußten mit verschiedenen Auffanglösungen gerettet werden, unter anderem mit Hilfe des Bremer Vulkan und großer öffentlicher Nachschüsse. Dazu gehören Unternehmen zum Beispiel der Luftfahrtbranche, dazu gehören auch Unternehmen der Elektronikbranche.

(Abg. Schmurr [SPD]: Nun erzählen Sie einmal alles schön auf dem Marktplatz!)

Ich nannte keine Namen, das ist übrigens alles schon öffentlich, regen Sie sich bloß nicht auf, Herr Schmurr! Also, daß die Hibeg zum Beispiel an der Air Bremen beteiligt ist, das hat der Senat selbst in seinen Senatsmitteilungen verkündet. Tun Sie bloß nicht so, als sei es die Opposition, die hier mit irgendwelchen delikaten Informationen an die Öffentlichkeit ginge, während der Senat selbst sich ständig damit brüstet, wie erfolgreich er Wirtschaftsförderung

(A) und Risikofinanzierung betreibt, und diese Unternehmen nennt! Das ist wirklich Heuchelei!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder ist es vielleicht ein Geheimnis, daß die Hibeg, das haben wir hier beschlossen, die Schiffsbeteiligung des Bremer Vulkan übernommen hat und inzwischen die größte Bremer Reederei ist? Ist es vielleicht ein Geheimnis, daß die Hibeg an der Senator-Linie beteiligt ist? Ist es ein Geheimnis, daß die Hibeg, jedenfalls nach Aussage des Senats, immer noch größter Aktionär des Bremer Werftverbundes ist und daß sie indirekt die Beteiligung an MBB verwaltet? Das heißt, wir haben hier de facto eine öffentliche Unternehmensholding, die strategische Unternehmensbereiche für das Land steuert und die deshalb verpflichtet wäre, Strukturpolitik zu betreiben und nicht nur Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um Strukturpolitik zu betreiben, muß man auch die entsprechenden personellen, technischen und organisatorischen Kapazitäten geben. Das ist nicht der Fall, und deshalb ist der Senat auch politisch mitverantwortlich für Verluste, die bei diesen Geschichten eintreten, und für entgangene Chancen mit diesen Engagements, für die wir unbedingt sind!

(B) (Abg. J ä g e r [FDP]: Das ist Stamokap!)

Stamokap ist das, was der Senat tut, bloß ohne intelligente Steuerung der Instrumente, die er sich da an den Hals gezogen hat!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Beckmeyer.

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel Beckmeyer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint ja ein wenig Leben in die Debatte zu kommen, und das ist vielleicht auch ganz gut so. Herr Fücks, ich habe den Eindruck, auch gerade bei dem Gesagten, Ihre Politik ist immer dann gegen die Vernunft, wenn die Vernunft gegen Sie ist!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Sind Sie etwa die Vernunft?)

Dies, denke ich, ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Beurteilung dieses Unternehmens und auch der Entscheidung des Verwaltungsrats der Hanseatischen Industriebeteiligung, um diesen ganz kleinen, simplen Punkt zu nehmen!

Zu dem Generalvorwurf, hier würde etwas nicht ordentlich mit Intelligenz verwaltet! Was ist denn die Hibeg, lieber Herr Fücks? Warum ist sie denn eingesetzt worden? Doch im Grunde, um wirtschaftspolitische Zielsetzungen (C)

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Genau!)

in Handlungsformen des Zivilrechts überhaupt erst möglich zu machen, um praktisch eine gestaltende Industriepolitik zu ermöglichen!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Genau! Das müssen Sie einmal tun!)

Das tun wir, und das bitte ich, doch einmal zur Kenntnis zu nehmen! Die Historie der Hibeg begann doch mit dem Desaster von VFW, der Übernahme von Hibeg, der Übernahme dieser Gesellschaftsanteile, die von den Unternehmen geführt und gehalten worden sind, bis hin zu den ganzen Aktionen MBB, Werftenverbund, nach dem Desaster der AG „Weser". Das alles wischen Sie hier

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Überhaupt nicht!)

mit solchen Halbsätzen vom Tisch und sagen, dieser Senat hätte in der Vergangenheit und aktuell nicht eine, sage ich einmal, intelligente Industriepolitik betrieben. Dies ist grundsätzlich falsch, und das weise ich hier zurück!

(Abg. Frau J a h n k e [DIE GRÜNEN]: Hat er doch gar nicht gesagt! — Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Sie sozialisieren die Verluste, das ist alles!) (D)

Ich möchte etwas sagen, und darauf sollten Sie sich in Ihren Debattenbeiträgen auch beziehen: Es gibt zwei Geschäftsbereiche der Hanseatischen Industriebeteiligung, die Geschäftsbereiche der ganz normalen Beteiligungen, wie wir sie im Rahmen von Industriepolitik, von intelligenter Industriepolitik für die beiden Städte eingesetzt haben und aktuell nutzen, und daneben gibt es, und das haben der Abgeordnete Ziegler und der Abgeordnete Schmurr hier ausgeführt, Risiko-, Wagniskapitalbeteiligungen der Hibeg. Diese sind eingegangen worden, nachdem sich die bremische Bankenwelt in der letzten Legislaturperiode nicht bereit gefunden hat, solche Instrumentarien selbst zu schaffen.

Da wir die Einschätzung haben, daß wir bezogen auf Wirtschaftsförderungspolitik im Raum Bremen und Bremerhaven auch solche Wagniskapitalaktivitäten benötigen, darauf nicht verzichten können, ist die Hibeg als Instrument der Wirtschaftspolitik dieses Landes und des Senats in diese Rolle vom Senat gedrängt worden. Sie ist damit beauftragt worden, solche Risikokapitalprojekte selbst zu tätigen. Diese Engagements, Sie haben es vorhin gesagt, 14 an der Zahl, sind eingegangen worden. Davon laufen einige ausgezeichnet. Aber es gibt, und ich finde, eine solide Wirtschaftspolitik zeichnet sich auch dadurch

(A) aus, einige, die nicht ausgezeichnet laufen, höchst schlecht laufen, und Solidität ist auch dann gefragt, wenn man einmal nein sagen muß, es gibt kein weiteres Geld, weil die Umsätze nicht da sind.

Darum auch zur Finanzkontrolle! Ich finde es unerhört, wenn Sie immer weiter behaupten, hier sei eine mangelnde Finanzkontrolle gewesen. Dieses Unternehmen Elbel ist nicht an mangelnder Finanzkontrolle zugrunde gegangen, weil die Kosten explodiert sind oder nicht kontrolliert worden sind, sondern es ist daran zugrunde gegangen, daß es keine Umsätze gab, Herr Fücks! Ein Geschäft, das nichts verkauft, kann nicht aufrechterhalten werden. Dies ist die Grundproblematik, und darauf bitte ich doch einmal hinweisen zu dürfen, das steht auch in dem Bericht ganz explizit aufgeschrieben!

Bei Herrn Wilhelms habe ich etwas Schwierigkeiten mit der Positionierung, Herr Wilhelms, die Sie hier vornehmen. Auf der einen Seite suggerieren Sie sich als wirtschaftlich doch ausgewiesener Unternehmer, der weiß, wann er aufhören muß, und der weiß, wo er fortsetzen muß und wo er einsteigen muß oder nicht einsteigen muß, und geben hier Ratschläge nach dem Muster, als ob Ihnen im Grunde dieses Grundwissen völlig abhanden gekommen zu sein scheint. Ich kann mir das nicht anders vorstellen! Sie machen hier eine Politik, wie jemand, der von Rechts- auf den Linksverkehr umstellen will, aber sagt, halt, seid vorsichtig, da können Unfälle
(B) passieren, und die ersten 14 Tage fahren nur die Autos mit geraden Nummern links, und die anderen bleiben bei der alten Fahrweise. Also, das ist keine Problemlösung!

Entweder wollen Sie mit uns Wagniskapitalprojekte mit dem Risiko, das beschrieben wird in den Vorlagen, Sie haben sich damals als CDU dazu bereit erklärt. Sie haben mit uns im September oder im August 1987 zugestimmt. In der Vorlage sind die Risiken sehr wohl beschrieben worden: Wir haben bisher nur Daten hinsichtlich der Laborqualität, es gibt einen überbesetzten Markt, aber dieses Produkt, wenn es denn aus der Laborsituation herauskommt in die industrielle Fertigung, hat Marktchancen, kann große Marktchancen haben. Dann ist die Produktionsfähigkeit dieses Unternehmens erstellt worden, bis zum März 1988 ist der Aufbau des Unternehmens vorgenommen worden, und dann ist versucht worden, sieben Monate, acht Monate lang, nun aus diesem produktionsfertigen Unternehmen Produktionen zu verkaufen. Daran ist das Unternehmen gescheitert, nicht an mangelnder Finanzkontrolle!

Nein, die Hibeg hat, nachdem sie das gemerkt hat, immer noch gesagt, liebe Freunde, ihr müßt jetzt, da der Kostenblock Personal ständig Monat für Monat auflief, dafür sorgen, daß ihr Einnahmen habt, damit eure Liquidität und so weiter stimmt. Es kam nichts! Die Frage ist, hätte man nach drei Monaten abbrechen sollen. Ich glaube nicht, dann hätte ich hier gestanden und hätte mich gegen den Vorwurf verteidigen müssen, ich hätte nicht die Ausdauer gehabt!

Am Ende dieses Prozesses, am Ende dieses Zeitraums war das Geld, was die Hibeg, durch parlamentarische Beschlüsse untermauert, zur Verfügung gestellt hat, verbraucht. Da war die Generalfrage: Wie ist die Einschätzung dieses Produkts bezogen auf die Marktverwertung? Der Markt ist die entscheidende Größe, die im Grunde das Kreuz geschlagen und den Konkurs verursacht hat. Das ist das Problem, und das ist auch die Problemlösung dieser ganzen Angelegenheit. (C)

Ich darf an dieser Stelle noch eines hinzufügen: Wir werden, auch seitens des Senats, mit der Hanseatischen Industriebeteiligung diese Vermischung unterschiedlicher Beteiligungsqualitäten beenden, weil auch Risikokapitalprojekte in Zukunft durchaus notleidend werden können — welcher Senator oder welcher Geschäftsführer der Hibeg könnte sich denn hier hinstellen und etwas anderes versprechen? —, wir werden eine ordnungsgemäße Aufteilung vornehmen. Wir werden eine Tochter der Hibeg, Herr Ziegler hat so etwas Ähnliches angedeutet oder vorgeschlagen, wir nehmen das auf, ich habe das ja schon in den letzten Wirtschaftsförderungsausschüssen angekündigt, für diese Wagniskapitalprojekte gründen, so daß draußen ganz klar ist, für die Politik, für Banken und für alle Beteiligten, daß wir in dieser Angelegenheit das ordentliche, ordnungsgemäße, solide Grundgeschäft der Hibeg haben und daneben das Wagniskapitalgeschäft. Damit das ganz klar ist von vornherein!

Im übrigen, parlamentarische Begleitung hat es bei (D) all diesen Projekten in der Vergangenheit gegeben. Wir haben ordentliche Beschlüsse gefaßt in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, in Deputationen und so weiter und so fort.

Insofern, meine Damen und Herren, ich kann nur sagen, wir haben ordentlich berichtet, ausführlich berichtet, mündlich, schriftlich. Ich will dem Parlament keinen Rat geben, aber das, was hier gefordert wird, ist schon längst erfüllt. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Ziegler, wenn öffentliche Gelder in ein Unternehmen gesteckt werden, haben nach unserer Auffassung die Öffentlichkeit und wir selbst, aber auch die Arbeitnehmer, die dort beschäftigt sind, ein Interesse daran, und zwar ein berechtigtes, mitzubekommen, was aus diesen Geldern geworden ist, egal, ob positiv oder negativ!

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich, Herr Schmurr, noch einmal eben zu Ihnen kommen! Sie kamen mir eben vor wie jemand, der sich in der Januar-Sitzung auf eine Rede

(A) vorbereitet hat, gleichzeitig eine Strategie entwickelt hat, die will ich auch gleich noch einmal eben richtigstellen, wie man am besten ganz aus der Bürgerschaftsdebatte herausbekommen kann, nachdem der Antrag vorlag, und die lief etwa wie folgt:

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Sie sind doch hinterhergelaufen!)

Die SPD-Fraktion stellt einen Antrag in der Wirtschaftsdeputation, nachdem es öffentlich wurde, dann kommt eine nächste Wirtschaftsdeputationssitzung, zwischendurch wird ein Bericht zugesandt, dieser Bericht und dessen Diskussion standen nicht auf der Tagesordnung, das hat nicht nur die CDU kritisiert, sondern auch die FDP und die GRÜNEN!

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Sie haben den Bericht doch bei sich gehabt!)

Dann begannen Sie die Sitzung, als das Einzelhandelskonzept in der Stadt Bremen diskutiert werden sollte, indem wir eine Diskussion führten, daß Sie nur diesen Bericht dort diskutieren wollten.

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Herr Wilhelms, Sie haben doch die Unterlagen bei sich!)

Entschuldigung, ich wollte das hier ja nur richtig-
(B) stellen, da Sie das vergessen haben, hier auszuführen, wollte ich es erklären! Dann hat die Wirtschaftsdeputation beschlossen, das in die Wirtschaftsförderungsausschüsse zu geben. Dort haben wir es über eine Stunde diskutiert, und zu unserer Überraschung hat dann plötzlich, auch das will ich der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, die SPD-Fraktion erklärt, in den nächsten Wirtschaftsförderungsausschüssen möchte sie das noch einmal diskutieren, weil sie auch noch einige Punkte zu Protokoll geben wolle dazu. Das haben Sie erklärt, und das wollte ich hier eben richtigstellen!

Außerdem wollte ich Sie fragen, ob Sie sich einmal mit der Frage beschäftigt haben, weil Sie hier die Banken kritisiert haben, hier ist keiner, der sich wehren kann, warum sich die Banken im Land Bremen dem Risikokapital verweigern, es allerdings gleichwohl in Baden-Württemberg und woanders zur Verfügung stellen. Das muß ja Gründe haben, weil das teilweise die gleichen Institute sind!

(Abg. H o y e r [SPD]: Weil hier Sozis sind!)

Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, ich würde an Ihrer Stelle mich einmal mit der Frage befassen, woran das liegt! Ich habe keine Schuldzuweisungen getroffen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen! Der Unterschied zwischen Herrn Fücks und mir besteht offenbar unter anderem darin, daß Herr Fücks aus Bremen kommt und ich aus Bremerhaven komme, insofern (C) bewertet man natürlich gewisse Vorgänge anders.

(Abg. M e t z [CDU]: Ich hoffe, es gibt noch mehr!)

Nein, nein, in dieser Debatte, es gibt noch mehr Unterschiede, aber das ist ein lokaler!

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Und zwischen uns beiden liegen Welten!)

Ich möchte eines noch sagen, Herr Schmurr! Sie wären gut beraten, wenn Sie sich vom Protokoll die Rede geben ließen, würden sich die Fragen noch einmal anschauen. Dann würden Sie nämlich feststellen, einen großen Teil der Fragen, die ich hier gestellt habe, haben weder Sie noch Herr Beckmeyer noch sonstwer bislang beantwortet, und sie stehen auch nicht in dem Bericht. Insofern gehe ich einmal davon aus, Sie haben Ihre alte Rede vorgelesen und die Fragen teilweise gar nicht mitbekommen, das sollten Sie nachholen, das können Sie nachlesen!

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Dafür bin ich gar nicht zuständig!)

Aber eines möchte ich abschließend sagen, weil ich das hier so nicht hinnehmen kann: Wenn die Hibeg, was sie ja angeblich nicht soll, Einfluß nimmt (D) auf die Bestellung eines Geschäftsführers, in diesem Fall Herrn Kleinhans, dann ist sie sehr wohl verantwortlich für das, was der tut beziehungsweise auch unterläßt, und dann kann man hier nicht in eine allgemeine Unternehmerschelte eintreten. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile die Auffassung, die hier vorhin von einem FDP-Vorredner vertreten worden ist, daß die Geschäftsangelegenheiten eines Unternehmens grundsätzlich nicht zur Disposition dieses Parlaments stehen. Das ist auch der Grund, warum wir Einzelheiten bei Förderungsanträgen in den zuständigen Ausschüssen, auch in der Wirtschaftsdeputation erörtern. Dort stehen uns die Unterlagen zur Verfügung. Mein Kollege Schmurr hat hier zutreffend die gesamte Entwicklung des Antrags auf Förderung dargestellt, Kollege Wilhelms.

Es ist so, daß wir wirklich genügend Gelegenheit gehabt haben, in der Wirtschaftsdeputation und in den Wirtschaftsförderungsausschüssen diesen Antrag zu beurteilen. Kollege Schmurr hat darauf hingewiesen, hier gab es eine Beteiligung des zuständigen Bonner Ministeriums, das geprüft hat mit seinen

(A) Beamten, ob denn dieses Produkt wohl produktionsreif im Sinne der Förderung sei. Die sind zu einem positiven Ergebnis gekommen.

Dann sind unabhängige Wissenschaftler gebeten worden, zu diesem Produkt und den Produktionsmöglichkeiten Stellung zu nehmen. Kollege Schmurr hat das hier dargestellt. Die sind zu einem positiven Ergebnis gekommen. Es ist natürlich richtig, wenn es um einen Wagniskapitalfonds geht, das wissen Sie ja auch ganz genau, kann man nicht die Maßstäbe anlegen, die eine Bank anlegt bei der Vergabe von Darlehen für ganz normale Investitionen. Manchmal hat man ja so den Eindruck, daß einige sich gefreut haben, daß dieses Unternehmen eine Bauchlandung gemacht hat.

Aber was wir eigentlich im Auge gehabt haben, und das haben die GRÜNEN ja in der Vergangenheit immer wieder betont, ist, neue Produkte auf den Markt zu bringen, Marktlücken zu erspähen, und wenn dann die Finanzierung durch Banken nicht möglich ist, dies zu ersetzen durch den Wagniskapitalfonds. Er ist im wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm ausgewiesen worden. Eine der Vorlagen, die diesen Fonds betreffen, war die Vorlage für dieses Unternehmen.

Meine Damen und Herren, Sie scheinen vergessen zu haben, daß bei der Erörterung des Problems in den Wirtschaftsförderungsausschüssen alle Fraktionen Gelegenheit gehabt haben, Fragen zu stellen, und, ich erinnere mich daran, von dieser Möglichkeit ist auch reger Gebrauch gemacht worden. Nach Abwägung aller Risiken, die für uns erkennbar waren, ist die Entscheidung gefallen in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, und die Kontrolle oblag der Hibeg.

(B)

Senator Beckmeyer hat deutlich klargestellt, welche Möglichkeiten der Kontrolle es bei diesem Unternehmen gab. Es ist richtig, es war kaum die Investitionsphase abgeschlossen, es war kaum die Produktionsfähigkeit erreicht, als sich im Lauf von wenigen Monaten herausstellte, daß es mit dem Vertrieb dieses Produkts Schwierigkeiten gab.

Meine Damen und Herren, Herr Wilhelms, insbesondere Sie haben ja selbst darauf verwiesen, daß es für das Produkt an sich durchaus auf dem Markt Interesse gibt, jedenfalls für andere Produzenten, die sich darum bemühen, die Patente für dieses Produkt zu erwerben. Deswegen, denke ich einmal, kann man denjenigen Wissenschaftlern, die vorher zu diesem Projekt eine Aussage machen mußten, nur voll zustimmen. Es zeigt sich nämlich, daß es Interessenten am Markt gibt.

Zum Schluß und zusammenfassend! Meine Damen und Herren, es hat keinen Zweck, sich hier hinzustellen und zu sagen, das hat ja nicht funktioniert, und der Senat oder die Hibeg haben daran schuld. Wenn man mit Wagniskapital umgeht, das zeigt sich in den anderen Bundesländern, kommt es hin und wieder auch vor, daß Einzelprojekte sich nicht so entwickeln, wie man sich das vorgestellt hat. Der Prozentsatz derjenigen Projekte, die in Bremen danebengegangen sind, ist im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, die einen Wagniskapitalfonds haben, außerordentlich gering. — Danke sehr! (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Antrag ist vom Antragsteller der Termin Februar in März im ersten Abschnitt verändert worden. Ich bitte das zu beachten!

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/398 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE GRÜNEN und Abg. Altermann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(D)

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1986

Mitteilung des Senats vom 10. November 1987
(Drucksache 12/25)

Bericht 1988 des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1986 der Freien Hansestadt Bremen (Land) vom 4. August 1988

(Drucksache 12/237)

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung und zum Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1986 vom 17. Januar 1989

(Drucksache 12/415)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Rechnungsprüfungsangelegenheiten unter den Tagesordungspunkten 12 bis 14. Es handelt sich dabei um die Haushaltsrechnung und um den Bericht des Rechnungshofs mit dem entsprechenden Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Haushalt 1986. Interfraktionell wurde vereinbart, den Komplex Rechnungsprüfungsangelegenheiten aus der Stadtbürgerschaft mit in die Beratung einzubeziehen. Wir werden nämlich heute

(A) am Ende der Landtagssitzung noch einmal die Stadtbürgerschaft aufrufen, um zur Abstimmung über diesen Komplex zu kommen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Erfurth.

Abg. **Erfurth** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für einen Abgeordneten, der immerhin 16 Jahre lang für seine Fraktion den Deputationsbereich Soziales vertreten hat und danach in den Bereich Finanzen übergewechselt ist, wäre es hilfreich gewesen, bei einer Debatte über einen Prüfbericht des Rechnungshofs aus der jüngeren Vergangenheit Beispiele über die Diktion solcher Debatten zu erlangen. Das war aus meiner Sicht, leider, muß ich sagen, nicht möglich. Ich habe festgestellt und bin darüber ein wenig verwundert, daß zuletzt im Dezember 1984 eine ausführlichere Debatte über Prüfberichte des Rechnungshofes stattfand. Es ging seinerzeit um das Rechnungsjahr 1983.

(Vizepräsident v. d. S c h u l e n b u r g übernimmt den Vorsitz.)

Heute, vier Jahre später, haben wir uns mit Vorkommnissen, die im wesentlichen das Rechnungsjahr 1986 tangieren, auseinanderzusetzen. Natürlich besteht Interesse, möglichst zeitnah zu prüfen und gegebenenfalls kurzfristig zu abschließenden Ergebnissen und gegebenenfalls Empfehlungen zu (B) kommen. In diesem Zusammenhang muß allerdings festgestellt werden, daß Verwaltungen vielfach zu zögerlich und erst nach mehreren Aufforderungen Stellungnahmen abgeben. Der Ihnen vorliegende Bericht und Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses im Landtag und in der Stadtbürgerschaft mit den diversen Fristsetzungen belegen meine Ausführungen. Die Rechnungsprüfungsausschüsse erwarten kurzfristig mit Nachdruck von den Verwaltungen und den verantwortlichen Senatoren eine zügigere Abwicklung und für die Zukunft eine Besserung. Allerdings, wie ich festgestellt habe, wurde auch das bereits 1984 gefordert, ohne daß sich an der Situation wesentlich etwas geändert hätte.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof hat eine Vielzahl von Vorgängen geprüft und dabei eine Fülle von mehr oder weniger bedeutungsvollen Beanstandungen beziehungsweise Verfehlungen gegen das Haushaltsrecht festgestellt. Der Prüfumfang berührt natürlich nur ein Minimum dessen, was tatsächlich an Geschäftsvorgängen abgewickelt wurde. Wenn auch nicht in allen Fällen, jedoch oft genug wurde dabei auch dem Bremer Gemeinwesen tatsächlich oder, wegen der noch nicht abgeschlossenen Prüfungen muß ich das sagen, vermutlich finanzieller Schaden zugefügt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß wir bei dieser Debatte keine umfassende Bewertung vornehmen können, sondern lediglich eine Auswahl der geprüften Vorgänge einer näheren Untersuchung unterziehen können. Lassen Sie mich das versuchen, wobei ich auch noch einmal darauf verweise, daß wir bei dieser Debatte sowohl Vorgänge aus dem Land als auch aus der Stadt hier behandeln sollen! (C)

Meine Damen und Herren, die Rechnungshofberichte geben erneut ausführliche Auskünfte über den Stand der Verschuldung, über Zinsbelastungen und andere, vor allem negative Entwicklungen in Stadt und Land. Ich verzichte darauf, hier Zahlen zu nennen, weil das ja bei den Haushaltsberatungen immer sehr ausführlich geschieht. Wenn sich der Rechnungshof auch eigener Wertungen in diesen Punkten weitestgehend enthält, so müssen die ausgewiesenen Zahlen aber doch wohl als Hinweis auf die bedrohliche finanzielle Lage Bremens verstanden werden und, mehr noch, als Aufforderung an die Verantwortlichen in Senat und SPD-Fraktion, ihre Politik zum Wohle Bremens zu ändern. Vorschläge dazu hat zum Beispiel die CDU-Fraktion in der Vergangenheit oft genug gemacht.

Meine Damen und Herren, um es ein wenig plastischer zu machen, will ich auf einige Vorgänge, die vom Rechnungshof ermittelt wurden, näher eingehen. Zunächst zu dem Bereich Übersee-Museum: Der Rechnungshof stellt fest, daß das Übersee-Museum im Rechnungsjahr 1987 für Sonderausstellungen und Veranstaltungen zusammen mit einem aus dem Haushaltsjahr 1986 vorgetragenen Betrag zirka 463 000 DM mehr ausgegeben hat, als es durfte. Zur Leistung von Mehrausgaben war das Übersee-Museum nicht ermächtigt. Es hat damit gegen das Haushaltsrecht verstoßen. Als Begründung wurde von seiten des Übersee-Museums auf eine andere Kostenstelle verwiesen. Der Rechnungshof stellt jedoch auch dazu fest, daß in diesem Fall gegen das Haushaltsrecht verstoßen wurde. (D)

Das Übersee-Museum ist aber auch noch für andere Dinge gut. Ich zitiere aus dem Prüfbericht: „Nach einem Schreiben des Übersee-Museums vom Mai 1988 erhält das Museum vom Auswärtigen Amt den Auftrag zur Erstellung einer Studie zur Renovierung und Gründung von Museen in Indonesien. Seit Mitte 1987 wurden aufgrund einer Abschlagauszahlung über 45 000 DM an den Leiter des Übersee-Museums für diesen Zweck jedoch bereits Zahlungen auch an Dritte geleistet, darunter im Rahmen eines Unterauftrages für die Erarbeitung der Studie ein Betrag von 25 000 DM ohne Quittung seitens des Empfängers."

Meine Damen und Herren, bis heute konnte nicht geklärt werden, ob das Auswärtige Amt nun tatsächlich einen entsprechenden Auftrag erteilt hat. Für die 25 000 DM Unterauftrag soll es mittlerweile eine Quittung geben, allerdings eine Quittung, die von Herrn Ganslmayr persönlich ausgefüllt wurde! Wie gesagt, der Empfänger oder angebliche Empfänger hat nicht gegengezeichnet. Die genannten 45 000 DM sind nicht eingegangen, und die Frage ist, ob sie

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) jemals eingehen werden oder ob nicht der Bremer Steuerzahler zur Kasse gebeten wurde.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt weitere Feststellungen des Rechnungshofs. So wurden in einigen Fällen in unvertretbarer Höhe Abschlagszahlungen geleistet, bei deren Abrechnung erhebliche Mängel deutlich wurden. Die festgestellte Mängelliste, meine Damen und Herren, in Sachen Übersee-Museum ist damit noch nicht zu Ende, viele Vorgänge sind noch nicht abgeschlossen. Ich verzichte jetzt darauf, auf weitere Punkte einzugehen.

Bei dem nächsten Bereich geht es um den Neubau des Kindertagesheimes „Grohner Düne", der einer Baubetreuungsgesellschaft übertragen worden war. Hierbei ist es infolge schiefwinkeliger Grundriß- und höhenversetzter Baukörpergestaltung zu erhöhtem Kostenaufwand gekommen. Der Rechnungshof hat durch Baukostenvergleiche von in anderen Bundesländern zu gleicher Zeit errichteten Kindertagesheimen festgestellt, daß das Bauvorhaben um zirka 300 000 DM preiswerter hätte hergestellt werden können.

Es ist bei diesem Bauvorhaben aber auch zu Abrechnungsmängeln gekommen. Die Rohbauarbeiten, die zu einem Pauschalpreis vergeben und abgerechnet wurden, konnten nicht durch Masseermittlungen belegt werden. Auch andere Liefermengen (B) konnten nicht nachgewiesen werden, entsprechende Belege fehlten. Dadurch konnten Ausgaben von insgesamt 630 000 DM nicht ordnungsgemäß belegt werden. Mehrkosten in Höhe von 37 000 DM sind unter anderem dadurch entstanden, daß die Gesellschaft für die Planung und Projektüberwachung der Außenanlagen einen freischaffenden Architekten beauftragt hatte, anstatt diese Arbeiten von der zuständigen Behörde durchführen zu lassen.

Der Rechnungsprüfungsausschuß hat die Auffassung des Rechnungshofs übernommen und in diesem Zusammenhang die Meinung des Bauamts Bremen-Nord und der senatorischen Behörde, durch den vorliegenden Planungs- und Projektsteuerungsvertrag liege die Schuld für die Abrechnungsmängel bei der Baubetreuungsgesellschaft, zurückgewiesen.

Meine Damen und Herren, bei meinem nächsten Beispiel geht es um Zuwendungen an einen Verein, der auf dem Rennplatz angesiedelt ist. Hier hat es unter anderem im Zusammenhang mit einer Brandstiftung Baumaßnahmen durch die Stadt gegeben. Die entsprechenden Versicherungsleistungen in Höhe von insgesamt 793 000 DM hätten als Einnahme bei dem dafür vorgesehenen Titel dem Haushalt zugeführt werden müssen. Tatsächlich hat die zuständige Wirtschaftsbehörde Versicherungsleistungen, es handelte sich um eine Zeitwertentschädigung in Höhe von 465 000 DM, zu einem entsprechenden Zinssatz bei der Versicherungsgesellschaft belassen und vereinbart, daß diese die Rechnungen der bauausführenden Firmen unmittelbar bezahlte.

Der nach Bezahlung der Rechnungen verbleibende Restbetrag in Höhe von rund 150 000 DM wurde auf Veranlassung der Wirtschaftsbehörde von der Versicherungsgesellschaft angefordert und auf ein eigens zu diesem Zweck eingerichtetes Konto bei einem auswärtigen Bankinstitut überwiesen. Ein mit persönlicher Verfügungsberechtigung ausgestatteter Mitarbeiter der Behörde wurde beauftragt, dieses Konto zu bewirtschaften. Diese Bewirtschaftung staatlicher Mittel außerhalb des Haushalts ist mit einer geordneten Haushaltsführung schlechthin unvereinbar. So die Aussage des Rechnungshofs! (C)

(Beifall bei der CDU — Abg. K l e i n [CDU]: Wehret den Anfängen!)

Nun will ich aus dem Prüfbericht Land noch einen kurzen Punkt ansprechen, nämlich den Komplex Hochschulen/Universität: Der Rechnungshof hat zahlreiche Mängel bei der Einhaltung der Lehrverpflichtungen durch die Lehrenden an Hochschulen festgestellt. Der Ihnen vorliegende Bericht Drucksache 12/415 gibt die einzelnen Mängel prägnant wieder. Ich verzichte deswegen darauf, sie noch einmal vorzutragen. Der Hinweis jedoch war mir wichtig! Geld verschwendet wurde durch den Einsatz von Generalunternehmern bei der Ausführung von Universitätsneubauten, obwohl die Voraussetzungen hierfür nicht erfüllt waren.

Der Rechnungshof moniert neben der Verteuerung auch die Begrenzung des Wettbewerbs. Meine Damen und Herren, das, was der Rechnungshof bei (D) seinen Prüfungen ermittelt und bemängelt hat, ist vielfach haarsträubend, wirklich haarsträubend! Dadurch wird wieder einmal deutlich, wie leichtfertig mit dem Geld der Bürger umgegangen wird.

Es stellt sich für mich die Frage nach der Verantwortlichkeit oder dem Verantwortlichmachen von Senatoren und Amts- und Dienststellenleitern, wenn in ihren Bereichen besonders gravierende Verstöße gegen die Haushaltsordnung erkannt werden. Gerade wenn ein Gemeinwesen vor derartig großen finanziellen Problemen steht, wie es bei Bremen der Fall ist, muß das den Bürgern dieses Landes abverlangte Geld mit noch größerer Sorgfalt behandelt werden, als man es gemeinhin erwarten sollte.

(Beifall bei der CDU)

Die Ergebnisse der Rechnungshofberichte zeigen, daß es an dieser Sorgfalt, jedenfalls in Teilbereichen, offenbar mangelt.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren! Ich verzichte darauf, mich bei den Mitarbeitern des Rechnungshofs für die geleistete Arbeit zu bedanken, weil ich meine, daß dies ihre Aufgabe war. Ich stelle allerdings, und das im Namen der CDU-Fraktion, fest, der Rechnungshof hat wieder einmal beeindruckende Ergebnisse seiner Arbeit vorgelegt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

(A) **Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist zu Beginn dieser Debatte ein Fehler unterlaufen, daß der Ausschußvorsitzende nicht als Berichterstatter als erster aufgerufen wurde. Es hatten sich gemeldet Herr Erfurth, Herr Welke und dann Herr Griesche, und es ist übersehen worden, daß Herr Griesche Vorsitzender ist. Ich schlage aber deshalb vor, Herr Welke, wenn es dann noch einen Sinn haben soll, daß der Ausschußvorsitzende jetzt das Wort bekommt und als Vorsitzender des Ausschusses spricht! Ist das richtig?

(Abg. Griesche [SPD]: Herr Präsident, ich lege keinen Wert auf die Reihenfolge, mir ist das egal!)

Wollen Sie jetzt als Ausschußvorsitzender sprechen oder als Vertreter der SPD-Fraktion?

(Abg. Griesche [SPD]: Das ist ganz egal, Herr Präsident! Es gibt keinen Berichterstatter des Rechnungsprüfungsausschusses, insofern ist die Reihenfolge egal!)

Dann hat als nächster das Wort Herr Welke.

Abg. **Welke** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Erfurth hat schon zahlreiche Fälle näher beschrieben. Ich will mich deshalb auf drei Fälle beschränken, die für mich exemplarisch sind für vorsätzlich Verstöße gegen die Haushaltsordnung, für jahrelang anhaltende Schlamperei und für unzureichende Bereitschaft zur Durchsetzung von Ansprüchen. (B)

Zum ersten Mißstand: vorsätzliche Verstöße gegen die Landeshaushaltsordnung! Diese Kriterien erfüllen für mich die Vorgänge um den Rennplatz. Der Kollege Erfurth hat diese soeben beschrieben, so daß ich im Detail nicht noch einmal näher darauf eingehen muß. Hier ist ganz bewußt gegen die Haushaltsordnung verstoßen worden. Dieser Verstoß — und das verschlimmert den Tatbestand — ist kein Fehlverhalten eines einzelnen Mitarbeiters, sondern wurde mit Billigung und Wissen der Behördenleitung vollzogen!

(Beifall bei der FDP)

Es wurde Geld abgezweigt und auf einem Konto bei einer auswärtigen Bank, auch das ist ja wohl sicher kein Zufall, daß man eine auswärtige Bank wählt, sondern ist vielleicht erhellend für die Absicht, die man damit verbunden hatte, geparkt. Man bekam dann rund 65 000 DM Zinsen als Ertrag. Diese 65 000 DM Zinsen wurden aber nicht den bewilligenden Stellen — Haushaltsausschuß, nehme ich einmal an — mitgeteilt, sondern wurden denen verschwiegen!

Hier haben wir also den klassischen Fall von grauen beziehungsweise schwarzen Kassen, wie wir sie im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß St.-Jürgen-Straße schon reichlich kennenlernen konnten. Wir erwarten, daß hier in Zukunft eine höhere Sensibilität bei den Behörden einsetzt. Gerade die Vorgänge, die im Untersuchungsausschuß St.-Jürgen-Straße deutlich geworden sind, lassen es geboten erscheinen, daß von vornherein überhaupt keine Mißbrauchsmöglichkeiten eröffnet werden. Ich mache nicht den Vorwurf, daß in diesem Falle sich jemand persönlich bereichert hat, aber wir wissen, welche Manipulationsmöglichkeiten derartige graue und schwarze Kasse eröffnen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Zum zweiten Vorwurf: Mißstände, hervorgerufen durch jahrelange Schlamperei, hier konkret bei der Bearbeitung von Sozialhilfeakten! Zur Verdeutlichung des Vorwurfs darf ich aus dem Bericht des Rechnungshofs zitieren, weil der Kollege Erfurth eben nicht näher darauf eingegangen ist! Da heißt es under anderem:

„Die Prüfung von etwa 100 von insgesamt 4200 Fallakten im Sachgebiet Ost/Mitte des ehemaligen Sozialamts führte vor allem zu folgenden Feststellungen:" Erster Spiegelstrich: „Bei der Überprüfung des Einkommens zur Feststellung von Unterhaltsverpflichtung wurde regelmäßig nur die letzte monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung eingeholt. Später gezahlte Sonderzuwendungen, wie 13., 14. Monatsgehalt oder Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Tariferhöhungen und Krankenkassenbeitragserstattungen, wurden nicht berücksichtigt." In einem weiteren Spiegelstrich: „Den überprüften Akten war nicht zu entnehmen, ob bei der Prüfung der Anrechnung verwertbaren Vermögens gemäß Paragraph 88 BSHG nach Kraftfahrzeugen gefragt wurde, obwohl die Sachbearbeiter dazu mehrfach amtsintern angehalten wurden." Dann abschließend: „Der Rechnungshof führt die von ihm festgestellten Mängel auch darauf zurück, daß die Abschnittsleiter ihrerseits ohnehin schon eingeschränkt Überprüfungen von Fallakten infolge der erheblich angestiegenen Fallzahlen nicht im vollen Umfang vornehmen können und es außerdem eine ausreichende Innenprüfung schon seit Jahren nicht mehr gibt. (D)

(Zuruf der Abg. Frau Steinhöfel [SPD])

Der Rechnungshof weist darauf hin, daß zur Vermeidung ungerechtfertigter Ausgaben von Sachbearbeitern sorgfältiger und nachdrücklicher zu verfahren sei und eine ausreichende Aktenprüfung umgehend sicherzustellen ist."

Frau Kollegin Steinhöfel, ich will gern auf Ihren Zwischenruf eingehen, nämlich auf die Frage: Woran liegt das, daß hier nicht ordnungsgemäß abgerechnet werden kann?

(Abg. Frau Steinhöfel [SPD]: Also, ordnungsgemäß abgerechnet ist das!)

(A) Die ordnungsgemäße Fallbearbeitung scheitert nach Aussagen des Senatsdirektors Hoppensack daran, daß man seit Jahren Schwierigkeiten hat, diese Bearbeitung auf Computer umzustellen. Er hat betont, eine korrekte und fehlerfreie Fallbearbeitung sei teilweise nicht möglich gewesen, weil noch immer keine computergestützte Sachbearbeitung erfolge.

(Abg. Frau Steinhöfel [SPD]: Herr Welke, die haben kein Personal!)

Dies kann doch wohl keine ausreichende Entschuldigung sein!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werfen dem Senat vor, daß er es bis heute immer noch nicht geschafft hat, in vielen Amtsbereichen moderne Bürotechnik zum Einsatz zu bringen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was bei privaten Versicherungen seit Jahren möglich ist, müßte doch nun endlich auch einmal in der öffentlichen Verwaltung nachvollziehbar sein!

(Beifall bei der FDP)

(B) Zum dritten Vorwurf: Mangelnde Bereitschaft zur Durchsetzung von Ansprüchen! Ein Lehrstück ist hier die Auseinandersetzung um das Ausscheiden des früheren Flughafendirektors. Schon im Vorjahr hatte der Rechnungshof die Prüfung von Ersatzansprüchen angemahnt. In der Stellungnahme des Hafensenators an den Rechnungsprüfungsausschuß vom 2. 9. 1988 heißt es im Hinblick auf diese Vereinbarung, die mit dem ehemaligen Geschäftsführer zu treffen war, ich zitiere: „Die bremischen Ansprüche beziehungsweise die der Gesellschaft bleiben dabei offen, während andererseits dem Geschäftsführer noch weiter nachgegeben wurde, als schon durch Vereinbarung vom 18. Juli 1986 geschehen."

Ich frage mich: Wie konnte es zu diesem merkwürdigen Ergebnis kommen? Auf Schadensersatzforderungen im Zusammenhang mit der Dienstvilla des ehemaligen Flughafendirektors konnte nicht bestanden werden, weil man teilweise diese Ansprüche hat verjähren lassen und es natürlich dann nicht mehr möglich war, sie im Verhandlungswege einzuklagen. Damit hat man versäumt, zusätzliches Geld in Bremer Kassen zu bekommen. Statt dessen hat man dann merkwürdigerweise dem ehemaligen Geschäftsführer zusätzlich Umzugskosten und eine nachträgliche Gehaltserhöhung auch noch bewilligt. Als besondere Zugabe ist es ihm gelungen, seine Versorgungsbezüge mit einer jährlichen Erhöhung auszustatten.

(Abg. Klein [CDU]: Dynamisiert!)

Wir haben hier sozusagen die dynamisierte Rente für den ehemaligen Geschäftsführer. Vielen Dank, Herr Kollege Klein! (C)

(Abg. Klein [CDU]: Auch Filz kann dynamisch sein! — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das ist ein wirklich merkwürdiger Vorgang. Ich stelle hier auch die Frage, Herr Kollege Klein — und dann sind wir vielleicht nicht mehr ganz so einer Meinung —: Wo blieb der Aufsichtsrat, warum hat der Aufsichtsrat hier nicht schärfer reagiert? Wir sind bekanntlich in diesem Gremium nicht vertreten, im Gegensatz zu Ihnen. Fazit: Auch in diesem Fall ist mit staatlichen Mitteln nicht sorgfältig umgegangen worden, auch hier vermissen wir die notwendige Sparsamkeit. Die FDP wird deshalb dem Senat keine Entlastung erteilen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Griesche. Er spricht auch sicher als Berichterstatter!

Abg. **Griesche** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich darf das vorab klarstellen: Die Rechnungsprüfungsausschüsse haben keinen Berichterstatter, jedenfalls habe ich das so nachlesen können, und deswegen gibt es auch keinen Berichterstatter und die Berichte schriftlich. Es geht in der Tat danach, wer sich am schnellsten meldet, und deswegen spreche ich auch für die SPD-Fraktion. (D)

(Abg. Klein [CDU]: Und ich bin stellvertretender Sprecher, und ich spreche heute gar nicht!)

Insofern fiel mir der Verzicht relativ leicht!

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank für die Klarstellung!

Abg. **Griesche** (SPD): Ja, das ist wohl so, das war im letzten Jahr übrigens auch so, und in den Vorjahren wurde überhaupt nicht diskutiert. Nun haben wir hier ja einige Premieren und festgestellt, daß es doch Anlaß gibt zu wirklich großen Debatten, die sicherlich weit ins Land dringen werden.

Herr Welke, ich will einmal eingehen auf Sie! Sie haben Bezug genommen auf die Berichte des Rechnungshofs, die ja dem Haus schon seit August vorliegen, und haben so eine, vorsichtig formuliert, Mischung aus Wahrheit und plakativen Begriffen gebracht, wenn Sie hier von Schlamperei reden zum Beispiel und den Eindruck erwecken, dies entspräche etwa dem Vokabular dessen, was hier in den um-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) fangreichen Berichten steht. Ich kann nur sagen, Gott sei Dank ist dies nicht die Diktion des Rechnungshofs, und sie wird es hoffentlich auch nicht sein.

Im Gegensatz zu Herrn Erfurth bedanke ich mich einmal vorab. Dies kann ich ja nun nicht mehr tun als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, sonst hätte ich das getan. Ich tue das für meine Fraktion, ausdrücklich danke ich für die umfassende, inhaltliche, gute und konsequente Arbeit, aber auch differenzierte Arbeit, die da, wo es notwendig ist, den Senat rigide rügt — dies ist von uns auch in den Ausschüssen, glaube ich, einmütig so diskutiert worden, ich bringe gleich zwei Beispiele —, aber eben in ihrer Kritik auch durchaus nicht überzieht.

Es liegt Ihnen ja auch der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses vor. Deswegen brauche ich nicht, wie Herr Erfurth, auf die ganzen Details einzugehen, weil ich schlicht davon ausgehe, daß jedes Mitglied dieses Hauses diese Unterlagen gelesen hat.

(Abg. Werner F i s c h e r [CDU]: Ach!)

Ich weiß nicht, Herr Fischer, warum Sie an dieser Stelle lachen! Selbst Ihnen würde ich unterstellen, daß Sie so etwas lesen, denn das ist ja wichtig. Man kann sich ja nicht hier hinstellen und ständig vom Leder ziehen über den Senat, über Veruntreuung von Mitteln, über Schlampereien und ähnliches und dann die Berichte nicht lesen. Das ist ja wohl richtig! Es ist (B) natürlich schwierig, ich habe es ja schon gezeigt, es sind sehr umfangreiche Sachen, da braucht man schon ein bißchen Zeit, wenn man sich dem nähern will.

Wir, anders als die anderen Fraktionen, mit denen wir gemeinsam alle Sachpunkte tragen, die in dem Bericht stehen — und dies hat inzwischen schon Tradition in diesem Haus —, bitten, dem Senat Entlastung zu erteilen. Dies gilt für Stadt und Land, obwohl wir in wesentlichen Punkten, ich habe das gerade gesagt, nicht anderer Meinung sind, sondern mit den anderen Fraktionen, die bislang hier gesprochen haben, und auch mit der dritten Fraktion, den GRÜNEN, in den inhaltlichen Punkten alles, was hier in dem Bericht steht, einstimmig verabschiedet haben.

Wir haben uns dem Rechnungshof angeschlossen, der festgestellt hat, daß der Senat mehrfach und sehr konkret nachweisbar gegen die Landeshaushaltsordnung, Paragraph 102 Absatz 1 und die darin vorgeschriebene Unterrichtung des Rechnungshofs, verstoßen hat, indem die Unterrichtung unterblieben ist. Wir gehen davon aus und erwarten vom Senat, daß dies in Zukunft nicht mehr passiert und daß regelmäßig dem Auftrag der Landeshaushaltsordnung Rechnung getragen wird.

Es sind hier mehrere Punkte angesprochen worden. Ich greife einen heraus, um einmal zu zeigen, wo sozusagen die Schwelle ist dessen, was man rügen muß und auf der anderen Seite durchaus akzeptieren muß, daß hier nicht der bewußte Versuch gemacht worden ist, mit öffentlichen Mitteln irgend etwas völlig neben der Sache Liegendes zu machen, nämlich diesen von Ihnen, Herr Welke, angesprochenen Rennplatz. Ich habe schon in den Ausschüssen gesagt, daß in dieser Sache — nicht nur, weil ich aus dieser Region Vahr/Hemelingen komme, und Sie wissen, der Einzugsbereich des Rennplatzes ist mittlerweile ein überörtlicher — in den letzten Jahren sehr viel passiert ist zum Wohle dieser Region und der Stadt, das ist inzwischen eine erste Adresse und wird sich noch verbessern. Deswegen haben die Vertreter des Senats, die in diesem Fall zuständig waren, Wirtschaft und andere, natürlich, und wir haben das mit Ihnen so gerügt, an der Landeshaushaltsordnung vorbei ein Verfahren gewählt, was nicht in Ordnung ist, was aber in der Sache und im Ergebnis, und dem haben auch Sie nicht widersprochen, deswegen wähle ich auch dieses Beispiel deutlich, zu einer deutlichen und von niemandem in Frage gestellten Verbesserung der Infrastruktur dieser Stadt geführt hat. (C)

(Abg. E r f u r t h [CDU]: Das habe ich gesagt!)

Wenn man das so stehenläßt, und ich bewege mich da auf einem schmalen Grat, entsteht nach außen hin nur der Eindruck, daß hier geschlampt worden ist, bewußt an der Landeshaushaltsordnung vorbeioperiert worden ist und im Ergebnis schlimme Sachen herausgekommen sind. Dies ist nicht der Fall. (D)

Es gibt da weitere Beispiele, und wir haben ja hier eben nicht vorgehabt, und ich will das auch nicht versuchen, eine zweite Haushaltsdebatte zu machen. Man kann natürlich darüber streiten, ob beim Senator für Jugend und Soziales, und insofern ist vielleicht der Zwischenruf meiner Kollegin Steinhöfel nicht ganz unberechtigt, Personal an dieser oder jener Stelle vielleicht nicht ganz reicht. Darüber kann man diskutieren. Das ist aber nicht die Aufgabe der Rechnungsprüfungsausschüsse, das gehört in einen anderen Zusammenhang.

Das ist übrigens auch nicht die Diskussion in den Rechnungsprüfungsausschüssen, wenn Sie das noch einmal nachlesen und sich erinnern.

(Zuruf des Abg. W e l k e [FDP])

Bitte?

(Abg. W e l k e [FDP]: Warum bei denen EDV-Anlage nicht klappt, das war die Diskussion!)

Ja, ja! Der Senatsdirektor hat ihm ziemlich deutlich gemacht, warum diese Verzögerung! Wir haben es dennoch gerügt, aber erwecken Sie hier nicht den Eindruck so schlankweg, das läge am Mangel an Personal! Da gibt es sehr viel differenziertere und sehr

(A) viel mehr Schwierigkeiten, als daß man so schlankweg sagt, das liegt an der Einführung.

(Abg. Welke [FDP]: Das hat Frau Steinhöfel gesagt! — Abg. Neujahr [FDP]: Das war Ihre Fraktion!)

Ich will da nichts verteidigen, ich möchte da nur ein bißchen differenzierter herangehen. Im übrigen habe ich schon gesagt, daß die SPD-Fraktion die Entlastung des Senats beantragt. Alle Punkte, die ja sehr umfangreich niedergelegt sind, hier noch einmal durchzubuchstabieren, würde, denke ich, das Haus ein bißchen sehr langweilen, weil Sie das ja alle kennen, und draußen über den Sender auch nicht unbedingt jeden vom Hocker reißen. Sonst würde ich hier eine Stunde, wie Herr Erfurth, vortragen Punkt für Punkt. Ich verzichte darauf, zugunsten der Tagesordnung, Herr Präsident — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es liegt in der durch das Gesetz bestimmten Eigenart der Aufgaben des Rechnungshofes, daß in seinen Berichten hauptsächlich Beanstandungen und das Aufzeigen von Fehlern und (B) Mißwirtschaften zum Ausdruck kommen. Der Rechnungsprüfungsausschuß debattiert über diese Unregelmäßigkeiten, stellt Verstöße gegen die Haushaltsordnung, Verstöße gegen das Dienstrecht fest, diskutiert aber auch neuerdings über die Entwicklung der Haushaltslage im Lande Bremen und die Konsequenzen, die aus diesen Berichten zu ziehen sind. Eine abschließende Bewertung kann allerdings nur dann vorgenommen werden, wenn die Verwaltung die angeführten Rügen des Ausschusses aufnimmt, die Maßnahmen einleitet, die zur Abstellung der Unregelmäßigkeiten führen, und dann einen entsprechenden Bericht vorlegt.

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Haushaltslage ist das kein Problem, die Fraktionen bewerten den Haushalt in den Haushaltsdebatten hier in der Bürgerschaft bereits für das kommende Jahr. Probleme sehe ich schon eher darin, daß zahlreiche Unregelmäßigkeiten der einzelnen Verwaltungen, vom Rechnungshof gerügt, dann vom Rechnungsprüfungsausschuß bestätigt, die notwendigen Konsequenzen aber von den Verwaltungen und vom Senat dann doch nicht vollzogen oder unnötig in die berühmte Länge gezogen werden. Es zeichnet sich hier sozusagen ein zunehmender Konflikt zwischen Legislative und Exekutive ab.

Wenn man sich die Protokolle der letzten Rechnungsprüfungsausschüsse noch einmal durchsieht, stellt man leicht fest, daß zahlreiche Berichte seitens der Verwaltungen noch ausstehen. Sie werden zum (C) Teil erst für das Frühjahr 1989 erwartet. Andere Vorfälle werden in die entsprechenden Deputationen verwiesen, einige zur Kenntnis genommen, und eben nur ein Bruchteil dieser Vorfälle wird endgültig als erledigt zu betrachten sein. Das genau berührt natürlich das Selbstverständnis dieses Ausschusses, denn der Ausschuß ist ein parlamentarisches Hilfsorgan, und er hat darauf zu achten, daß Unregelmäßigkeiten beanstandet, ihre Ursachen weitgehend danach beseitigt werden.

Diese Aufgabe ist allerdings nur sehr schwer erfüllbar, wenn angeforderte Maßnahmen oder Ergebnisse seitens der Verwaltung nicht rechtzeitig zu den Beratungsterminen vorliegen. Zum Teil gehen Regreßansprüche, Herr Welke hat es erwähnt, durch Überschreiten von Verjährungsfristen verloren, durch zögerliches Verhalten ziehen sich Untersuchungen und Belegsicherung unnötig in die Länge.

Neun Berichte über zahlreiche Einzelziffern werden aufgrund von Aufforderungen des Ausschusses für den 1. April dieses Jahres zu erwarten sein. Vier Komplexe befinden sich noch in einem laufenden Verfahren und sind derweil an die einzelnen Deputationen überwiesen worden. In mehreren Fällen wurden dienstrechtliche Konsequenzen vom Ausschuß eingefordert, ohne daß bisher die Verwaltung diesen Nachweis vorlegt. Tatsächlich haben der Rechnungshof und auch der Ausschuß zahlreiche Verstöße gegen das geltende Haushaltsrecht, gegen Dienstrecht und gegen andere Gesetzesgrundlagen (D) festgestellt, die den Steuerzahler viel Geld kosten und eine mangelnde staatliche Leistung in Zukunft bescheren werden.

Meine Damen und Herren, juristisch gesehen ist das klar. Es gilt gleiches Recht bei der Bewertung aller Vorfälle, die gegen geltendes Recht verstoßen. Aber wenn man sich die Vorfälle politisch vor Augen führt, muß man etwas differenzierter vorgehen. Es gilt meines Erachtens zu unterscheiden, aus welchen Gründen es zu diesen Verstößen gekommen ist, man muß untersuchen, welches eigentlich die Ursachen sind. Auf der einen Seite gibt es den laxen Umgang mit Haushaltsrecht und parlamentarischer Kontrolle, auf der anderen Seite gibt es die Personalknappheit in den Ämtern.

Zahlreiche Vorfälle, besonders in den Ressorts Jugend, Bildung und Gesundheit und Soziales, aber auch, man höre und staune, im Bauressort, sind darauf zurückzuführen, daß Personalknappheit vorherrscht und die staatlichen Funktionen aber trotzdem weiterhin erfüllt werden müssen. Das führt zu Überbelastungen, Unkonzentriertheit der Kollegen und sicherlich auch zu einem laxen Umgang mit bestehenden Vorschriften. Das muß man berücksichtigen, und hier muß man unterscheiden zum Beispiel in der Bewertung zwischen den Folgen restriktiver Personalpolitik und persönlicher Bereicherung.

Es gibt sehr viele Beispiele dafür, das ist in den Gesprächen mit den Vertretern der Verwaltung immer

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) wieder deutlich geworden, in denen die Personalknappheit eine große Rolle spielt. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen, das dem Haushalt des Landes Bremen besonders viel Geld entzieht, und das sind die Steuerausfälle der letzten Jahre. Der Rechnungshofbericht hat hier in vorbildlicher Weise eine Aufstellung vorgelegt. Für das Berichtsjahr 1986 ergaben sich insgesamt Steuerrückstände in Höhe von zirka 294 Millionen DM.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN): Diese Rückstände beliefen sich im Jahr 1987, trotz eines leichten Rückganges, immerhin noch auf runde 230 Millionen DM! Die Niederschlagung, also der sogenannte verwaltungsinterne Verzicht auf die Eintreibung von Steuerschulden mangels Erfolgsaussicht oder mangels zu hoher Verwaltungskosten, man höre und staune, steigt von Jahr zu Jahr. Der zukünftige Bericht für das Jahr 1989 wird aufzeigen, daß diese Entwicklung rapide ansteigen wird. Die Steuergewerkschaft hat kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß allein in Bremen zusätzlich 50 neue Stellen in der Steuerverwaltung notwendig sein werden, um die jährlichen Steuerausfälle in den Griff bekommen zu können.
(B) Der Bericht von 1986, um den es ja hier geht, weist jetzt schon für Bremen die zweithöchste Rückstandsquote nach dem Saarland in der Bundesrepublik auf.

Meine Damen und Herren, das ist eine staatlich organisierte Form von Verschwendung öffentlicher Gelder,

(Beifall bei den GRÜNEN)

ausgelöst durch die falsche Stellenpolitik des Senats. Ähnlich prekär sieht es in den Ressorts Jugend, Freizeit, Gesundheit und Bildung aus. Auch die zukünftigen Berichte, die noch folgen werden, werden nachweisen, daß durch die Einsparungen, die auf der einen Seite durch die Stellenstreichungen erzielt werden sollen, zusätzliche Verschwendungen öffentlicher Gelder folgen werden. Wir können aus diesem Grunde dem Senat keine Entlastung erteilen. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Entlastung des Senats unter Tagesordnungspunkt zwölf abstimmen.

Wer dem Senat aufgrund des Paragraphen 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE GRÜNEN, FDP und Abg. Altermann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat Entlastung.

Als nächstes rufe ich den Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 12/415 zur Abstimmung auf.

Wer dem Antrag des staatlichen Rechungsprüfungsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 12/415 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 12/25, vom Bericht des Rechnungshofs, Drucksache 12/237, sowie dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 12/415 Kenntnis. (D)

Bremisches Ausgleichsprogramm für die Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 28. Februar 1989
(Drucksache 12/470)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Befürchtungen, die bereits in der zweite Hälfte des letzten Jahres von uns und von anderen bezüglich der Auswirkungen der neunten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes geäußert wurden, werden wahr. Es setzt ein Sterben von Projekten und Dienstleistungen ein, die bislang durch AB-Maßnahmen abgedeckt wurden. Die Presse berichtete ausführlich darüber, der „Weser-Kurier" in einer eigenen Serie, auch „Buten un binnen" griff das Thema auf. Als Beispiel kann etwa das Projekt Stadtteilschule genannt werden, das speziell mit Ausländerkindern Förderunterricht am

(A) Nachmittag vorsieht, diese Kinder dabei auch betreut und jetzt die Arbeit erheblich einschränken muß. Es trifft aber nicht nur solche sogenannten alternativen Projekte, sondern auch Sportvereine, Drogenberatungsstellen und andere mehr sind von den Kürzungen bei ABM betroffen.

Die Schuld an diesem Zusammenbruch trägt ohne Zweifel die Bundesregierung, die der Bundesanstalt für Arbeit einen strikten Sparhaushalt verordnet hat und die damit — auch wenn es schon öfter gesagt worden ist, muß man es noch einmal wiederholen — eindeutig zeigt, daß sie das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu verringern, aufgegeben hat, sofern sie überhaupt jemals dieses Ziel gehabt hat. Diese Politik der Bundesregierung vernachlässigt nicht nur das Problem Arbeitslosigkeit, das wäre wirklich zu schwach ausgedrückt, sie zielt geradezu auf steigende Arbeitslosigkeit ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bremen wirkt sich dieser Sparhaushalt der Bundesanstalt für Arbeit, kurz zusammengefaßt, im Bereich ABM, wie folgt aus: Erstens wird es weniger ABM geben. Statt maximal fast 4800 AB-Maßnahmen im Sommer letzten Jahres sollen zukünftig nur noch 3300 durchgeführt werden. Das entspricht praktisch einer Massenentlasung von 1500 Arbeitskräften. Die Zahlen sind nicht ganz exakt, aber in der Größenordnung sind sie richtig.

(B) Zum zweiten wird der durchschnittliche Fördersatz bei ABM abgesenkt, von fast 100 Prozent, wie er bisher war, auf künftig nur noch durchschnittlich 80 Prozent in Bremen. In dieser Situation wird natürlich erwartet, daß das Land beschäftigungspolitische Initiativen ergreift, und wir wissen, daß das auch geplant ist, daß ein Nachtragshaushalt im April eingebracht werden soll. Die Auseinandersetzung damit hat aber schon jetzt in den Ausschüssen und auch in der Öffentlichkeit begonnen, und deswegen wollen wir schon jetzt einige Erwartungen formulieren, die wir an diesen Nachtragshaushalt stellen.

Ich mache keinen Hehl daraus, daß wir natürlich grundsätzlich begrüßen, daß Bremen hier als bislang einziges Bundesland solch eine Initiative ergreift. Ohne Zweifel sind auch die geäußerten Absichten, die damit verbunden sind, durchaus in unserem Sinne, also die Absicht, die Trägerstruktur in dieser Vielfalt zu erhalten, und auch die Absicht, die AB-Maßnahmen im öffentlichen Dienst drastisch zurückzufahren. Das sind Dinge, die wir auch immer gefordert haben, und daß man nun erklärt, diese Ziele mit dem Nachtragshaushalt zu verfolgen, ist zweifellos positiv. Trotzdem haben wir sowohl quantitative als auch qualitative Kritik an den bislang vorliegenden Vorschlägen zu äußern.

Zunächst zu der quantitativen Seite! Um die Kürzung des Fördersatzes von durchschnittlich 100 Prozent auf durchschnittlich 80 Prozent nur bei den freien Trägern auszugleichen, wären ungefähr 21 Millionen DM im Land Bremen erforderlich — ich will das jetzt nicht vorrechnen, es wäre aber ziemlich leicht nachzuvollziehen —, geplant sind aber in dem bisherigen Nachtragshaushalt nur ungefähr elf Millionen DM. Da klafft also eine Lücke von zehn Millionen DM, und die wird damit begründet, daß finanzstarke Träger ja durchaus in der Lage sind, einen gewissen Eigenanteil bei den ABM zu leisten. Diese Begründung ist nachvollziehbar und richtig, nur, wir sind der Meinung, etwas mehr als den halben Betrag dessen vorzusehen, was eigentlich nötig wäre, ist zu wenig, und wir sehen dadurch nicht garantiert, daß alle finanzschwachen Träger tatsächlich aus diesem vorgesehenen Betrag den vollen Ausgleich erhalten können. (C)

Schlimmer noch ist, daß die Gelder nur vorgesehen sind, um die Verringerung des Fördersatzes auszugleichen, daß aber eigentlich nichts vorgesehen ist, um den Rückgang von AB-Maßnahmen insgesamt zu kompensieren, mit Ausnahme der Ankündigung, daß man zugunsten freier Träger ABM im öffentlichen Dienst zurückfahren will. Nichstdestoweniger werden viele kleine freie Träger in Zukunft weniger oder gar keine ABM mehr durchführen können. Wir haben im Januar eine Umfrage unter 48 freien Trägern gemacht, und uns wurde bestätigt, daß sie zum Zeitpunkt der Umfrage nur noch ungefähr 50 Prozent der ABM durchführen, die sie im Jahr 1988 durchführen konnten. Würde man diese Umfrage jetzt machen, sähe das Ergebnis noch viel schlechter aus! Wenn man diese Projekte, Gruppen und so weiter retten will, kommt man unseres Erachtens nicht darum herum, ihnen gewisse Stammkräfte aus Landesmitteln zu bezahlen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, daß das auch eine durchaus legitime Forderung ist, denn die Gruppen erfüllen Aufgaben, die durchaus im öffentlichen Interesse sind und die eigentlich vom öffentlichen Dienst erfüllt werden müßten. Wir finden es richtig, öffentliche Aufgaben dann aus dem öffentlichen Dienst herauszunehmen, wenn es selbstorganisierte Gruppen gibt, die sie besser, engagierter und unbürokratischer erledigen können, aber diese Verlagerung darf nicht heißen, daß damit der Anspruch auf Finanzierung aus Landesmitteln entfällt. Wenn bislang die Bundesanstalt für Arbeit hier die Finanzierung dieser unverzichtbaren Aufgaben sichergestellt hat und jetzt nicht mehr, dann sind wir der Meinung, ist ein Anspruch da, daß das Land hier in eine Finanzierung der Personalmittel einsteigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso wie es selbstverständlich ist, daß das Personal in Bürgerzentren vom Land bezahlt wird, sind wir der Meinung, daß auch Kulturzentren wie Schlachthof, Lagerhaus Schildstraße oder andere Anspruch auf Erstattung zumindest eines Teils ihrer Personalkosten aus Landesmitteln haben sollten. Das gleiche

(A) gilt natürlich für Aufgaben wie Arbeitslosenberatung, Drogenberatung, Aidsberatung und so weiter, alles Dinge, die im öffentlichen Interesse sind. Zumindest ein Teil des Personals, zumindest eine Stelle pro Träger, sollte unseres Erachtens auch aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden, um das Überleben des Trägers zu sichern, wenn eine AB-Maßnahme hier entfällt. Die Forderung nach Stammkräften ergibt sich auch aus der qualitativen Kritik, die wir an dem geplanten Aufstockungsprogramm haben. Jetzt wird es etwas kompliziert, aber ich will trotzdem versuchen, die Kritik darzustellen.

Das Arbeitsamt vergibt bekanntlich ABM nach Kriterien der Personenförderung. Mit anderen Worten, man schaut, welche Berufs- und Personengruppen sind auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt, und die sollen dann bevorzugt mit ABM versorgt werden. Dahinter steht unseres Erachtens immer noch die Auffassung, daß alle Berufs- und Personengruppen quasi gleichen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt bekommen sollen, und bei denen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind, soll das quasi durch eine Bevorzugung auf dem zweiten Arbeitsmarkt bei den AB-Maßnahmen kompensiert werden. Diese Auffassung ist unseres Erachtens vom Ansatz her schon illusionär, denn selbst in Zeiten eines Wirtschaftsbooms, den wir auch jetzt haben, zeigt sich, daß diese Annahme, man könnte über den zweiten Arbeitsmarkt, über ABM, einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erreichen, ziem-
(B) lich illusionär ist. Es funktioniert einfach nicht, weil der erste Arbeitsmarkt nicht annähernd aufnahmefähig genug ist, um Leute vom zweiten Arbeitsmarkt in größerer Zahl aufzunehmen. Es ist, ob man das nun gut oder schlecht findet, einfach eine Realität, daß der zweite Arbeitsmarkt mit ABM ein eigenständiger Bereich geworden ist und wahrscheinlich auch mittelfristig auf Dauer solch einen eigenständigen Bereich bilden wird. Deswegen sind wir der Meinung, daß man auch nach Trägerkriterien AB-Maßnahmen vergeben muß, zu deutsch: Man sollte auch schauen, welche Träger machen auf diesem zweiten Arbeitsmarkt gesellschaftlich wichtige und sinnvolle Arbeit, und man sollte diese gesellschaftlich wichtige, sinnvolle Arbeit dann auch mit ABM oder mit Personalmitteln unterstützen.

Natürlich wäre es optimal, wenn sowohl die Personenförderung als auch die Trägerförderung zusammenpassen würden, wenn also auch die auf dem Arbeitsmarkt am meisten benachteiligten Gruppen gerade bei den Trägern arbeiten könnten, die auch die wichtigste Arbeit erledigen. Das wäre zweifelsohne die optimale Lösung, nur die Realität sieht vollkommen anders aus: Gerade die Gruppen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ganz so schlecht gestellt sind, also Akademiker, machen oft die oben dargestellten gesellschaftlich wichtigen, unverzichtbaren Aufgaben, wie beispielsweise Drogenberatung, Arbeitslosenberatung und so weiter, und die können da auch nicht ohne weiteres ersetzt werden. Die dagegen auf dem Arbeitsmarkt am meisten benachteiligten Gruppen, zum Beispiel ungelernte gewerbliche (C) Arbeitskräfte, machen in der Regel in ABM Arbeiten sekundärer Bedeutung, zum Beispiel Aufräumarbeiten in Parks und so weiter.

Ein reiner Aufstockungsfonds, wie ihn der Senat jetzt plant, kann keine Korrektur geben zu dieser an Personenförderung orientierten Vergabe von ABM durch das Arbeitsamt. Die erklärte Absicht des Arbeitsamts — auch heute wieder in der Zeitung zu lesen —, die Vergabe an Akademiker besonders zu reduzieren, wird also das Trägersterben bei den Projekten und Dienstleistungen, die ich vorhin erwähnt habe, eher noch verstärken, es kann so durch einen reinen Aufstockungsfonds nicht korrigiert werden. Wenn man wirklich ernsthaft die Absicht verfolgte, alle Träger oder möglichst viele Träger zu retten, dann wäre unverzichtbar, daß das Land nach eigenen Kriterien und nicht nach Personenkriterien eigene Personalmittel vergibt und nicht nur die Mittel des Arbeitsamts, die nach dessen Kritieren vergeben werden, aufstockt.

Ein Wort noch zum Problemkreis Umschulung und Weiterbildung! Hier ist es ganz ähnlich: Die auch hier gekürzten Mittel werden vom Arbeitsamt hauptsächlich nach Personenkriterien vergeben, das heißt, die besonders benachteiligten Gruppen von Arbeitslosen, die notwendigerweise, wie das Arbeitsamt sagt, eine Zusatzqualifikation brauchen, um überhaupt eine gewisse Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben, die sollen in der Tat weiter gefördert werden. Die sogenannte zweckmäßige Weiterbildung wird aber zukünftig weniger gefördert werden. Nun fallen darunter viele innovative Weiterbildungsansätze, die zugegebenermaßen wahrscheinlich nicht unbedingt notwendig sind, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, die wir aber aus gesellschaftlichen, aus inhaltlichen Gründen für unbedingt notwendig halten. (D)

Ein Beispiel dazu ist der ökologische Stadtgestalter des Trägers Rhizom. Ökologischer Stadtgestalter heißt: Weiterbildung zum Beispiel von Handwerkern bezüglich Kenntnisse in der Wärmeisolation oder speziell von Bautischlern bezüglich Kenntnisse über ökologische Holzschutzmittel und so weiter. Nach Kriterien des Arbeitamtes ist solch eine Weiterbildung nicht unbedingt notwendig, um bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, aber ich bin der Meinung, aus inhaltlichen Gründen ist sie unverzichtbar. Nun wird Leuten, die solch eine Weiterbildung machen wollen, das Unterhaltsgeld zukünftig nur noch auf Darlehensbasis gezahlt werden, und es ergibt sich jetzt die etwas kuriose Situation, daß der EG-Sozialfonds das zwar als eine wichtige innovative Weiterbildung ansieht und deswegen für diesen Träger Geld bereitstellt, daß aber der Träger zwar über das Geld verfügt, um die Weiterbildung durchzuführen, nicht aber über Teilnehmer, weil die Teilnehmer natürlich den Schuldenberg scheuen, den sie haben, wenn sie Unterhaltsgeld nur auf Darlehensbasis bekommen und es hinterher zurückzahlen müssen.

(A) Wenn der Senat der Meinung ist, daß solche Weiterbildung in der beschriebenen Art auch künftig möglich sein soll, dann müßte er meines Erachtens auch Konzepte entwickeln, um für solche Weiterbildungsmaßnahmen künftig Teilnehmer zu finden, etwa durch Übernahme der Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Arbeitsamt, wenn der Teilnehmer nach der Weiterbildung keine angemessen bezahlte Arbeitsstelle findet. Das könnte in der Tat auch Leute motivieren, daran teilzunehmen, die das inhaltlich richtig finden, aber einfach Angst haben, danach weiter arbeitslos zu sein und auch noch einen Berg von Schulden zu haben. Derartige Überlegungen fehlen aber in den bislang bekannten Ausgleichsprogrammen für die Sparmaßnahmen des Arbeitsamtes vollkommen. Deswegen — und dies ist mein letzter Satz — bin ich der Meinung, daß dieses geplante Aufstockungsprogramm, sosehr wir begrüßen, daß überhaupt etwas passiert, doch dringend einer Nachbesserung bedarf, sowohl was die Höhe der Mittel als auch ihren Verwendungszweck anbelangt. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kahrs.

Abg. Frau **Kahrs** (SPD): *) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der SPD-Fraktion halten es für verfrüht, heute über ein bremisches Ausgleichsprogramm im einzelnen abzustimmen. Deshalb werden wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Wir werden uns im Augenblick nicht auf Details und auf eine Diskussion der einzelnen Absätze und Aussagen einlassen. Erst vor zwei Tagen war das letzte Abstimmungsgespräch, in dem verhandelt wurde, wie hoch die Kürzungen denn nun eigentlich bei der Bundesanstalt für Arbeit bezogen auf unsere Region sind. Wir werden im April mit dem Nachtragshaushalt und mit einem eigenen Antrag kommen, um dann darzustellen, wie wir hier in Bremen auf das, was die Bundesregierung mit der Kürzung bei der Bundesanstalt für Arbeit angerichtet hat, reagieren. Aber lassen Sie mich doch einige grundsätzliche Ausführungen machen!

(B)

Ich bin der Meinung, Arbeit zu finanzieren ist nicht teurer, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Damit befinde ich mich offenbar im Gegensatz zum Kollegen Urban, der in einem Interview in der „Rundschau am Abend" von Radio Bremen am 7. Februar eine Rechnung aufgemacht hat, die aussagt, ein Arbeitsloser kostet im Durchschnitt 25 000 DM und eine AB-Maßnahme im Durchschnitt 40 000 DM an Lohnkosten. Das ist uns zu schlicht. Die Zahlen sind natürlich fast richtig. Etwas genauer sind sie von IAB für 1987 mit 26 585 DM als Kosten für einen Arbeitslosen ermittelt worden. Diese Kosten sind berechnet nach Ausgaben — Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Krankenkasse und Rentenversicherung — und Mindereinnahmen, die natürlich dadurch entstehen, daß keine Lohnsteuer gezahlt wird, daß weniger indirekte Steuern hereinkommen, daß keine Krankenkassenbeiträge abgeführt werden, keine Beiträge an die Rentenversicherung und keine Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit. Insofern sind diese Zahlen hier grundsätzlich nicht zu kritisieren.

(C)

Nur eines hat Herr Urban vergessen: die nicht quantifizierbaren Folgekosten der Arbeitslosigkeit,

(Beifall bei der SPD)

die Krankheit, psychische Defekte, Familienzerrüttung, das Absinken der Arbeitsqualifikation bis hin zur Arbeitsunfähigkeit nach sich zieht. Das sind gesamtgesellschaftliche Kosten, die in dieser Rechnung nicht enthalten sind, Herr Urban! Dann die entgangenen Zuwächse dadurch, daß diese Arbeitslosigkeit herrscht! Was könnten Arbeitslose an Lebensqualität produzieren? Was wäre möglich, wenn die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik von der Bundesregierung extensiv genutzt würden? Der Arbeitsmarkt wäre entlastet, und man hätte eine Chance, in den Regionen, die krisenbelastet sind, einen Strukturwandel einzuleiten.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Es wäre eine individuelle Chancenverbesserung für den einzelnen Arbeitslosen, und man könnte auch Qualifizierungen vornehmen für sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse.

Aber wir beklagen und, ich glaube, die GRÜNEN beklagen das mit uns, daß die Bundesregierung immer noch überwiegend auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer setzt, die aber in dem Sinne nicht vorhanden ist. Die haben eine mentale Blokkade, wenn es darum geht, feste Arbeitsplätze zu schaffen,

(Beifall bei der SPD)

gesicherte Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Das tun sie nicht, obwohl der Deutsche Industrie- und Handelstag vor wenigen Tagen noch gelobt hat, wie unsere Konjunktur sich denn doch positiv entwickele. Aber die Arbeitsplätze werden so nicht in dem Maße mehr, wie es nötig wäre. Solange die Habenzinsen hoch sind, lohnt es sich für Unternehmer, Gewinne in Milliardenhöhe auf der hohen Kante liegenzulassen, und solange die Besteuerung des Kapitalertrags der Wertschöpfung nicht gegeben ist, wird es keine privaten Investitionen in ausreichender Höhe geben. Solange wir keine Maschinensteuer haben und solange wir keine ausreichende Investitionslenkung haben, wird es diese private Investitionsbereitschaft und diese privaten Investitionen der Unternehmer nicht geben.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Man kann auch nicht, wie es in Amerika gemacht wird und wie es die Rechten wollen, auf Flexibilisierung und Deregulierung setzen. Das ist kein Weg! Amerika macht es uns vor. Dort wird geredet vom „job-wonder", aber was sind das für Jobs? Es sind die bad jobs, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse, Mc-Donald's-Verhältnisse! Die wollen wir nicht! Es sind überwiegend solche Jobs, die mit diesen Instrumenten geschaffen werden.

Ich fasse zusammen, grundsätzlich, Arbeitslosigkeit ist volkswirtschaftlicher Unsinn,

(Beifall bei der SPD)

und Arbeitslosigkeit nützt lediglich den Kapitalinteressen. Ich sage, die Bundesregierung macht sich zum Handlanger dieser Kapitalinteressen!

(Beifall bei der SPD — Abg. J ä g e r [FDP]: Das ist wieder etwas aus der Mottenkiste!)

Wir erleben diese restriktive Politik der Bundesregierung, die an der Kürzung bei der Bundesanstalt für Arbeit deutlich wird, wenn ich mir nur den Januar anschaue. Dort gibt es jetzt schon 16,5 Prozent weniger ABM-Beschäftigte im Land Bremen als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Das ist das erste alarmierende Zeichen dieser restriktiven Förderung. Nötig wäre, die Finanzierungstöpfe von Arbeitslosigkeit zentral auf Bundesebene zusammenzu- (B) fassen, eine gesamtgesellschaftliche Rechnung aufzumachen und alle Kostenträger und alle Finanzierungstöpfe zu verbinden. Dann könnte man eine zentrale Bundesarbeitsmarktoffensive starten, die all diese Mißstände verhindern würde. Nur, das wird offenbar nicht gewollt, und allein das würde eine Chance der Umsteuerung in qualitatives Wachstum auch nach sich ziehen können.

(Beifall bei der SPD)

Nur, wie wir ja gestern auch schon gehört haben, sind wir leider keine Insel der Seligen hier in Bremen, ganz sicherlich nicht, und weil das so ist, machen wir natürlich einen Nachtragshaushalt. 14 Millionen DM wollen wir zusätzlich bereitstellen für ABM, für benachteiligte Zielgruppen. Diese Förderung wird eine individuelle sein, bezogen auf benachteiligte Arbeitslose. Wir fördern nicht die Projekte im einzelnen, wir heben auch nicht ab auf eine Vielfalt der Projektlandschaft, so gut es zunächst klingt.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Das hat der Bürgermeister anders gesagt!)

Ich will auch durchaus zugestehen, daß natürlich im Kulturbereich Impulse gekommen sind durch Projekte, die über ABM finanziert wurden. Aber es muß vorrangig darum gehen, den einzelnen Arbeitslosen, seine Benachteiligung zu sehen und zu fördern. Wir werden außerdem zwei Millionen DM für Weiterbildung zusätzlich einsetzen und zwei Millionen DM für Sondermaßnahmen, insbesondere für Langzeitarbeitslose. Insofern wird es also für uns klar sein: Im April wird mit bescheidenen bremischen Mitteln — wir haben da eine außerordentliche Kraftanstrengung unternommen — etwas getan, um diese Mißstände aufzufangen, so weit es geht, damit nicht dieses Trägersterben landaus, landein einsetzt. Nur, ob es ganz und gar ohne Schrammen und Blessuren abgehen wird, ich sage das einmal so lax, obwohl das hier nicht angemessen ist, das können wir zur Zeit noch gar nicht sagen, weil wir die letzten Zahlen noch nicht kennen und weil es auch wohl mit unseren Mittel nicht machbar ist, alles hier in Bremen auszugleichen, was in Bonn verbockt wird. (C)

(Beifall bei der SPD)

Insofern bitte ich dieses Haus um Geduld bis zur April-Sitzung. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen jetzt vor, daß wir die Beratung dieses Tagesordnungspunktes unterbrechen und um 14.30 Uhr fortsetzen und daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Um 14.30 Uhr setzen wir die Beratung dieses Punktes fort. (D)

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 12.56 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.33 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet. Als Gäste in unserer heutigen Nachmittagssitzung begrüße ich unter anderen eine Seniorengruppe aus Blumenthal.

(Beifall)

Willkommen im Parlament!

Wir setzen die Beratung über den Tagesordnungspunkt 17 — Bremisches Ausgleichsprogramm für die Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit, Drucksache 12/470 — fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

(A) Abg. **Kuhnert** (FDP)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die FDP-Fraktion begründen, warum wir den vorliegenden Antrag der GRÜNEN ablehnen werden. Erstens: Die Bemühung, den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zu sanieren, ist keine arbeitsmarktpolitische Verantwortungslosigkeit!

Zweitens: Das bremische Ausgleichsprogramm, das der Senat in seiner Vorlage an die Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung vom 22. Februar 1989 mit insgesamt 18 Millionen DM vorgelegt hat, bedarf zunächst der Entscheidung, was und in welchem Umfang der Senat fördern will. Eine undifferenzierte Forderung sowohl im Bereich des öffentlichen Dienstes als auch im Bereich freier Projektträger hat dazu geführt, daß die jetzt beklagte angespannte Arbeitsmarktsituation entstehen konnte. Die ebenso großzügige Vergabepraxis bei Fortbildung und Umschulung ist ursächlich für die dort entstandenen Engpässe. Eine Reduzierung von AB-Maßnahmen im öffentlichen Dienst zugunsten freier Träger ohne inhaltliche Differenzierung wird von uns abgelehnt. Insoweit stimmen wir zwar mit der Tendenz des Antrages der GRÜNEN überein, wonach öffentliche Aufgaben nicht durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewältigt werden dürfen, die Absicht aber, diese Mittel den freien Projekten zukommen zu lassen, teilen wir nicht. Insoweit müssen wir also den gesamten Antrag ablehnen.

(B) (Beifall bei der FDP)

Bei der allgemeinen Beurteilung der neunten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes möchte ich besonders die Sozialdemokraten auffordern, zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren!

(Unruhe — Glocke)

Sehr geehrte Abgeordnete Frau Kahrs, Sie haben eben den Beweis geliefert, daß gerade dieser Tagesordnungspunkt sich nicht dazu eignet, eine Gruppe herauszugreifen und sie zu beschimpfen, wenn wir das Problem gemeinsam lösen wollen, sondern wir sollten hier versuchen, mit den zuständigen Gruppen zu sprechen, damit wir dieses Problem lösen können.

Das Land Bremen hat in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gut von dem Instrument AB-Maßnahmen profitiert, was unter anderem daran lag, daß die hiesige Arbeitsverwaltung dieses Instrument frühzeitiger als andere Gemeinden und Länder in ihre Politik aufgenommen hat. Trotzdem, so muß ich feststellen, ergibt sich auch aus der Drucksache 11/978 vom 16. 6. 1987, die ja von den GRÜNEN in ihrem Antrag zitiert wird, daß ein langfristiger Vergleich von 1982 bis 1986 bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit und ohne AB-Maßnahmen deutlich macht, daß die Schere der tatsächlichen und der möglichen Arbeitslosigkeit sich immer weiter geöffnet hat. Gab es 1982 mit AB-Maßnahmen 10,1 Prozent Arbeitslose, wären ohne AB-Maßnahmen 10,5 Prozent arbeitslos gewesen. 1986 waren es schon 15,5 Prozent mit AB-Maßnahmen und 17,5 Prozent ohne AB-Maßnahmen. In einer Vorlage an die Arbeitsdeputation von September 1988 spricht der Senat sogar von einer tatsächlichen Arbeitslosigkeit von 15 Prozent und einer möglichen Arbeitslosigkeit von 20 Prozent. Das heißt, die Schere hat sich von 0,4 Prozent 1982 auf zwei Prozent im Jahr 1986 und auf fünf Prozent im Jahr 1988 geöffnet. (C)

Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, daß hier von der Bundesregierung eine menschenverachtende und unverantwortliche Politik betrieben würde, ist unbegründet und unbegreiflich!

(Beifall bei der FDP)

Aus diesen Zahlen geht doch eines klar hervor. Die Anstrengungen des Senats zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme sind immer stärker zurückgegangen, die Abhängigkeiten von Bundes- und EG-Mitteln haben immer mehr zugenommen. Wir wollen den Senat ja gar nicht dafür tadeln, daß er die Geldquellen aus Brüssel und Nürnberg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angezapft hat. Das ist sogar seine selbstverständliche Pflicht! Wir müssen aber noch einmal deutlich darauf hinweisen, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach geltendem Recht einzelfallbezogene Hilfen sind, das heißt, dem Arbeitslosen soll geholfen werden, wieder in das Arbeitsleben zurückzufinden, und in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit soll das Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch verstärkt eingesetzt werden. Was das Arbeitsförderungsgesetz aber nicht will, das ist die Etablierung von selbstorganisierten Beschäftigungsprojekten, seien sie nun in privater oder in staatlicher Hand. Was es ebensowenig will, ist die Verlagerung von Personalkosten, von Aufgaben, die der kommunale oder staatliche Träger eines Landes zu erfüllen hätte, die er aber schlicht deshalb nicht mehr erfüllt, weil er finanzpolitisch dazu nicht in der Lage ist. (D)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, das Land Bremen hat übermäßig von AB-, Fort- und Umschulungsmaßnahmen profitiert! Uns liegt es fern, irgendein Projekt, irgendeine Fortbildungsmaßnahme oder irgendeinen einzelnen Bürger, der eine AB-Maßnahme finden konnte, zu kritisieren und zu sagen, dazu hast du kein Recht. Wir sehen nur, daß die Geldmittel sich inzwischen auf viele Regionen verteilen, und zwar nicht nur, weil es in anderen Landesarbeitsämtern auch eine schwierige Arbeitsmarktsituation gibt, sondern weil zahlreiche Kommunen sich am Bremer Vorbild orientieren und ihrerseits ABM-Programme auch im öffentlichen Bereich ins Leben gerufen haben.

Wir Liberalen sind der Auffassung, und ich glaube, Bürgermeister Wedemeier, der ja jetzt als Arbeits-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) senator für dieses Ressort Verantwortung trägt, hat sich dazu auch öffentlich bekannt, daß die Hauptaufgabe der Arbeitsförderung im gewerblichen Sektor liegen muß. Wir verfolgen genauso wie das Arbeitsamt die Intention, daß arbeitsmarktpolitische Instrumente, AB-Maßnahmen, Fortbildung und Umschulung auf gewerbliche Förderungsmaßnahmen zu konzentrieren sind. Die Hauptaufgabe aller arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen muß darin bestehen, Bürger für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren und Fördermaßnahmen für zusätzliche Beschäftigung auch im gewerblichen Bereich zu privilegieren. Wir haben in den vergangenen Debatten in diesem Hause die Konzentration der Mittel auf den Bereich der Akademikerförderung kritisiert. Der Versuch des Arbeitsamts im vergangenen Jahr, den Anteil der Akademikerförderung auf deutlich unter 30 Prozent zu drücken, hat dazu geführt, daß inzwischen der Akademikeranteil auf 28 Prozent gesunken ist. Dennoch werden von den Akademikern weiterhin 60 Prozent der ABM-Mittel in Anspruch genommen. Wir möchten insbesondere die SPD-Fraktion darauf hinweisen, daß die Akademiker, die nur zehn Prozent der Arbeitslosen stellen, fast ein Drittel der ABM-Arbeitsplätze und fast zwei Drittel der ABM-Fördermittel für sich verbuchen konnten. Wir meinen, hier muß eine deutliche Umkehr erfolgen.

(Beifall bei der FDP)

(B)

Wir wissen, daß das auch genau die Intention des Arbeitsamtes ist, und wir wissen auch, daß es durchaus im Bereich der Autonomie des Arbeitsamts Bremen liegt, eine Verwaltungsentscheidung dahingehend zu treffen, daß in Zukunft 60 bis 70 Prozent der ABM-Mittel im gewerblichen Sektor vergeben werden. Wir sehen darin eine große Chance. Nach allen arbeitsmarktpolitischen Untersuchungen verfügen Akademiker aufgrund ihrer Ausbildung über wesentlich bessere Chancen am Arbeitsmarkt. Deswegen sind wir ganz entschieden dagegen, hier arbeitsmarktpolitische Refugien zu schaffen für Personen, die aufgrund ihrer Qualifikation privilegiert sind, sich am ersten Arbeitsmarkt in irgendeiner Weise eine Beschäftigung zu verschaffen. Daß man bereit sein muß, auch in anderen Bereichen, die also nicht der eigenen Qualifikation entsprechen, zu arbeiten, halten wir für eine Selbstverständlichkeit. Das, was man dem normalen gewerblichen Arbeitnehmer abfordert, sollte man auch von Akademikern erwarten, und ich glaube, daß gerade die SPD-Fraktion da wohl keine andere Meinung haben kann.

(Beifall bei der FDP)

Die von den GRÜNEN in ihrem Antrag gewollte besondere Privilegierung der akademischen Arbeitslosen, quasi die Schaffung von öffentlichen Stellen im Bereich der selbstverwalteten, freien Projekte, halten wir Liberalen für eine arbeitsmarktpolitisch völlige Fehlentwicklung. (C)

(Beifall bei der FDP)

Herr Tiefenbach, Sie haben das in der Haushaltsdebatte am 17. 3. 1988 gefordert, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren, „nämlich den sogenannten ABM-Pool, gedacht als arbeitsmarktpolitisches Pilotprojekt, in dem nach und nach auslaufende ABM-Stellen in aus Landesmitteln bezahlte Stellen überführt werden sollen". Herr Tiefenbach, das ist schlicht und einfach der Versuch, den Einstellungsstopp zu umgehen, indem man Projekte gründet, und zwei Jahre später, wenn die Beschäftigten keine Vertragsverlängerung nach der AB-Maßnahme mehr bekommen, die Unentbehrlichkeit der Projekte behauptet und dann hier sagt, jetzt müßt ihr aber Stellen schaffen, damit diese Sache erhalten bleibt. Dieser Meinung sind wir nicht!

(Beifall bei der FDP)

Wir sind gern bereit, über alle Projekte zu reden und auch Prioritäten zu setzen. Nur, wir werden es nicht schaffen, wenn wir hier eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik wirklich in diesem Land herbeiführen wollen, daß wir auch alles so fortsetzen wie bisher. Ich weiß, es gibt Sonderschulbereiche, wo die Kinder heute schon zu Hause bleiben müssen, weil die ABM-Stellen gekürzt worden sind. Für solche Projekte oder den jugendlichen Ausbildungsbereich werden wir uns einsetzen, aber wir werden nicht jede Spielweise finanzieren können. Dafür sind wir nicht da, und das ist auch nicht unsere Aufgabe! (D)

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte für unsere Fraktion noch einmal betonen, die Eigeninitiative der Arbeitslosen, sich durch Beschäftigungsinitiativen vor allem sinnvoll zu betätigen, begrüßen wir als eine wichtige, nützliche Funktion der Selbsthilfe der Bürger in unserer Gesellschaft. Den Versuch, aus diesen Selbsthilfemaßnahmen heraus staatliche Stellen zu begründen, halten wir für arbeitsmarktpolitisch schädlich. Das werden wir nicht mitmachen!

(Beifall bei der FDP)

Daraus ergibt sich auch unsere abwartende Haltung zu dem bremischen Ausgleichsprogramm, das der Senat ja in der Deputation für Arbeit vorgestellt hat. Wir meinen, daß es zu kurzsichtig gedacht ist, lediglich Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen, wenn vorweg gar kein arbeitsmarktpolitisches Konzept besteht. Erst muß der Senat einmal sagen, was er in Zukunft machen will. Wenn der Senat nur sagt, daß er die bislang vom Arbeitsamt großzügig ausgeschütteten Mittel durch Eigenmittel ergänzen

(A) will, dann sehen wir darin keine Arbeitsmarktpolitik, sondern eine Fortsetzung der von mir bereits kritisierten arbeitsmarktpolitischen Fehlentwicklung. Das sollte nicht geschehen!

(Beifall bei der FDP)

Im übrigen, Herr Bürgermeister und Arbeitssenator, hantieren Sie in der Öffentlichkeit ja auch mit falschen Zahlen. Uns ist bekannt, daß das Arbeitsamt Bremen die bislang erfolgte durchschnittliche Förderung von 95 auf 85 Prozent senken will, in einigen Fällen bis zu 80 Prozent. Ich werde Ihnen die neuesten Zahlen dann gleich noch bekanntgeben, damit Sie das genau wissen. Auch das muß man in der Öffentlichkeit immer wieder sagen: In Bremen hat es bislang fast nur hundertprozentige Förderung gegeben, Komplementärmittel waren praktisch nicht erforderlich.

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Doch, 4,5 Millionen DM!)

Das erklärt vielleicht auch diese Fehlentwicklung. Wenn der Senat schon frühzeitig mit eigenen Mitteln Verantwortung getragen hätte, wäre vielleicht dann auch ein arbeitsmarktpolitisches Konzept entstanden, das solche Entwicklungen zumindest aufgehalten hätte. Im nachhinein ist es ja immer schwer, die geöffneten Schleusen wieder zu schließen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Uns ist es jedenfalls zu dünn, hier nur einen Topf zu öffnen, ohne daß ein arbeitsmarktpolitisches Konzept erkennbar wird.

Ich habe bereits gesagt, daß die bisherige Vergabepraxis für die Engpässe sowohl bei den freien Trägern als auch im öffentlichen Dienst verantwortlich ist. Das gleiche gilt natürlich für Fortbildung und Umschulung. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Engpässe dort insbesondere darauf zurückzuführen sind, daß im Jahr 1988 eine großzügige Vergabepraxis erfolgt ist und daß man 30 Millionen DM Altverpflichtung aus dem Jahr 1988 in das Jahr 1989 mit hineingenommen hat, so daß man im laufenden Jahr relativ wenig Bewegungsspielraum zur Verfügung hat. Daß wir die Einführung einer Kann-Bestimmung in der Verordnung über Fortbildung und Umschulung für sinnvoll halten, habe ich in der letzten Debatte erläutert. Auch hier gilt dasselbe, was ich zu ABM gesagt habe, die vorhandenen Geldmittel müssen endlich wieder eindeutig als arbeitsmarktpolitisches Instrument eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die von den GRÜNEN geforderte Umwandlung der Förderung von staatlichen ABM-Stellen in Förderung von Projektstellen können wir daher nur eindeutig ablehnen. Damit könnte man sich zwar über die bestehenden Engpässe hinweghelfen, eine klare, eindeutige Klientelpolitik, wie sie von den GRÜNEN hier gefordert wird, lehnen wir als Liberale jedoch ab. (C)

(Beifall bei der FPD)

Ich möchte zum Schluß noch auf ein Problem hinweisen! Wir wissen sehr genau, daß eine starke Förderung des gewerblichen Sektors problematisch ist. Wir werden zwar in unseren Gesprächen mit dem Arbeitsamt darauf drängen, daß in Bremen ein Programm gefahren wird, wonach die Mittelverteilung umgekehrt wird, daß der gewerbliche Sektor entsprechend seinem Anteil an Arbeitslosen, nämlich 90 Prozent, mehr Mittel erhält und daß der akademische Sektor in Zukunft einen entsprechend geringeren Anteil bekommt. Wir wissen aber auch ganz genau, daß es erhebliche Probleme mit der Wirtschaft geben wird, daher sollten wir uns hier nicht bewußt mit der Wirtschaft anlegen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Kuhnert** (FDP): Ich bin sofort fertig! Insbesondere im Bereich des Handwerks wird eine Konkurrenzsituation befürchtet, und vor allen Dingen wird die Situation beklagt, daß Arbeitslose eher in AB-Maßnahmen beschäftigt werden wollen, weil ihnen günstigere Tarife angeboten werden als in der freien Wirtschaft. Wir meinen, daß in Zukunft dort Spannungen abgebaut werden müssen, daß insbesondere tarifliche Disparitäten beseitigt werden müssen, daß aber auch mehr Verständnis in der Wirtschaft geweckt werden muß, wenn schwer vermittelbare Arbeitslose, die ja gerade von den Firmen nicht akzeptiert werden — ich denke hier an psychisch Kranke, Suchtkranke und andere schwierige Personenkreise —, über den Bereich ABM gewerbliche Arbeit ausführen. Wir als Liberale werden uns an diesem Prozeß der gegenseitigen Verständigung und des Abbaus von Mißtrauen aktiv beteiligen. — Meine Redezeit ist zu Ende, ich danke Ihnen, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Urban.

Abg. **Urban** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben schon auf die in ihrer Größenordnung zwar noch unbekannten Einsparungen der Bundesanstalt für Arbeit bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hingewiesen, und die CDU leugnet ja gar nicht, daß auch das Land Bremen von diesen Maßnahmen in irgendeiner Form betroffen sein wird, wir machen aber darauf aufmerksam, daß der größte Teil des Defizits

(A) der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von etwa 5,3 Milliarden DM im Jahr, mit vier Milliarden DM vom Bund übernommen wird, wodurch das Gerede, auch in hochqualifizierten Senatspapieren, vom Skandal, und das steht hier wörtlich so darin, von Brutalität, von Verantwortungslosigkeit und von Sanierung des Bundeshaushalts auf Kosten der Arbeitslosen nun wirklich ins Reich der Fabel gehört.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gab in den letzten Tagen nicht nur diese Meldung und nicht nur diese Diskussion, Herr Bürgermeister, es gab noch ein zweites Ereignis, auf das insbesondere die Kollegin Kahrs, meine Vorrednerin, nicht hingewiesen hat, das aber mit dem ersten in ursächlichem Zusammenhang steht, nämlich die Tatsache, daß die Seestadt Bremerhaven beschlossen hat, 300 Stellen im öffentlichen Dienst abzubauen, das heißt, nicht wieder zu besetzen. Ich bin schon der Meinung, wer selbst mit dazu beiträgt — wenn ich die 3000 in Bremen in der Vergangenheit abgebauten Stellen einbeziehe —, neben anderen Sparmaßnahmen den Stellenmarkt und den Arbeitsmarkt durch Stellenabbau zu verschließen, sollte sich dann etwas zurückhalten, wenn auch der Reparaturbetrieb, und nichts anderes ist er ja, auch der Reparaturbetrieb Bundesanstalt für Arbeit irgendwann einmal durch eine solche Politik ins Defizit gerät.

(B) Mein Wunsch ist eigentlich, Herr Bürgermeister, und ich möchte Sie auch bitten, das Ihren Kollegen im Senat zu sagen, in die Diskussion um die neunte Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes wieder etwas mehr Sachlichkeit einziehen zu lassen. Tatsache bleibt doch, daß das Land Bremen trotz der Neuordnung auch weiterhin die am nachhaltigsten geförderte Region in der gesamten Bundesrepublik bleiben wird. Das sollten Sie doch wirklich einmal anerkennen! Das war in der Vergangenheit so, das ist heute so, und das wird auch in Zukunft so bleiben!

(Beifall bei der CDU)

Wir führen, meine Damen und Herren, hier zwar keine Phantomdebatte, aber ist Ihnen vorhin eigentlich aufgefallen, daß keiner der Redner in der Lage war, die Summe zu präzisieren, die in den Arbeitsamtsbezirken Bremen und Bremerhaven eingespart werden soll?

(Bürgermeister W e d e m e i e r : Die haben wir jetzt!)

Das ist überaus wichtig! Sie sagen, Sie haben sie jetzt, Sie können sie aber noch nicht aufteilen auf die einzelnen Leistungsbereiche. Da werden Summen von 20, 30, 40, 47, 60 Millionen DM genannt. Solange ich aber nicht genau weiß, was hier auf die einzelnen Arbeitsamtsbezirke und auf die einzelnen Leistungsarten zukommt, können wir auch keine Debatte in Details führen, und insofern stimmen wir der (C) SPD zu, daß wir das Thema erst präzise und konkret und in Einzelheiten in der April-Sitzung, wie das auch vorgesehen ist, im Zusammenhang mit der Debatte des Nachtragshaushalts behandeln können, nämlich dann, Herr Bürgermeister, wenn die detaillierten Auswirkungen der einzelnen Beschlüsse für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke und die einzelnen Leistungsarten bekannt sind und wenn Sie dann nicht mehr einen vorläufigen Nachtragshaushalt vorlegen, den wir ja in der Deputation abgelehnt haben, weil der vorläufig war und auf einem Zahlenmaterial aufbaute, das noch nicht endgültig war, wenn Sie also einen Nachtragshaushalt aufgrund dieser ganz bestimmten Kriterien vorlegen werden. Insofern hat der Kollege Tiefenbach die April-Debatte hier vorweggenommen.

Aber Sie haben Anspruch darauf, von der CDU zu erfahren, wo wir denn in Zukunft, wenn sich hier Veränderungen ergeben werden, und sie werden sich ergeben, wo wir dann Prioritäten setzen möchten. Wir kommen aber nicht daran vorbei, doch ein wenig Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, um den irrigen Eindruck zu relativieren, ABM sei bei den Sozialdemokraten immer am besten aufgehoben gewesen. Das sieht dann im Vergleich wie folgt aus, und die beste Vergleichszahl ist ja immer, auf wieviel Arbeitslose eine ABM-Stelle entfällt.

1976, in der Hochzeit Ihrer SPD/FDP-Regierungskoalition in Bonn, kam in Bremen auf 20 Arbeitslose eine ABM-Stelle. Bis Ende 1982, als die SPD/FDP in (D) Bonn selbst rigorose Einschnitte in das Arbeitsförderungsgesetz vorgenommen hatte, erhöhte sich dieses Mißverhältnis von 20 zu eins auf 28 zu eins, das heißt, auf 28 Arbeitslose kam beim Regierungswechsel Ende 1982 eine ABM-Stelle. Inzwischen haben die CDU und Norbert Blüm die Relation sage und schreibe auf neun Arbeitslose zu einer ABM-Stelle korrigiert.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine ich, war aktive Arbeitsmarktpolitik und Unterstützung für das Land Bremen. Das, was hier an Zahlen immer genannt wird, wir hätten insbesondere Ende 1987 doch — je nachdem, ob man nun Land oder Stadt nimmt, nehmen wir einmal das Land — 5000 ABM-Stellen gehabt! Sie wissen ganz genau, daß der Finanz-Sockelbetrag für ABM eigentlich eh und je in den vergangen Jahren 120 Millionen DM gewesen ist und daß wir 1986/1987 aus anderen Bundesländern, die ihre Mittel nicht verbraucht hatten, einen Nachschlag bekamen in Höhe von 60 Millionen DM. Darauf erheben die Bundesländer jetzt zu Recht und zu unserem Nachteil selbst Anspruch. Im Grunde genommen sind wir bei dieser Sockelförderung von 120 Millionen DM bis heute stehengeblieben. Auch das sollte man sagen!

Wir geben zu, daß im Moment aufgrund des Bewilligungsstaus, weil keiner so recht wußte, wo die Reise hingeht, das Verhältnis von Arbeitslosen zu ABM-

(A) Stellen sich etwas verschlechtert hat auf elf zu eins, und das wird sich, wenn ich Äußerungen aus der Arbeitsverwaltung richtig verstehe, irgendwo in dieser Größenordnung zehn zu eins, elf zu eins einpendeln. Aber im Bundesdurchschnitt, und auch das ist wichtig, im Bundesdurchschnitt wird nach wie vor auf 25 Arbeitslose eine ABM-Stelle entfallen. Sie sehen also, wie derjenige, den Sie immer beschimpfen, Bremen am nachhaltigsten hilft, nämlich nicht 25 zu eins, sondern zehn oder elf zu eins.

(Beifall bei der CDU)

Das ist immerhin ein nicht unbeträchtlicher Erfolg!

Aber nehmen wir auch die Finanzmittel! 1982 gab es dank Ihrer Regierung aus Nürnberg für ABM im Lande Bremen etwa 20 Millionen DM, 1989 wird es etwa die Größenordnung von 100 Millionen DM sein. Nehmen wir die Komplementärmittel des Landes: Früher betrug der Anteil des Landes 20 Prozent, 1988 lag er bei zehn Prozent. Ich gebe zu, er wird demnächst wieder etwas steigen, aber mit Sicherheit nicht auf die Größenordnung, die wir 1982/1983 zu verzeichnen hatten, und selbst wenn dieser Anteil in Bremen steigen sollte, dann haben Sie immer noch kein Recht, von Skandal und von Ausplünderung zu reden!

(Beifall bei der CDU)

(B) Herr Bürgermeister, Sie sollten auch wissen, und Sie wissen es auch, daß das Land Bremen, solange es ABM gibt, dadurch erhebliche Einnahmen in die Staatskasse erhalten hat, denn für diese Beschäftigungsverhältnisse werden doch ganz normal Steuern, Lohnsteuern und indirekt auch Verbrauchsteuern gezahlt. Ich veranschlage den Landesanteil, Sie bekommen ja nicht 100 Prozent der Lohnsteuer, sondern nur etwa 30 Prozent, die durch ABM finanziert werden, jährlich mit etwa acht bis zehn Millionen DM, und richtig ist es doch wohl, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der ABM-Komplementärmittel, die Sie immer als Eigenleistung, als Komplementärmittel des Landes ausgeben, indirekt wieder über ABM und Bonn beziehungsweise Nürnberg finanziert wird. Wenn das Ausplünderung ist, wenn das Sanierung des Bundeshaushalts auf Kosten der Arbeitslosen sein soll, dann verstehe ich die Welt nicht mehr!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Natürlich machen wir uns auch Gedanken, was getan werden sollte und könnte, um bei reduzierten Finanzmitteln durch Umschichtung oder Umstrukturierung besonders die freien Träger weiterhin zu stützen. Wir legen in Zukunft besonderen Wert darauf, daß nicht nur über ABM geredet wird, sondern daß im Zusammenhang von Arbeitsförderung und Leistungsarten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung gemeinsam behandelt werden. Wir sehen hier ein Mißverhältnis: Umschulung stiefmütterlich behandelt, ABM unseres Erachtens in Teilen zu großzügig! Wir stimmen hier mit der Arbeitsverwaltung überein, die vor kurzem in einem Papier gesagt hat, entsprechend dem Handlungsleitfaden der Bundesanstalt für Arbeit müsse künftig bei allen Gesprächen mit Trägern immer wieder deutlich gemacht werden, daß das Arbeitsmarktinstrument ABM, und ich füge hinzu, auch Full nicht in erster Linie der Durchführung bestimmter Projekte, sondern den Menschen zu dienen hat, die wegen ihrer Vermittlungsdefizite besonderer Hilfe bedürfen. Dem können wir uns als CDU nur anschließen. (C)

Dabei muß das Mißverhältnis, auch darauf ist hingewiesen worden, zwischen den sogenannten hochbezahlten Fachvermittlungsdiensten, andere sagen, Akademiker, und den Unterprivilegierten und auch zuwenig berücksichtigten benachteiligten Arbeitslosen korrigiert werden. Es geht nicht an, daß über die Fachvermittlungsdienste 28,2 Prozent in AB-Maßnahmen vermittelt werden, aber nur 4,6 Prozent aus dem Bereich der Schwerbehinderten und nur sechs Prozent aus dem Bereich der älteren Arbeitslosen. Das ist ein Mißverhältnis, das muß korrigiert werden! Der Erfolg kann dabei im Endeffekt sein, daß bei reduzierten Mitteln, weil es dann nicht mehr so viele hochbezahlte ABM-Stellen gibt — ich gönne den Leuten das, verstehen Sie mich bitte richtig! —, daß wir mit eventuell reduzierten Mitteln die gleiche Zahl von Menschen, allerdings eine andere Schicht von Arbeitslosen, in ABM einbringen können. Ich will das nur einmal kurz und verständlich darstellen, das hat der Senatsdirektor Dr. Hoppensack Ende 1988 bereits getan, es sei nicht nötig, jedem ABM-Beschäftigten einen Sozialpädagogen auf die Füße zu stellen. (D)

(Bürgermeister W e d e m e i e r: Wahrscheinlich hatten Sie den gefordert — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist beendet!

Abg. **Urban** (CDU): Darf ich noch eineinhalb Minuten reden, Herr Präsident? Für die Öffentlichkeit will ich noch darauf hinweisen, daß über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht Politik, Bürgerschaft oder Senat entscheiden, sondern ganz autonome Vergabeausschüsse bei den Arbeitsverwaltungen, damit haben wir nichts zu tun. Auf die Konsequenzen der Neuordnung für den öffentlichen Dienst ist bereits hingewiesen worden. Wir haben hier im öffentlichen Dienst, weil wir ja auch die Mittel haben, in der Vergangenheit so viele Projekte gefördert, die in der Tat Pflicht- und Regelaufgaben waren, und Sie geben ja selbst zu, Herr Bürgermeister, daß Sie davon Abschied nehmen müssen. Allerdings wird das personelle und materielle Konsequenzen in Ihrem Bereich haben.

Ich wiederhole meine Feststellung aus der letzten Pressekonferenz: Wir müssen uns auch über den Nutzen und über die Kosten Gedanken machen. In

(A) der Vergangenheit bin ich ja immer dann kritisiert worden und angegriffen worden, wenn ich offizielle Zahlen und Darstellungen des Senats verwandt habe, so schlecht können die doch eigentlich nicht gewesen sein. Wir haben deswegen noch immer nicht verstanden, warum die SPD vor Jahresfrist abgelehnt hat, eine bessere Unterrichtung und auch Kontrolle der einzelnen Drittmittelmaßnahmen, nicht nur ABM, sondern auch EG-Sozialfonds, durch die Deputationen zuzulassen. Es wird leider wieder einmal vieles in einer Grauzone bleiben, aber wir sind der Meinung, mitgestalten kann man doch eigentlich nur, wenn man gut informiert ist. Warum hat eigentlich, Sie konnten diese Sitzung nicht wahrnehmen, warum hat eigentlich die SPD-Mehrheit in der letzten Deputationssitzung eine Sondersitzung zu diesem ganzen Komplex abgelehnt? Auch das habe ich nicht verstanden, aber wir werden uns die Einzelheiten der Drittmittelkontrolle dann aus anderen Quellen verschaffen.

Zum Abschluß nur ein Wort zum Antrag der GRÜNEN, da mag natürlich die eine oder andere Wahrheit enthalten sein, besonders, was den Schluß Ihres Antrags, Herr Tiefenbach, das Verhältnis öffentlicher Dienst und freie Träger, anbelangt, aber wir müssen den Gesamtantrag wegen der unqualifizierten Angriffe gegen den, der Bremen am meisten hilft, zurückweisen und ablehnen. — Herzlichen Dank!

(B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Urban, wir können über Zahlen von früher und heute lange reden, müssen dann allerdings beachten, daß die Arbeitslosenquote früher nicht ganz so hoch war wie heute, dramatisch hoch genug war sie schon.

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: In Bremen!)

Überhaupt! Ich will jetzt nicht polemisieren, aber wenn Sie so anfangen, kann ich das auch! Wir haben heute 450 000 Arbeitslose mehr als zum Zeitpunkt der Wende, das wollen wir nur noch einmal sagen.

(Abg. U r b a n [CDU]: Wieviel Arbeitsplätze mehr?)

Ja, das ist das Problem! Wir haben Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik mehr, das heißt Wachstum seit Jahren zu verzeichnen, das geht an den Arbeitslosen vorbei, das ist doch unser Problem, das müssen Sie doch einmal begreifen!

(Beifall bei der SPD)

Erfolg drückt sich doch nicht nur in Wachstumsraten aus, sondern auch darin, daß man für Menschen etwas tut. Ich will das gar nicht differenzieren zwischen den Parteien, wir haben es gemeinsam nicht geschafft, das Wachstum umzusetzen in eine niedrigere Arbeitslosenquote, das ohne Vorwurf, nur als Feststellung! Insofern geht es, wenn wir Kürzungen zu verzeichnen haben bei der Bundesanstalt für Arbeit — und ich werfe das überhaupt nicht der Bundesanstalt für Arbeit vor, man darf es wahrscheinlich noch nicht einmal Herrn Blüm direkt vorwerfen, ich sage auch immer, die Bundesregierung, die ihn ja auch dazu zwingt, ich glaube nicht, daß er das aus Jux und Tollerei macht —, dann in der Tat gegen die Arbeitslosen. (C)

Die Beispiele liegen auf der Hand! Wir hatten in Bremen im Jahresdurchschnitt 1988 4400 AB-Maßnahmen und ungefähr 7400 Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung, und es ist völlig klar, das die im schlimmsten Fall jeweils ungefähr um bis zu 1000 zurückgehen, das heißt, daß 1000 Arbeitslose weniger die Möglichkeit haben, über eine AB-Maßnahme wieder eingegliedert zu werden, daß 1000 Arbeitslose weniger zusätzlich eine Gelegenheit haben, sich über Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zu qualifizieren. Ich glaube, daran sollten wir uns nicht vorbeilügen.

Wenn Bremen in der Vergangenheit — Sie haben das richtig dargestellt, Herr Urban — nicht nur die 120 Millionen DM Sockelbetrag ausgenutzt hat, sondern bis zu 40 Millionen, 60 Millionen DM Nachschlag erhalten hat, dann liegt das daran, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsressort in Bremen mit großer Kreativität alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, die sich ihnen geboten haben, das muß man an dieser Stelle auch einmal sagen. (D)

(Beifall bei der SPD)

In einem gebe ich Herrn Blüm übrigens recht, nämlich in der Frage der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen innerhalb der Betriebe. Es kann in der Tat nicht sein, daß der Steuerzahler den Unternehmen ihre Verpflichtung, die eigene Belegschaft fortzubilden und auch umzuschulen, notfalls abnimmt. Da hat er recht! Bei allen anderen Fragen, denke ich, müssen wir uns weiter auseinandersetzen.

Ich danke Herrn Kuhnert dafür, daß er vom Bremer Vorbild gesprochen hat. Es ist in der Tat ein Bremer Vorbild, was wir auf dem Gebiet der AB-Maßnahmen und der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen geleistet haben. Sie können sicher sein, daß es in Zukunft keine undifferenzierte Vergabe geben wird. Richtig ist selbstverständlich — weil auch andere Arbeitsamtsbezirke, wie Sie das gesagt haben, die Möglichkeiten gar nicht so ausgeschöpft haben, wie das hier in Bremen und Bremerhaven-Wesermünde gewesen ist —, daß natürlich mehr Anträge in der Vergangenheit bewilligt werden konnten und man nicht so genau hinschauen mußte, wie das in Zukunft nötig sein wird. Da haben Sie recht!

Ich verstehe Sie nicht ganz, wenn Sie sagen, Sie wehrten sich gegen die Reduzierung im öffentlichen Dienst gegenüber den freien Trägern. Warum habe

(A) ich das gesagt? Weil die Bundesanstalt und auch die Landesarbeitsämter natürlich darauf setzen, daß der öffentliche Dienst Komplementärmittel, die jetzt erforderlich sind, zur Verfügung stellen kann, und zwar in einem größeren Ausmaß, als das freie und private Träger können! Wenn also das Arbeitsamt bei Maßnahmen des öffentlichen Dienstes sagt, wir fördern zu 60 Prozent oder zu 75 Prozent, dann ist das ja nicht unsere Entscheidung. Herr Kuhnert, Sie haben darauf hingewiesen oder Herr Urban, daß es die Entscheidung des Arbeitsamtes, unabhängiger Gremien sei, wenn sie sagen — und das zeichnet sich ja ab — 60 beziehungsweise 75 Prozent Förderung bei AB-Maßnahmen des öffentlichen Dienstes, dann wissen sie warum, weil sie da Komplementärmittel abfordern können, während das bei privaten und freien Trägern so einfach nicht ist. Richtig ist auch, daß wir in Zukunft nicht mehr alles, was in der Szene der freien und privaten Träger gefördert worden ist, weiterhin werden fördern können. Ich komme darauf noch einmal zurück.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Wedemeier: Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Urban!

(B)

Abg. **Urban** (CDU): Herr Bürgermeister, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie davon ausgehen, daß im öffentlichen Dienst künftig nur die Personalkosten zu 60 Prozent gefördert werden?

Bürgermeister Wedemeier: Bis 75 Prozent!

Abg. **Urban** (CDU): Wie ist es dann dazu gekommen, daß in der letzten Deputationssitzung alle AB-Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes mit 90 Prozent gefördert werden sollten?

Bürgermeister Wedemeier: Dafür bin ich auch sehr dankbar, aber wir bewegen uns auf eine Situation hin, nach den Beschlüssen jetzt Ende Februar beim Landesarbeitsamtsbezirk, daß das wohl zu den Ausnahmen in diesem Jahr gehören wird, das wissen Sie!

(Abg. U r b a n [CDU]: In diesem Jahr?)

Ich kann noch nicht einmal den Arbeitsämtern oder der Bundesanstalt daraus einen Vorwurf machen, daß die Mittel schon gekürzt werden, dafür kann ja die Bundesanstalt nichts, da muß sie Prioritäten setzen. Wenn dann gesagt wird, im öffentlichen Dienst könnt ihr die Komplementärmittel eher bereitstellen, als das bei freien und privaten Trägern der Fall ist, dann verstehe ich das, und ich denke, dann soll man sich darauf auch einlassen.

Das Problem der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Urban, ist aber nicht, Sie haben auf die vier Milliarden DM Bundeszuschuß hingewiesen, daß sie mit ihren Mitteln allein nicht klarkommt. Natürlich, es wird immer erforderlich sein, ich denke, warum eigentlich auch nicht, Bundeszuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung zu stellen. Da Milliarden hineinzupumpen ist sicherlich sinnvoller, als bei manch anderen Projekten Milliarden auszugeben. Das Problem der Bundesanstalt für Arbeit ist auch, daß Aufgaben auf die Bundesanstalt für Arbeit gewälzt worden sind, die eigentlich in diese Bundesanstalt nicht gehören. Ich erinnere an die Aussiedler, ich erinnere an das Benachteiligtenprogramm! Das sind ja Dinge, die früher nicht von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert worden sind, die aber heute von ihr finanziert werden müssen. (C)

Herr Tiefenbach, wir wollen es ja möglichst kurz halten, nun zu dem, was Sie gesagt haben! Die eigentliche Debatte, das hat sich ja bei allen Debattenrednern gezeigt, sollte im April stattfinden, wenn der Nachtragshaushalt besprochen wird. Wir wissen inzwischen, Herr Kuhnert, sehr genau, Sie haben die Zahlen wahrscheinlich aus Hannover auch, sie waren ja auch in der Presse heute zu lesen, wieviel Prozent welcher Maßnahmen mit wieviel Prozent der Bundesanstalt gefördert werden. Um eines klar zu sagen, Herr Tiefenbach, Sie haben ja schlicht und einfach verlangt, daß alle privaten und freien Träger in den Maßnahmen abgesichert werden und daß das Land Bremen schlicht die Differenz bezahlt zwischen der Förderung des Arbeitsamtes und dem, was notwendig ist. Es ist hier schon darauf hingewiesen worden, es werden eben nicht mehr alle Maßnahmen bei privaten Trägern vom Arbeitsamt gefördert werden können. Es sind Schwerpunkte gesetzt worden, und diese Schwerpunkte, denke ich, sollten wir auch übernehmen: Schwerbehinderte, Langzeitarbeitslose und Jugendliche! (D)

Hier ist auf das Problem des Anteils der Akademikerstellen hingewiesen worden, wenn auch in einer Weise, die ich nicht teilen kann. Ich wehre mich dagegen, einen Unterschied zu machen im Grad der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwischen Akademikern und Nichtakademikern.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, das ist nicht angemessen! Akademiker sind genauso Opfer der Arbeitslosigkeit wie andere auch.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Nur keine Privilegien, Herr Bürgermeister!)

Ich weiß nicht, ob ein arbeitsloser Akademiker, der eine ABM-Stelle hat, ein besonderes Privileg hat, ich kann das nicht sehen, zumal man hinzufügen muß, daß ja Akademiker, die ABM-Stellen haben, in der Regel in Projekten beschäftigt sind, in denen sie anderen schwervermittelbaren Jugendlichen, ande-

(A) ren Arbeitslosen helfen, ihre Situation zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann ich nicht nur mit gleichermaßen Betroffenen, dafür brauche ich ausgebildete Leute. Ich will das nicht ausweiten jetzt. Richtig ist, der Anteil ist zurückgegangen, der Anteil ist rechnerisch höher bei den Arbeitslosen, aber selbst sie leisten auch in diesen Projekten etwas ganz Besonderes für ebenfalls Mitbetroffene. Deshalb, denke ich, ist es nicht an der Zeit, hier über Akademiker herzuziehen. Ich darf mir diese Bemerkung erlauben, weil ich keiner bin, wie Sie wissen.

(Abg. Jäger [FDP]: Es hat keiner hergezogen!)

Ja, aber es ist hier doch so darüber geredet worden, daß das draußen mißverstanden werden könnte, ich will mich einmal vorsichtig ausdrücken. Aber, Herr Tiefenbach, gerade da sehe ich jetzt ein Problem, weil eben gerade Akademikerstellen in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr in der Weise gefördert werden sollen, wie das bisher der Fall war, und wir können nicht jede AB-Maßnahme bei freien und privaten Trägern einfach subventionieren.

Hier ist von Herrn Urban und von Herrn Kuhnert über Konzepte gesprochen worden, wir werden uns schon Gedanken darüber machen müssen, welche (B) Prioritäten wir neben denen, die das Arbeitsamt gesetzt hat, setzen. Da fallen auch einige heraus, die bisher, weil die Mittel vorhanden waren und wir, wie gesagt, beide Augen zudrücken konnten, ihre Gelder bewilligt bekommen haben.

Was überhaupt nicht geht, ich will hier gar nicht darum herum reden, ist, daß wir Stammpersonal, das freie und private Träger zur Verfügung stellen sollen, durch mit Haushaltsmitteln finanziertes ersetzen. Das sind in der Tat schlicht Stellen des öffentlichen Dienstes, verwaltet durch freie und private Träger. Unsere Idee ist ja das Arbeitsförderungszentrum, um diese Bedingung, auf die Sie da anspielen, nach der neunten AFG-Novelle zu erfüllen, das den vielen kleinen privaten Trägern, die das allein nicht können, bei der Organisation und Verwaltung helfen soll. Aber Stammkräfte werden von uns nicht bezahlt und auch nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies muß in Kooperation mit anderen privaten Trägern und mit dem Arbeitsförderungszentrum passieren.

Interessant fand ich Ihre Bemerkung, daß Sie für die Übertragung von AB-Maßnahmen des öffentlichen Dienstes auf private und freie Träger sind. Vor gar nicht so vielen Monaten hätten Sie wahrscheinlich von einer Privatisierung gesprochen. Wir haben das ja immer anders gesehen.

Ein besonderes Problem, meine Damen und Herren, kommt bei der Weiterbildung auf uns zu — auch das ist schon angesprochen worden —, weil hier eine Kann-Bestimmung auch einen Teil der Arbeitslosen aus der Möglichkeit ausgrenzt, sich über Fortbildung (C) und Umschulung qualifizieren zu können. Wir werden auch da versuchen, durch zwei Millionen DM, über die zur Zeit ja im Haushaltsausschuß beziehungsweise in der Finanzdeputation diskutiert wird, Vor-Qualifizierung auch in Zukunft zu sichern, um Arbeitslosen, die bei der normalen Auswahl jetzt gar nicht in Qualifizierungsmaßnahmen hineinkommen, hinein bringen zu können.

Insgesamt glauben wir — Herr Kuhnert, ich denke, da wir beide die Zahlen ja haben, die dort beschlossen worden sind vor ein paar Tagen, dies hier so sagen zu können —, daß wir den rechnerischen Verlust, der sich ja von 4400 auf 3300 AB-Maßnahmen jahresdurchschnittlich ergeben würde, vermeiden können und 1989 nicht die gleiche Zahl erreichen werden, die wir 1988 erreicht haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn das gelingen würde, und würde dies auch bei den entsprechenden Stellen, Herr Urban, die mitgeholfen haben, dies zu erreichen, zum Ausdruck bringen. Aber ich glaube, daß wir bei vielleicht 3700 liegen werden. Wenn uns das gelingt, dann haben wir angesichts der Gesamtsituation im Bundesgebiet schon viel erreicht.

Das besagt aber noch lange nicht, daß ich nicht weiterhin kritisiere, daß ausgerechnet an dieser Stelle — wo sicherlich auch bei AB-Maßnahmen Mißbrauch getrieben worden ist, das will ich gar nicht abstreiten —, angesichts der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit trotz der Konjunkturlage nicht zurückgehen wird, eben das Wirtschaftswachstum keinen (D) Einfluß auf die Arbeitslosigkeit hat, die Bundesregierung meint, ausgerechnet in dem Haushaltsbereich, wo es die Schwächsten trifft, einsparen zu müssen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. **Kuhnert** (FDP)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Wedemeier, ich gebe Ihnen ja vollkommen recht, daß wir an die Bewilligung von ABM-Stellen in Zukunft differenziert herangehen, und zwar da, wo es wirklich um die Sorge unserer jugendlichen Arbeitslosen und der benachteiligten Gruppen geht, die uns vielleicht, wenn wir sie nicht betreuen, viel mehr Geld kosten. Darüber sind wir uns einig.

Nur, Sie haben gesagt, nach der Wende gab es nicht so viele Arbeitslose. Seit 1973, das haben Sie ja verfolgt, haben wir immer wieder Debatten über die Arbeitsmarktsituation in Bremen geführt. Nun kann man ja nicht sagen, nach der Wende habe diese Bundesregierung nicht genug getan. Genug Geld können wir nie haben, wir können so viel gebrauchen, wie es nur geht. Nur, zur Erinnerung, Herr Bürgermeister, Sie kennen die Zahlen genau! 1984 hat

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Bremen 80 Millionen DM bekommen, 1985 96,9 Millionen DM, 1986 183 Millionen DM, 1987 176 Millionen DM und 1988 179 Millionen DM.

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

Von diesen 179 Millionen DM, und das ist unsere Sorge, Herr Bürgermeister, entfallen 105 Millionen DM auf die ABM-Stellen der Akademiker, nämlich 60 Prozent der Mittel. Da Sie gerade die neuesten Zahlen angedeutet haben, kann ich Ihnen das ja einmal kurz vortragen. Sie wissen das ja ganz genau! Von den 660 Millionen DM des Landesarbeitsamtes Bremen/Niedersachen erhält die Hansestadt Bremen 93 Millionen DM, das heißt 30 Millionen DM weniger als 1988. Das Arbeitsamt Bremen ist damit das am meisten begünstigte Amt im gesamten Landesarbeitsamtbezirk und auch im Vergleich mit anderen Ländern in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der FDP)

Grob geschätzt sind 2700 ABM-Stellen zur Förderung vorgesehen. Davon soll in 1000 Fällen eine hundertprozentige Förderung möglich sein, in 500 Fällen eine neunzigprozentige Förderung. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz soll eine bevorzugte Förderung in nicht mehr als 15 Prozent aller Fälle erfolgen. Tatsächlich sind in Bremen 36 Prozent aller Fälle für eine privilegierte Förderung vorgesehen.
(B) Rechnet man die neunzigprozentige Förderung ebenfalls noch hinzu, kommt man auf gut 56 Prozent bevorzugte Förderung. Das ist eine absolute Privilegierung des Arbeitsamtes Bremen.

(Beifall bei der FDP)

Das muß man doch auch einmal sehen! Ich verstehe die SPD nicht, wenn sie hier immer nur kritisiert: Bonn tut zuwenig. Diese ganzen Jahre sind 180 Millionen DM in dieses Land geflossen, wir sind ja froh, wenn der Behördenapparat dafür gesorgt hat, daß die kommen,

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Das sind doch keine Gelder des Bundes!)

dann sollte man doch nicht sagen, wenn einmal etwas weniger kommt, nun sei die Bundesregierung menschenverachtend und verantwortungslos. Der Senat hat genauso seine Sorgen im Haushalt hier und muß Kürzungen vornehmen, die schmerzlich für ihn und für uns alle sind. Darüber regen Sie sich nicht auf, nur wenn wirklich dann einmal die Bundesregierung notwendige Maßnahmen ergreift, damit bestimmte Projekte gesichert werden, dann paßt Ihnen das nicht!

(Beifall bei der FDP)

Einen Satz noch von Herrn Domino beim Arbeitsamt Bremen, ich habe mit ihm gesprochen! Nach seinen Aussagen ist auch eine erheblich größere Zahl (C) vom ABM-Stellen denkbar, wenn eine grundsätzliche Kehrtwende von der Akademiker- zur gewerblichen ABM-Förderung erfolgen sollte. Das ist unser Anliegen, und wir bitten Sie darum, diesen Weg schrittweise zu gehen! — Danke!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Urban.

Abg. **Urban** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wäre viel zu erwidern, aber ein Mann, ein Wort! Ich habe der Frau Präsidentin avisiert, nur eine Minute zu reden, also bleibt es dabei. Herr Bürgermeister, nur ein Wort zu den vier Milliarden DM Bundeszuschuß! Da sagen Sie, die sachfremden Ausgaben für die Aussiedler, für die Benachteiligten-Programme, damit sei das Geld verbraucht. Ich will über Solidarität nicht reden. Das Aussiedlerprogramm Sprachförderung kostet 1,3 Milliarden DM, das Benachteiligtenprogramm 800 Millionen DM, macht summa summarum 2,1 Milliarden DM. Für die große Masse der Arbeitslosen gibt es als Bundeszuschuß dann immerhin noch 1,9 Milliarden DM.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat (D) das Wort der Abgeordneter Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Wedemeier, Sie haben gesagt, Sie wollten die Schwerpunkte, die das Arbeitsamt setzt, im wesentlichen übernehmen. Ich habe in meinem ersten Beitrag versucht darzustellen, daß das in der Tat, für den Projekt- und Selbsthilfebereich in Bremen ganz erhebliche Einschnitte bedeutet, weil das Arbeitsamt Schwerpunkte setzt, bei denen dieser Bereich besonders betroffen wird. Von daher haben wir die Forderung aufgestellt, Stammkräfte aus Landesmitteln zu bezahlen, wobei wir der Meinung sind, zum Überleben der einzelnen Träger sollte erst einmal mindestens eine Stammkraft aus Landesmitteln bezahlt werden. Ich weiß nicht, warum das eine unmögliche Forderung sein soll. Das Land stellt Komplementärmittel für Sachausgaben zur Verfügung, und es spricht sachlich nichts dagegen, auch einen Komplementärmitteltopf für Personalausgaben einzurichten. Ein bloßer Aufstockungsfonds löst doch bei vielen Projekten überhaupt nicht das Problem. Wenn ein Projekt gar keine ABM-Stellen mehr bewilligt bekommt, dann nützt natürlich dieser Aufstockungstopf überhaupt nichts, denn wo nichts bewilligt ist, ist auch nichts aufzustocken. Dieses grundsätzliche strukturelle Problem kann doch nur gelöst werden, indem das Land nach eigenen Kriterien Personalmittel vergibt. Ich finde das legitim, weil zum Teil ein-

(A) fach Aufgaben des öffentlichen Dienstes von diesen Projekten übernommen werden.

Noch einmal zum Thema öffentlicher Dienst! Wir haben gesagt, wir sind der Auffassung, daß Regelaufgaben des öffentlichen Dienstes in großem Umfang bisher durch ABM-Stellen abgedeckt wurden. Wir sind nicht für eine Privatisierung des öffentlichen Dienstes, sondern wir sind dafür, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst zurückgefahren werden, damit freie Träger verstärkt ABM durchführen können, was für uns aber heißt, daß im öffentlichen Dienst Regelaufgaben wieder durch fest Eingestellte abgedeckt werden müssen.

Ich möchte noch einmal zu dem Vortrag von Herrn Kuhnert etwas sagen. Herr Kuhnert, Sie haben in Ihrem ersten Beitrag ausgeführt, wie stark die Schere zwischen Beschäftigungen mit und ohne AB-Maßnahmen inzwischen auseinanderklafft. Ohne Zweifel richtig, aber gerade daraus läßt sich doch die Wichtigkeit von ABM ableiten! Also gerade, wenn Sie das so darstellen, ist es doch um so unverantwortlicher, daß die Bundesregierung über diesen Sparhaushalt der Bundesanstalt für Arbeit nun die ABM zurückfährt. Sie haben doch selbst die Wichtigkeit hier dargestellt. Dann kritisieren Sie bei diese Schere, daß das Land zuwenig Beschäftigungspolitik gemacht hätte, und sagen, von daher klaffe das jetzt so weit auseinander. Genau aufzuheben, in diese Richtung zielt doch unser Antrag. Wir sagen, wenn jetzt bei Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit zurückgefahren werden muß, dann soll das Land da doch verstärkt einsteigen. Aber Sie kritisieren das dann wiederum gleichzeitig als Unterlaufen des Einstellungsstopps. Also, da weiß ich wirklich nicht mehr, in welche Richtung Sie sich eigentlich dabei orientieren. (B)

Daß die Schere überhaupt so groß geworden ist, hängt doch auch damit zusammen, daß das Land den Einstellungsstopp nur in dieser Form durchhalten konnte, weil in der Tat zahlreiche Aufgaben, die eigentlich der öffentliche Dienst hätte erledigen müssen, über diese Projekte abgewickelt wurden. Was wir jetzt fordern, ist nichts anderes, als daß wir sagen, wenn keine andere Finanzierung mehr möglich ist, dann soll also auch da wieder das Land mit öffentlichen Mitteln diese Arbeit finanzieren.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Mir ist bei Ihrem Beitrag überhaupt nicht klargeworden, welches Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eigentlich die FDP hat. Sie stellen hier immer wieder dar, wie sehr Bremen privilegiert sei im Gegensatz zu anderen Bundesländern, aber es kann doch nicht der Vergleichsmaßstab sein, wieviel mehr ABM Bremen abzieht verglichen mit den anderen Bundesländern.

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Ja, bitte! (C)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Kuhnert!

Abg. **Kuhnert** (FDP): Herr Tiefenbach, ist Ihnen bekannt, daß dieser Tagesordnungspunkt sich mit Kürzungen bei AB-Maßnahmen beschäftigt und daß ein Konzept oder ein Tagesordnungspunkt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Lande Bremen oder Arbeitsmarktpolitik ein anderes Thema ist? Es hängt zusammen, aber wir werden uns wohl darüber noch in diesem Hause unterhalten können, denn Sie können ja nicht sagen, die FDP habe kein Programm, denn das kann ich in 15 Minuten ja nicht — —.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Keinen Diskussionsbeitrag, eine Frage stellen!

Abg. **Kuhnert** (FDP): Ist Ihnen das bekannt, daß das so ist?

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Es fällt mir jetzt ein bißchen schwer, diese Frage zu beantworten. Ich bin schon der Meinung, daß natürlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Arbeitsmarktpolitik gesehen werden müssen, und wenn Sie ABM ablehnen und Kürzungen bei ABM verteidigen, dann fragt man sich natürlich, was denn Ihre Alternative in der Arbeitsmarktpolitik ist, und das fehlt mir. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben hier noch einmal dargestellt, was auch die CDU immer wieder vorträgt, ABM, FuU sollen ausgerichtet sein auf den ersten Arbeitsmarkt. Die sollen also den Übergang in reguläre Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen. Also, man fragt sich, ob Sie eigentlich Zeitung lesen. Es ist allgemein bekannt, daß die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik so gut ist wie schon lange nicht mehr oder wie sie eigentlich noch nie war. Trotzdem schleppen wir einen Riesensockel von Arbeitslosen mit. Das Verhältnis von Arbeitssuchenden zu freien Stellen ist in Bremen fünfzehn zu eins. Da kann man doch nicht einfach immer nur davon ausgehen, es muß der Übergang zum ersten Arbeitsmarkt organisiert werden, das funktioniert doch offensichtlich nicht, sondern das Problem ist doch gerade, daß in so einer Situation zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden muß, und das ist unseres Erachtens möglich durch ABM.

Sie haben hier natürlich auch das Thema Akademiker angesprochen. Akademiker seien privilegiert auf dem Arbeitsmarkt. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, auf welche Schichten oder Gruppen von Akademikern sich das bezieht. Also, die Akademiker, mit denen ich zu tun habe, sind arbeitslose Lehrer, arbeitslose Sozialpädagogen, arbeitslose Soziologen und so

(A) weiter. Die haben so gut wie keine Chance, eine Arbeitsstelle zu bekommen, und die Leute tun sich zusammen, machen ein Projekt, beispielsweise Förderunterricht für benachteiligte Kinder, beispielsweise Betreuung von Ausländern, beispielsweise Kulturarbeit in sozialen Brennpunkten. Die tun sich zusammen, üben eine sinnvolle Beschäftigung aus in diesem Zustand der Arbeitslosigkeit, machen sinnvolle Projekte, und wir fordern, daß diese Ansätze erhalten bleiben. Sie brechen jetzt aber zusammen, und was wir fordern, ist, daß die Finanzmittel bereitgestellt werden, um sie zu erhalten. Wenn Sie immer nur die finanzielle Seite sehen bei dem Problem, dann sollten Sie doch auch offen dazu stehen, daß Sie dafür sind, daß diese Projekte zusammenbrechen und daß Sie der Meinung sind, daß solche Projekte in Bremen überflüssig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kahrs.

Abg. Frau **Kahrs** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Urban, Sie haben ja eines sehr richtig gesagt, Sie haben die Bundesanstalt für Arbeit einen Reparaturbetrieb genannt. Genau das ist es, die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ist ein Reparaturbetrieb!

(B) (Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung reagiert nicht flexibel auf veränderte Bedingungen. Wir wissen nun schon seit Jahren, daß die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, und wir wissen, daß jetzt und in Zukunft die Frauen verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen. Da muß man mehr tun als nur reparieren, damit kommen wir zukünftig nicht mehr zurecht, und deshalb sind neue Konzepte gefragt. Ich will jetzt aber noch auf zwei andere Punkte eingehen. Einmal auf die Kritik, es gäbe zuviel ABM im öffentlichen Dienst! Das mag so sein!

(Abg. U r b a n [CDU]: Ist so!)

Nur, es war die einzige Chance, zunächst ABM-Stellen im Lande Bremen anzubinden, anders wären sie nicht hierhergekommen und hätten diese Region nicht entlastet und hätten nicht die Mittel in diese Region gebracht. Das war schlicht das Nötige, und meines Wissens ist es auch von allen mitgetragen worden. Nun kann man sich nicht hinstellen und bruchartig eine totale Veränderung verlangen. Daß wir dort langsam heruntergehen werden, denke ich, ist auch einvernehmlich hier in allen Fraktionen.

Zu den Akademikern möchte ich sagen: Es ist sicherlich nicht angemessen, sie überproportional zu fördern, aber wir dürfen eines nicht vergessen, kein Projekt kann nur mit Arbeitnehmern im gewerblichen Bereich leben, ohne daß einige Leute da sind, die auch die Anleitung übernehmen und die dafür sorgen, daß eine angemessene Betreuung erfolgt. Deshalb denke ich, daß wir da einen ausgewogenen Weg finden werden, der dann auch eine angemessene Berücksichtigung arbeitsloser Akademiker beinhaltet. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/440 Neufassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, FDP und Abg. A l t e r m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, möchte ich nicht versäumen, den Stadtrat Ackerl aus Linz, Österreich, zu begrüßen. (D)

(Beifall)

Er hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Bremen auf. Herzlich Willkommen aus dem schönen Linz!

Meine Damen und Herren, wir haben uns interfraktionell darüber verständigt, daß wir heute nachmittag Punkt 42 als ersten beziehungsweise sobald wir die Beratung des vor der Mittagspause eventuell unterbrochenen Tagesordnungspunktes abgeschlossen haben, behandeln. Somit wäre jetzt Punkt 42 aufzurufen: Wahl von Mitgliedern der Bundesversammlung.

Wer dafür ist, daß wir diesen Punkt jetzt vornehmen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung

Die Bremische Bürgerschaft hat nach der im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Bekanntmachung über die Zahl der von den Volksvertretungen der

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung fünf Mitglieder zu wählen. Das Wahlverfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung. Nach Paragraph 4 Absatz 3 dieses Gesetzes werden, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, was der Fall ist, die Sitze den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt. Die Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Namen auf den Vorschlagslisten zugewiesen.

Ihnen liegen drei Listen vor. Die erste Liste ist von den Fraktionen der SPD und CDU gemeinsam eingebracht worden und enthält acht Bewerber. Die von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachte zweite Liste enthält ebenfalls acht Bewerber. Die von der FDP-Fraktion eingebrachte dritte Liste enthält vier Bewerber.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich zur Klarstellung schon jetzt folgende Anmerkungen machen: Es liegen also drei Listen vor, von denen Sie nur eine Liste wählen können. Alle Listen sind nur auf einem Stimmzettel nach der Reihenfolge ihres Eingangs unter den Listennummern eins, zwei und drei aufgeführt. Wird also mehr als ein Kreuz auf dem Stimmzettel gemacht, ist der Stimmzettel ungültig. Wird keine Liste angekreuzt, gilt dies als Stimmenthaltung.

Es ist gemäß Paragraph 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung geheime Wahl beantragt worden. Es wurde
(B) ebenfalls verlangt, die geheime Wahl gemäß Absatz 5 der genannten Bestimmung in Kabinen vorzunehmen. Soviel also zum Wahlverfahren!

Die Beratung über die Wahlvorschläge ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist ja nun eine Debatte und ein Wahlvorgang, mit dem so nicht unbedingt zu rechnen war. Wir haben uns erlaubt, die offenbar zur Selbstverständlichkeit gewordenen Gepflogenheiten zu durchbrechen, die sich in dem gemeinsamen Wahlvorschlag von SPD und CDU ausdrücken, und zwar aus zwei Gründen. Erstens waren wir überhaupt nicht damit einverstanden, daß ohne jede Debatte und ohne jede Beratung mit den kleineren Oppositionsfraktionen es SPD und CDU offensichtlich in ihrer Machtvollkommenheit als selbstverständlich angesehen haben, die fünf Plätze, die die Bürgerschaft zu wählen hat, unter sich aufzuteilen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

also genau jene Art von Parteienproporz zu praktizieren, den gestern die CDU in der Diskussion um den Rechnungshof eingefordert hat, und ich vermute, daß die CDU gerade deshalb sich gut bedient gefühlt hat, weil sie hier von der größten Fraktion von vornherein berücksichtigt wurde. Der zweite Grund aber, weshalb wir damit nicht einverstanden waren, bezieht sich auf die Kriterien, nach denen dieser Wahlvorschlag von SPD und CDU zusammengesetzt ist. Wenn Sie unseren Alternativvorschlag bedenken, dann werden Sie finden, daß wir uns auch nach ganz anderen Gesichtspunkten orientiert haben bei den Personen, die wir Ihnen vorschlagen. (C)

(Abg. K l a t t [SPD]: Ohne sie zu fragen!)

Das ist nur zum Teil richtig, und alle diese Personen haben für sich die Wahlfreiheit, einen Vorschlag, den sie sicher als ehrenvoll empfinden werden, anzunehmen oder nicht, dafür gibt es Ersatzkandidaten und -kandidatinnen.

(Abg. S c h m u r r [SPD]: Erst einmal müssen sie gewählt werden!)

Erst einmal müssen sie gewählt werden, in der Tat, darüber unterhalten wir uns jetzt! Wir haben Ihnen einen überparteilichen Kandidatenvorschlag gemacht, ganz bewußt! Sie werden darin niemanden finden, der sich durch ein grünes oder durch ein anderes Parteibuch primär auszeichnet und deshalb gewählt werden soll, weil er oder sie eine politische Funktion bekleidet. Wir haben Personen vorgeschlagen, die sich auf die eine oder andere Weise um Bremen als Gemeinwesen verdient gemacht haben und die ein buntes gesellschaftliches Spektrum repräsentieren, weil wir der Auffassung sind, daß auf dieser Bundesversammlung die bremische Bevölkerung repräsentiert sein soll

(Beifall bei den GRÜNEN) (D)

und das nicht ausschließlich in Gestalt der bremischen Parteien und ihrer Funktionsträger geschehen muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Parteien sind zwar Spezialisten für die öffentlichen Angelegenheiten, aber sie sollten sich die Illusion abgewöhnen, sie hätten ein Monopol auf die Repräsentation des öffentlichen Interesses.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie unseren Vorschlag ansehen, dann stehen alle diese acht Personen für ein Programm. Das fängt an bei der Alt-Bürgermeisterin Frau Mevissen, die wir ganz bewußt an die Spitze gestellt haben, und endet mit Herrn Warrelmann, der für ein bescheidenes Salär regelmäßig sein Leben riskiert, um die explosiven Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs zu entschärfen. Wir denken, daß es der Bürgerschaft gut anstünde, ein solches Spektrum an Persönlichkeiten als Vertreter der bremischen Bevölkerung zu dieser Bundesversammlung zu schicken. Unsere Leitlinie war eben nicht die Repräsentation der Parteien, und wir denken, daß angesichts der berechtigten Kritik an der Funktionärsdemokratie eine solche Geste der Öffnung politischer Entscheidungen für gesellschaftliche Initiativen und Personen, die

(A) sich einen Verdienst im gesellschaftlichen Leben erworben haben, der Bürgerschaft gut anstünde.

Ich verstehe sehr gut Ihre Unruhe, weil Sie das natürlich an einem zentralen Nerv trifft, nämlich in dem Anspruch der Selbstrekrutierung der Parteien, wenn es um solche gesellschaftlichen Funktionen geht, und dem wollen wir mit unserem alternativen Vorschlag entgegentreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Metz.

Abg. **Metz** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Interfraktionellen Besprechung lag nur eine Vorschlagsliste vor im Sinn des Paragraphen 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung. Von der Fraktion DIE GRÜNEN und von der Fraktion der FDP lag kein Vorschlag vor, und es wurde auch keine Kritik geübt. Herr Fücks, wir fühlten uns zu dem Zeitpunkt auch nicht gut bedient. Es gibt nämlich keine wie auch immer geartete Methode, aus diesem ganzen Verfahren eine Vertreterin oder einen Vertreter der CDU-Fraktion auszuschalten.

Dann kam gestern eine zweite Liste, von der Fraktion DIE GRÜNEN. Wir haben uns diese angesehen, und daraufhin habe ich gegenüber der SPD-Fraktion erklärt, daß wir bei der ursprünglichen Liste blieben, (B) der Liste, über der steht: „Von den Fraktionen der SPD und der CDU wird folgender Wahlvorschlag gemacht", und dann kommen die Namen.

Jetzt gibt es eine dritte Liste, sie ist sehr attraktiv, sie fängt mit dem Namen Metz an.

(Beifall bei der FDP)

Ich bedanke mich ausdrücklich! Das ist bestimmt gut gemeint, aber sehen Sie, meine Damen und Herren, wir hätten natürlich auch selbst als Fraktion die Möglichkeit gehabt, eine Liste vorzulegen, die hätte auch mit Metz oder mit Klein beginnen können, denn mit den Stimmen unserer Fraktion allein hätten wir in jedem Fall sichergestellt, daß diese Liste zumindest in einem Platz auch gezogen hätte. Wir machen das alles nicht, meine Damen und Herren, weil es einen gemeinsamen Vorschlag gibt.

Wenn wir nun schon auf einen eigenen Vorschlag, auf eine eigene Liste verzichten, Herr Jäger, dann werden Sie sicher dafür Verständnis haben, daß wir für die FDP-Liste auch nicht zur Verfügung stehen. Ich bitte Sie also, die Namen Klein und Metz aus diesem Vorschlag zu streichen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Gestern, meine Damen und Herren, hat es hier eine Debatte gegeben über die Besetzung zum Rechnungshof. Mein Kollege Klein hat sich sehr und zu Recht über bestimmte Praktiken im Zusammenhang (C) mit Verständigung innerhalb des Parlaments beklagt. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der FDP, um Verständnis dafür, wenn wir auch in Erinnerung an die gestrige Debatte bei der einmal von uns akzeptierten Liste bleiben und weder einer anderen Liste zustimmen noch eine eigene Liste vorlegen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will allerdings gern hinzufügen, Herr Jäger, Herr Fücks: Wenn von vornherein von verschiedenen Seiten in Erwägung gezogen worden wäre oder, ich sage es ganz offen, gemerkt worden wäre, um es einmal auf deutsch zu sagen, daß es hier verschiedene Möglichkeiten gibt, hätte ich und hätte meine Fraktion mit Sicherheit auch andere Lösungen für möglich und erwägenswert gehalten, ich will das ausdrücklich dazusagen!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Sie schenken der SPD einen Sitz!)

Bleibt eine letzte Überlegung, meine Damen und Herren! Ziel des ganzen Unternehmens ist es ja, einen Bundespräsidenten zu wählen, und auch hier gibt es für uns keinen Anlaß, aus diesem Grunde umzudenken, Herr Jäger! Ich gehe davon aus, daß nicht nur die CDU und die FDP, sondern auch die SPD, und das gilt auch für die SPD aus Bremen, Herrn von Weizsäcker zusammen mit uns zum Bundespräsidenten wählen wird. — Ich bedanke mich! (D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Jäger. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, ob nun die Namen auf der Liste gestrichen werden!

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dieser Frage geht es nach meiner Überzeugung um eine sehr grundsätzliche Frage dieses Hauses und des Parlamentsverständnisses schlechthin. Sie werden sich erinnern, daß wir zu Beginn dieser Legislaturperiode Debatten darüber geführt haben, wie man den Willen des Wählers bei der Bürgerschaftswahl 1987 in Gremien wie der Bürgerschaft selbst und von der Bürgerschaft abgeleiteten Gremien umzusetzen hat. Wir haben die, wie ich schon damals gesagt habe und wiederhole es heute, absurde Situation in Bremen, daß 50,5 Prozent der Wählerstimmen sich niederschlagen in 54 Prozent der Sitze im Parlament und bei den Fünfergremien in 80 Prozent der Sitze.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube nicht, daß irgend jemand, Frau Kollegin Fröhlich, der an einer repräsentativen Demokratie ein Interesse hat, eine solche Folge von 80 zu 20 Prozent für legitim erachten kann!

(Beifall bei der FDP)

(A) Weil Sie das ja wissen, meine Damen und Herren von der SPD, Sie wissen das ja, deshalb haben Sie ja auch — Kollege Dittbrenner ist heute nicht da, hat sich damals dafür auch hier akklamieren lassen — bei der Besetzung der Fünferausschüsse nach der Wahl drei für sich genommen, das sind immer noch respektable 60 Prozent bei 54 Mandaten, und haben zwei der Opposition überlassen. Die CDU hat aufgrund ihres Wahlergebnisses das Recht, das ihr niemand streitig gemacht hat, Herr Kollege Metz, bei fünfen einen zu benennen, und weil wir auch akzeptieren, daß die GRÜNEN mindestens das gleiche Recht haben wie wir, haben wir uns bei dieser Frage sehr einverständlich mit den GRÜNEN darauf geeinigt, daß in einem Fünferausschuß von den GRÜNEN nominiert wird und in einem von der FDP.

Eine zweite Bemerkung zum Verfahren, Herr Kollege Metz! Es ist nicht richtig, daß dies bei der Interfraktionellen Besprechung nicht problematisiert worden wäre — ich bitte andere Teilnehmer der Sitzung, das gegebenenfalls zu bestätigen —, ich habe in dieser Sitzung gefragt: Geht das nach d'Hondt vier zu eins? Da ist mir gesagt worden, ja! Das war die Antwort der beiden größten Fraktionen, die man so zusammenfassen kann: Wir haben uns geeinigt, wir bekommen unseren einen, wir akzeptieren, daß die SPD vier bekommt, und ihr beiden anderen seht zu, was ihr macht. Das war das Ergebnis!

(Abg. Metz [CDU]: Nein!)

(B) Herr Kollege Metz, das war faktisch das Ergebnis! Man muß ja hinzufügen, die Interfraktionelle Besprechung, Herr Kollege Metz, entscheidet ja nicht, wir entscheiden heute auf der Grundlage der Kenntnisse, die wir haben!

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, bei diesem Selbstverständnis beider großen Fraktionen, die sich ja, was den d'Hondt angeht, immer wechselseitig abstützen, auch das haben wir hier seit Jahren beklagt, bei diesem Verhältnis beider großen Fraktionen gab es natürlich eine Alternative, gemeinsam mit den GRÜNEN zu versuchen, einen Vertreter für diese Bundesversammlung zu benennen. Herr Kollege Fücks, Sie werden Verständnis dafür haben, wenn wir beklagen, daß vier Vertreter der SPD bei dieser Bundesversammlung das Bundesland Bremen repräsentieren, daß wir dann gewisse Probleme hatten, Frau Mevissen, die wir sonst sehr schätzen, das sage ich ausdrücklich hier, als den gemeinsamen Kandidaten zu akzeptieren.

Wir haben dann darüber nachgedacht, ob es jemanden gibt, der einerseits dem Anspruch der GRÜNEN, sich zu lösen vom schlichten Parteienproporzdenken, und der andererseits die Gewähr dafür bietet, eine Persönlichkeit zu sein, zu der wir uns uneingeschränkt bekennen können. Wir haben gemeinsam mit den GRÜNEN nach einer Persönlichkeit gesucht. Es ist in der Kürze der Zeit leider nicht gelungen, weil wir nicht wollen, daß jemand nominiert wird, der noch nicht einmal Gelegenheit hatte zu erklären, ob er dieses Mandat annehmen würde, ob er dafür zur Verfügung steht. Nur vor diesem Hintergrund ist das gescheitert. (C)

(Beifall bei der FDP)

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Kollege Metz! Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie für einen Vorschlag der FDP nicht zur Verfügung stehen, selbstverständlich werden Sie und der Kollege Klein von unserer Liste gestrichen, aber ich will Ihnen noch einmal das Umfeld beschreiben! Der Kandidat von Weizsäcker ist Angehöriger Ihrer Partei. Der Kandidat Richard von Weizsäcker ist Kandidat dieser Bundesregierung, dieser Koalition. Er hatte große Schwierigkeiten bei Ihrer Schwesterpartei CSU, er hatte sie nie bei uns. Wir geben Ihnen Gelegenheit, Herr Kollege Metz, dafür zu sorgen, daß ein weiterer Vertreter des Bundeslandes Bremen, der legitimiert ist aufgrund der Zusammensetzung dieses Parlaments und dem nicht der d'Hondt entgegensteht, wenn Sie es denn nicht wollen, für diesen Kandidaten von Weizsäcker, unserer gemeinsamen Bonner Koalition, nach Bonn entsandt wird.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Metz, die Chance haben Sie! Wenn Sie (D) der Meinung sind, das dürfen wir nicht tun, sondern wir müssen dazu beitragen, daß bei der SPD als der Regierung, zu der wir gemeinsam in Opposition stehen, fortgeschrieben wird, daß sie bei Fünfergremien 80 Prozent der Sitze zu besetzen hat, dann ist das Ihr Problem, das Sie nach meiner Überzeugung zu erklären haben!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Uhl.

Wir haben zur Kenntnis genommen, daß von der Liste drei die Namen Metz und Klein gestrichen sind.

Abg. Frau **Uhl** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Ich glaube, es sind nur einige wenige Anmerkungen notwendig, damit feststeht, wie die Haltung der SPD-Fraktion dieses Hauses zur Wahl der Mitglieder zur Bundesversammlung ist.

(Abg. Frau Dr. Hackstein [DIE GRÜNEN]: Phantasielos!)

Die Wahl der Mitglieder erfolgt, wie alle Fraktionen das in diesem Hause wissen, genauso nach d'Hondt wie auch die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft. Sie

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) alle wissen, daß genau nach diesem Stimmenverhältnis, den Machtverhältnissen entsprechend, auch die Deputationen, die Parlamentsausschüsse, die Ausschüsse und das Päsidium der Bürgerschaft zusammengesetzt werden. Deswegen ist es wichtig, das doch einmal festzuhalten, weil mit dieser Besetzung dann auch dem Wählerwillen sozusagen entsprochen wird.

Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß die durch die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft festgestellten Mehrheitsverhältnisse nicht durch opportunistisches Tun und billige Effekthascherei verbraten werden sollen!

(Beifall bei der SPD)

Außerdem, und dies ganz deutlich an die Adresse der GRÜNEN: ohne ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen, sie in diesen Wahlvorschlag aufzunehmen!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Hätten Sie sie doch einmal gefragt, das wäre etwas gewesen!)

Politische Machtverhältnisse, Herr Kollege Fücks, sind immer dann besonders schwierig festzuhalten beziehungsweise geraten leicht dann ins Schwanken, wenn gerade dieses opportunistische Tun und Handeln den Boden bereitet, daß nicht mehr sehr (B) deutlich wird, wie die Konturen einer Fraktion, und hier spreche ich auch insbesondere die Fraktion der FDP an, eigentlich sind, denn die Unberechenbarkeit einer Fraktion macht sich nicht zuletzt daran deutlich, wie sie sich denn zu bestimmten Mehrheitsverhältnissen verhält. Diese Mehrheitsverhältnisse sind allerdings durch die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft für dieses Haus vorgegeben!

Ich darf für meine Fraktion erklären, Herr Kollege Metz, daß die SPD-Mitglieder dieser Fraktion, die im Wahlaufsatz der Liste eins stehen, den derzeitigen Bundespräsidenten wieder wählen werden, Herrn Richard von Weizsäcker.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf zweitens erklären, daß wir mit Genugtuung festgestellt haben, daß Sie und Herr Kollege Klein ebenfalls nicht für die Liste drei zur Verfügung stehen, und ich darf drittens feststellen, Herr Präsident, und ich zitiere mit Ihrer Genehmigung ein Schreiben:

„An den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Herrn Dr. Dieter Klink, Haus der Bürgerschaft, Bremen. Betrifft: Wahl von drei Mitgliedern der Bundesversammlung. Sehr geehrter Herr Präsident! Der Unterzeichner hat mit den auf der Vorschlagsliste der GRÜNEN aufgeführten Kandidaten/Kandidatinnen Annemarie Mevissen, Ursula Kerstein, Bernhard Baumeister gesprochen. Alle drei Kandidaten/Kandidatinnen erklärten, die Nominierung überrasche sie, sie seien vorher auch (C) nicht gefragt worden, für eine Kandidatur stünden sie auch nicht zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, Uwe Kramer."

Ich denke, Herr Präsident, daß damit die drei Vorschläge aus der Liste zwei der GRÜNEN obsolet sind, ich darf Ihnen das hiermit überreichen.

Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich bitte Sie herzlich, in geheimer Wahl die Liste eins der Mitglieder für die Bundesversammlung zu wählen, und hoffe, daß wir alle gemeinsam für die nächsten Jahre einen guten Bundespräsidenten wählen! — Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abgeordneter Fücks, vielleicht können Sie sich auch äußern, ob durch diese Feststellung der Abgeordneten Frau Uhl eine Streichung von drei Namen in Ihrer Liste erfolgen wird.

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Selbstverständlich, sobald die Betroffenen ihr Nichteinverständnis erklären, ziehen wir diese Vorschläge natürlich zurück.

(Abg. K l e i n [CDU]: Können Sie noch einmal wiederholen, wer war der dritte?)

Ich möchte mich noch einmal zu dieser Frage äußern! (D)

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Fücks. — Bitte sehr!

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Ich finde sie tatsächlich unter dem Gesichtspunkt des politischen Stils sehr interessant.

(Zurufe von der SPD)

Sie werfen uns vor, und ich werde Ihnen auch sagen, warum Sie da so betroffen reagieren, es wäre schlechter Stil, jemanden vorzuschlagen, ohne vorher sein Einverständnis eingeholt zu haben. Ich bin ganz umgekehrt der Auffassung, dies ist eine sehr ehrenvolle Funktion, wir wollten sie gerade nicht parteipolitisch funktionalisieren, haben deshalb ganz bewußt auch Personen vorgeschlagen, die eher der SPD nahestehen als uns. Sie haben laut Wahlverfahren, das durch das Gesetz geregelt ist, die Möglichkeit, sich innerhalb von zwei Tagen nach der Wahl durch die Bürgerschaft zu äußern, ob sie diese Wahl annehmen oder nicht. Das ist im Gesetz geregelt.

(Abg. K l e i n [CDU]: Sie haben aber ein Wahlverständnis!)

Das heißt, wir präjudizieren die persönliche Entscheidung der Vorgeschlagenen nicht, und die Bür-

(A) gerschaft präjudiziert sie auch nicht durch eine Wahl.

Ich kann aber sehr wohl verstehen, weshalb Sie darauf so empfindlich reagieren.

(Abg. Schmurr [SPD]: Sie reagieren doch empfindlich!)

Es hätte Ihnen nämlich gut angestanden, bei der Frage, wen Sie vorschlagen, über den Tellerrand Ihrer eigenen Fraktion hinauszusehen und Personen sich zu überlegen aus dem gesellschaftlichen Spektrum als Repräsentanten der bremischen Bevölkerung.

(Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich bedauere es, daß Sie gezielt die Personen, die der SPD angehören, im Vorfeld gefragt haben, um ihre Kandidatenvorschläge hier zurückzuziehen und der Bürgerschaft diese Wahlmöglichkeit damit zu nehmen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen, Herr Abgeordneter Fücks?

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Ja, bin ich!

Präsident Dr. Klink: Zu einer Zwischenfrage hat
(B) das Wort die Abgeordnete Frau Grotheer-Hüneke.

Abg. Frau **Grotheer-Hüneke** (SPD): Herr Fücks, würden Sie mir bitte erstens erklären, mit welchen Personen Sie gesprochen haben, und würden Sie mir bitte zweitens erklären, wie Kandidaten eine Wahl annehmen können oder ablehnen können, wenn sie von dieser Kandidatur gar nichts wissen?

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Ich werde Ihnen hier nicht namentlich sagen, mit wem wir gesprochen haben in der Kürze der Zeit.

(Zurufe von der SPD)

Zu Ihrer zweiten Frage mache ich Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß das Wahlgesetz, nach dem wir hier zu entscheiden haben, genau dieses Verfahren regelt. Wer von der Bürgerschaft gewählt wird, bekommt vom Präsidium der Bürgerschaft Mitteilung

(Abg. Klein [CDU]: Ist ein anderer Sachverhalt!)

und hat dann zwei Tage die Möglichkeit zu erklären, ob er oder sie die Wahl annimmt oder nicht. Dieses Verfahren ist durch das Gesetz festgelegt.

(Abg. Klein [CDU]: Es geht doch hier um Kandidatur!)

Nein, es geht nicht um Selbstkandidatur! Das ist (C) ein Irrtum!

(Abg. Klein [CDU]: Um Kandidatur!)

Es geht nicht um Selbstkandidatur, sondern es geht um Vorschläge, die der Bürgerschaft unterbreitet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Exemplarische an diesem Konflikt, um es ein letztes Mal zu sagen, weshalb Sie sich auch so aufregen, ist, daß, wie damals bei der Neubildung des Senats, Sie nicht in der Lage sind, sobald es um die Verteilung von Positionen geht, und seien sie auch noch so symbolisch, über den Tellerrand Ihrer eigenen Partei und Fraktion hinauszusehen. Das ist das Problem dabei!

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich frage, ob — —.

(Unruhe)

Ich bitte, jetzt zuzuhören! Das gilt auch für eine sehr fröhliche Abgeordnete!

Ich frage, ob wir die Wahl jetzt schon durchführen können! Ist alles technisch vorbereitet, weil sich ja (D) einige Änderungen ergeben haben? Der Stimmzettel, der Wahlaufsatz der FDP ist, glaube ich, fertig, wobei die Namen der CDU-Vertreter nicht mehr dabei sind. Der Wahlaufsatz der Fraktion DIE GRÜNEN ist noch so unverändert — —.

(Abg. Stelljes [SPD]: Geht nicht!)

Dann würde ich Ihnen jetzt folgendes vorschlagen: Wir müßten jetzt vielleicht fünf Minuten warten. Besteht der Wunsch, daß wir die Sitzung unterbrechen? Ist das die Meinung des Hauses?

(Zurufe: Ja!)

Ich tue es schweren Herzens. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 16.04 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.16 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf. Vermerken

(A) Sie in einer Wahlkabine Ihre Wahlentscheidung auf dem Stimmzettel, falten Sie den Stimmzettel in der Wahlkabine, und stecken Sie ihn noch dort in den mitgegebenen Wahlumschlag!

Ich weise noch darauf hin, daß Schriftführer Stimmzettel zurückzuweisen haben, die erstens außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Wahlumschlag gelegt wurden, zweitens nicht in den Wahlumschlag gelegt wurden, drittens sich in einem Wahlumschlag befinden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht. Das ist der Text des Gesetzes.

Stimmzettel, die Zusätze oder Kennzeichnungen enthalten, sind ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Person des Wählers erkennbar wird. Sollte sich ein Abgeordneter beim Ausfüllen des Stimmzettels verschreiben, kann er beim Schriftführer gegen Rückgabe des alten Stimmzettels einen neuen Stimmzettel erhalten. Ich gehe davon aus, daß das Wahlverfahren klar ist.

Der Stimmzettel hat die drei Listen aufgeführt: Liste eins von der SPD- und der CDU-Fraktion eingebracht, mit den Nummern eins bis acht, Liste zwei von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebracht, Ziffern eins bis fünf, Gerold Janssen bis Harry Warrelmannn, und Liste drei von der FDP-Fraktion eingebracht, eins und zwei, Claus Jäger und Professor Holl.

(B) Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Fücks.

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, zum Wahlverfahren! Unsere Fraktion bedauert, daß unsere Wahlliste nicht als ernst gemeinte Anregung für eine interfraktionelle Verständigung über einen alternativen Wahlvorschlag ernst genommen wurde. Wir beabsichtigen nicht, die Personen, die wir vorgeschlagen haben, in einer parteipolitischen Auseinandersetzung zu verheizen, und ziehen deshalb diesen Vorschlag zurück.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das ist aber kein tragfähiger Vorwand!)

Präsident Dr. Klink: Dann müssen wir neue Wahlzettel machen. Das trägt sehr zur Rationalisierung der Beratung bei! Also, dann haben wir nur noch zwei Listen, die Liste eins bleibt, und die Liste drei wird dann Liste zwei.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 16.25 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.36 Uhr. (C)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Der neue Stimmzettel hat also zwei Listen, die Liste eins, von der SPD- und der CDU-Fraktion eingebracht, mit den Nummern eins bis acht, Liste zwei, von der FDP-Fraktion eingebracht, eins und zwei. Diesen Stimmzettel werden Sie dann in der Wahlkabine vorfinden, und eine Liste sollten Sie dann ankreuzen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen!

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, damit ist der Wahlgang abgeschlossen. Ich bitte die Schriftführer, die Feststellung des Wahlergebnisses vorzunehmen!

Wir stehen jetzt vor der Frage: Wollen wir die Sitzung unterbrechen, oder wollen wir die Beratung fortsetzen? (D)

(Zurufe: Fortsetzen!)

Ich bitte die Schriftführer, das Wahlergebnis festzustellen, und wenn Fraktionen oder Abgeordnete dabei sein wollen, können sie es tun. Ich würde sagen, wir setzen unsere Beratung jetzt fort — wir haben heute so viel Zeit verloren —, sonst schaffen wir heute nicht mehr viel.

Fehlende Smog-Verordnung in Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 1989
(Drucksache 12/410)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Niederbremer.

Abg. **Niederbremer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man die Luftverhältnisse in diesem Plenarsaal betrachtet, dann muß man natürlich manchmal fragen, für welche Bereiche man Smog-Verordnungen braucht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Vielleicht wäre es hier auch ganz angebracht, einmal darüber nachzudenken. Aber zum Thema!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat erneut einen Antrag eingebracht, in dem sie um Ihre Zustimmung bittet, daß eine Mißbilligung gegenüber dem Senat ausgesprochen wird, weil auch für dieses Jahr, für den Winter 1988/89 für das Land Bremen keine Smog-Verordnung vorliegt.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Der Senat ist gar nicht erst erschienen!)

Kollege Gassdorf, das möchte ich jetzt nicht kritisieren, ich habe die Umweltsenatorin das letzte Mal zu Unrecht gescholten, und deshalb will ich das heute einmal außer acht lassen.

Bremen ist neben Schleswig-Holstein daß letzte Bundesland, das diesen Umweltbereich noch nicht geregelt hat. Alle anderen Bundesländer haben eine Smog-Verordnung, Bremen bisher nicht, und, wie gesagt, auch nicht in diesem Winter.

Die jahrelange Verhinderungspolitik des Senats und jetzt auch die Verzögerungstaktik führen dazu, daß nicht nur die Gefahr besteht, daß bei einer Smog-Situation eventuelle gesundheitliche Schäden eintreten können, sondern es kommt teilweise auch zu wirtschaftlichen Nachteilen für Fahrzeugbesitzer, die in andere Bundesländer fahren wollen, deren Fahrzeug einen Drei-Wege-Katalysator hat, die aber (B) im Lande Bremen keine entsprechende Plakette erhalten. Ich will dies einmal anhand von zwei Presseartikeln deutlich machen, die am Ende des vergangenen Jahres in der „Nordsee-Zeitung" erschienen sind.

In einem Artikel vom 10. 12. 1988 schildert man unter der Überschrift „Keine Smog-Plakette für Kat-Autos aus dem Lande Bremen" die Erfahrung eines Betroffenen: „Weil sein Fahrzeug in Bremerhaven angemeldet ist und es im Lande Bremen keine Smog-Verordnung gibt, wird der Angestellte wohl weiterhin geschäftliche Nachteile in Kauf nehmen müssen. Zuerst wandte sich der Betroffene" — also, ich lasse einmal den Namen weg — „an die Zulassungsstelle in Bremerhaven. Dort bekam er die Antwort, wir haben keine Smog-Plaketten. Auf Hinweis der Zulassungsstelle fragte der Vierundzwanzigjährige bei der DEKRA an, doch auch hier konnte man nicht mit dem heißersehnten Aufkleber dienen. Die DEKRA erzählte dem Unternehmen" und so weiter. Warum? „Das Land Bremen hat sich der Smog-Verordnung vieler Bundesländer nicht angeschlossen, die in Bremen angemeldeten Fahrzeuge dürfen deshalb nicht in Smog-Gebieten fahren.

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

Daraufhin erkundigte sich wieder der Betroffene bei der Zulassungsstelle in Köln. Auch hier erlebte der Angestellte eine herbe Enttäuschung, und zwar gibt es in Nordrhein-Westfalen die Verordnung, die (C) Ausgabe der Plakette ist aber ortsgebunden. Im Klartext: In Bremerhaven angemeldete Kraftfahrzeuge können bei der Kölner Zulassungsstelle keinen Smog-Aufkleber bekommen."

Ein letzes Zitat aus diesem einen Artikel: „Weshalb es in Bremen keine Smog-Verordnung gibt, ist dem Vierundzwanzigjährigen schleierhaft. Ist die Luft in Bremen etwa so sauber, daß das Land solch einen Erlaß nicht braucht", fragt sich der Betroffene wieder.

Eine Woche später erschien am 17. 12. ein weiterer Artikel. Nach diesem Artikel erhielt der Betroffene eine Smog-Plakette, und zwar nicht in Bremen, sondern irgendein findiger Kopf hatte herausgefunden, daß er nach Berlin fahren müßte. Die Berliner fragen wohl nicht nach, wo das Fahrzeug angemeldet ist. In Berlin erhielt er dann diese entsprechende Plakette.

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht der Weg sein, wie man mit Betroffenen umgeht! Es muß natürlich möglich sein, daß im Land Bremen Damen und Herren, die ein Fahrzeug mit einem Drei-Wege-Katalysator besitzen, eine Smog-Plakette erhalten, damit sie bei eventuellen Smog-Situationen in anderen Bundesländern fahren können.

(Beifall bei der CDU)

Dazu, meine Damen und Herren, ist eine entsprechende Smog-Verordnung notwendig. Wir meinen (D) eindeutig, Frau Senator Lemke-Schulte, da Sie ja jetzt auch da sind, daß Sie hier drei Jahre im Verzug sind, daß Sie schon vor drei Jahren eine Smog-Verordnung im Land Bremen hätten erlassen können, dann gäbe es dieses Problem nicht in diesem Winter. Das ist ganz einfach die Situation!

Nun fragt sich der Beobachter: Warum gibt es bisher in Bremen keine Smog-Verordnung? Es ist eine ganz eindeutige politische Reaktion von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD. Weil es in der Vergangenheit die CDU und die GRÜNEN waren, die wiederholt eine Smog-Verordnung gefordert haben, haben Sie erst einmal mit großen Ausführungen dargelegt, warum Bremen keine Smog-Verordnung wolle und warum man den Anträgen der CDU und der GRÜNEN nicht zuzustimmen brauche. Letztendlich hat es zwei Jahre lang gedauert, daß es hier nicht zu einer entsprechenden Regelung gekommen ist, weil der Antrag nicht von Ihnen gestellt worden ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. Töpfer [SPD]: Starker Beifall!)

Die SPD-Fraktion hat noch in ihrem Antrag vom 25. 2. 1987 dargelegt, die Senatorin hat es in zwei Schreiben, die ich gern noch zitieren möchte, am 10. 3. 1987 mitgeteilt, daß für Bremen keine Smog-Verordnung notwendig sei. Dies geschah allerdings mit einer Begründung, die sie dann letztendlich nicht

(A) mehr halten konnte. Sie hat nämlich darauf verwiesen, daß das Bundes-Immissionsschutzgesetz geändert werden müsse. Bis heute ist das Bundes-Immissionsschutzgesetz in dieser Frage nicht geändert worden, trotzdem hat der Senat Ende 1987 beschlossen, für Bremen müsse eine Smog-Verordnung erlassen werden. Meine Damen und Herren, Sie haben damit damals eindeutig das Parlament und alle Betroffenen hinters Licht geführt und allen Sand in die Augen gestreut. Sie haben nur abgewiegelt, Sie haben aber keine Smog-Verordnung erlassen!

Meine Damen und Herren, Sie haben weiter darauf verwiesen, daß die Muster-Smog-Verordnung geändert werden müsse. Richtig ist, daß sie im Dezember 1987 geändert wurde. Das ist richtig! Nur eines steht fest, die Muster-Smog-Verordnung hat keinerlei rechtliche Bedeutung. Niemand hat den Senat oder die Umweltsenatorin gehindert, bereits damals von der Muster-Smog-Verordnung abzuweichen, wenn man das für richtig gehalten hätte. Von daher zieht dieses Argument eindeutig nicht. Aber ich will Ihnen sagen, was wohl eine Rolle gespielt hat!

Am 10. 3. 1987, ich habe das schon ausgeführt, verfaßte die Umweltsenatorin zwei unterschiedliche Schreiben. Das eine Schreiben war an alle Mitglieder der Ortsamtsbeiräte gerichtet. In ihm wurde darauf hingewiesen, daß die Muster-Smog-Verordnung geändert werden müsse und daß es erst dann Sinn habe, eine entsprechende Smog-Verordnung in Bremen zu erlassen. Am selben Tag ging ein zweites
(B) Schreiben an alle Ortsvereinsvorsitzenden der SPD-Ortsvereine im Lande Bremen, an alle SPD-Unterbezirksvorsitzenden im Lande Bremen, an den SPD-Landesvorstand, an den SPD-Fraktionsvorstand, interessanterweise auch an alle Senatoren und an den Magistrat der Stadt Bremerhaven, mit dem Briefkopf „Eva-Maria Lemke-Schulte, Senatorin für Umweltschutz" heraus.

Damit wird der entscheidende Punkt deutlich. Es wird außerdem deutlich, daß es begründet ist, was ich eben sagte, daß es bis zu diesem Zeitpunkt keine Smog-Verordnung gab, weil aus der Sicht der SPD die falschen Fraktionen die Anträge im Parlament gestellt hatten. In diesem Schreiben heißt es an der Stelle, an der darauf hingewiesen wird, daß die Muster-Smog-Verordnung geändert werden muß:

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

„Liebe Genossinnen und Genossen, bei dieser Sachlage bitte ich Euch herzlich, der unheiligen Allianz von GRÜNEN und CDU weiterhin mit guten Argumenten zu widerstehen,

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

auch wenn es gelegentlich schwerfällt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Mit freundlichen Gruß, Eva-Maria Lemke-Schulte."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, das war eigentlich die politische Lage, die dazu geführt hat, daß wir bis heute keine Smog-Verordnung in Bremen haben. (C)

Ein zweiter Grund ist dieser Tage sehr deutlich geworden. Wir, die CDU, haben immer wieder behauptet, daß es nicht die Muster-Smog-Verordnung oder eventuelle Regelungen in der Muster-Smog-Verordnung seien, die Bremen daran hindern, eine Smog-Verordnung zu erlassen, sondern daß es die fehlenden Finanzen und damit die fehlenden Meßstellen seien, die dies bisher verhindert haben. Nun lese ich in den Presseinformationen des Senats, datiert vom 24. Februar 1989, folgendes:

„Mit Blues gegen dicke Luft, Bremen bekommt Smog-Verordnung. Die Verabschiedung der Verordnung zur Verhinderung schädlicher Umweltwirkungen bei austauscharmen Wetterlagen, kurz Smog-Verordnung genannt, für das Land Bremen wird in Kürze erfolgen. Voraussetzung dafür war nicht nur eine Änderung der bundesweit als verbindlich angesehenen Muster-Smog-Verordnung, sondern auch eine Erweiterung des Bremer Luftüberwachungssystems. Dazu die Senatorin für Umweltschutz und Stadtentwicklung Eva-Maria Lemke-Schulte: ‚Nachdem die beiden ersten Luftmeßstationen bereits Anfang 1987'" — man höre! — „‚in Betrieb genommen wurden, werden jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß an drei weiteren Stellen in Bremen ein Rund-um-die-Uhr-Messen möglich wird.'"

Meine Damen und Herren, jetzt erst schaffen Sie (D) die Voraussetzung für eine entsprechende Smog-Verordnung, und deshalb gibt es leider bis heute keine Smog-Verordnung! Für die CDU möchte ich festhalten, und so steht es auch in unserem Antrag: Wir fordern den Senat erneut auf, umgehend eine Smog-Verordnung zu erlassen!

Bedauerlicherweise steht dieser Antrag aufgrund der Tagesordnung erst heute zur Debatte. Wir haben ihn schon im Januar eingebracht, so daß bereits etwas Bewegung in die Angelegenheit gekommen ist. Ende vergangenen Jahres haben Sie einen Entwurf zur Trägeranhörung vorgelegt, er wird mittlerweile in den Beiräten beraten.

Wir wollen, daß hier mit unserem Antrag deutlich wird, daß es jetzt endlich zu entsprechendem Handeln kommen muß und daß jahrelange Versäumnisse vorliegen. Wir mißbilligen deshalb die bisherige Bearbeitung unserer Anliegen und unserer Forderungen nach einer Smog-Verordnung. Wir hoffen, daß diese Debatte die letzte in diesem Haus war und daß im nächsten Jahr eine entsprechende Regelung vorliegt. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. **Neujahr** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Niederbremer, ich habe

(A) eigentlich erwartet, daß heute diese Verordnung erlassen werden würde. Das hätte eventuell noch einen Überraschungseffekt für uns gegeben.

(Abg. J ä g e r [FDP]: So wie Heiligabend!)

Ja, so ähnlich wie Heiligabend!

Am 8. Februar erschien im „Weser-Kurier" ein kurzer Artikel mit dem schlichten Titel: „Bremen bekommt eine Smog-Verordnung." Darunter steht in halbfettem Druck: „Als vorletztes Bundesland". In diesem Artikel teilt nach Auskunft der Zeitung der Sprecher des Senators für Umweltschutz und Stadtentwicklung mit, die Smog-Verordnung gewährleiste, daß bei austauscharmen Wetterlagen eine Konzentration schädlicher Luftschadstoffe vermieden werde, die Bevölkerung werde rechtzeitig informiert, Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffen aus Feuerungsanlagen und vom Kraftfahrzeugverkehr seien geplant. Diese Angaben sind korrekt. Mit dem 4. 1. 1989 hat der Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung als Bericht der Verwaltung für die Deputation Umweltschutz eben diese Verordnung zur Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkungen bei austauscharmen Wetterlagen, kurz Smog-Verordnung, vorgelegt.

In der Pressedarstellung deutet nur noch der eben genannte Zusatz „Als vorletztes Bundesland" auf Unterlassungen des Senats hin, die der CDU-Antrag (B) in seinem ersten Absatz aufspießt. Hinter dieser schlichten Bemerkung verbirgt sich eine SPD-Taktik, die wir schon bei der letzten Smog-Debatte erwähnt und aufgedeckt haben: Fehler der Vergangenheit, wenn man sie einsehen muß, werden verschleiert und als Erfolg nach außen dargestellt. Ich liefere Ihnen den Beweis anhand von Zitaten aus vergangenen Debatten, die ausschließlich von den SPD-Rednern stammen.

Am 27. 1. hat Senatsdirektor Dr. Lüthge hier in der Debatte betont, daß es dem Senat nach harten Verhandlungen endlich gelungen sei, im Länderausschuß Emissionsschutz die Definition, so wörtlich, durchzusetzen, daß die Windgeschwindigkeit, differenziert nach jeweils geographischen Gegebenheiten, neu in die Muster-Smog-Verordnung aufgenommen wird. Das heißt konkret: Weil in Norddeutschland andere Windgeschwindigkeiten vorherrschen als im Süden, kann die Bremer Smog-Verordnung eine austauscharme Wetterlage unter anderem dann festlegen, wenn die Windgeschwindigkeit in Bodennähe seit mehr als zwölf Stunden im Mittel weniger als vier Meter pro Sekunde beträgt.

In der Muster-Smog-Verordnung betrug dieser Richtwert vorher drei Meter pro Sekunde. Damals, so Dr. Lüthge wörtlich am 27. 1., sei es nicht sinnvoll gewesen, in Bremen eine Smog-Verordnung zu erlassen. „Wir haben es bloß erst jetzt geschafft, endlich die Muster-Smog-Verordnung zu ändern." Meine Damen und Herren, das heißt doch im Klartext: Der Senat hat sich lange um eine Veränderung der Muster-Smog-Verordnung bemüht, um endlich eine Smog-Verordnung für Bremen erlassen zu können. (C)

Im völligen Gegensatz zu diesen Darlegungen stehen die Ausführungen der Senatorin Lemke-Schulte in der Debatte am 26. 2. 1987. Kein Wort fiel darüber in der Debatte, daß sie sich bemühen werde, die Muster-Smog-Verordnung zu ändern! Sie zog sich auf die damalige Smog-Verordnung mit dem Wert drei Meter pro Sekunde zurück, weil sie für Bremen keine Verordnung wollte. Sie argumentiert hierbei grundsätzlich, wie ich mit Zitaten aus dieser Debatte viermal hintereinander nachweisen werde, die nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden, sondern in ihrer Bedeutung so für sich stehen.

Erstens: „Weiter zur Sache, meine Damen und Herren, wer nach dieser ganzen Diskussion, nach den Aufklärungen und Informationen, die gestartet worden sind, hier immer noch eine Smog-Verordnung fordert, der geht in die Sackgasse, der geht den Weg in die Leere, der will weniger Umwelt- und Gesundheitsschutz für die Bevölkerung im Lande Bremen, als zur Zeit praktiziert wird."

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Da ist sie nun!)

Zweitens: „Es soll offensichtlich nur das Gesetz dafür erlassen werden, und dann glaubt man, daß eine bessere Situation eingetreten und daß alles geändert worden ist. Unsinn ist das!"

Drittens: „Ich sage es noch einmal, wir, meine Damen und Herren, haben für solche Situationen die besten Regelungen, die in der ganzen Bundesrepublik anzutreffen sind. Das Land Bremen hat die beste Regelung, was den Umwelt- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung angeht." (D)

Viertens: „Wir haben" — damals! — „zwei feste Luftmeßstationen, wir haben einen mobilen Luftmeßwagen, und wir haben in Bremerhaven die dortige Hochschule mit ihren Luftmeßstationen. Das sind zusammen vier, es reicht vollkommen aus, um sämtliche Daten zu erfassen. Ich habe schon einmal an anderer Stelle gesagt, ich kann Daten rund um die Uhr, sowiel ich will, erfassen lassen."

Wenn diese Argumentation, meine Damen und Herren, stimmte, dann wäre es doch völlig überflüssig gewesen, drei weitere Meßstationen für 1,5 Millionen DM anzuschaffen und sie an den vom Bundesumweltamt zur Verfügung gestellten Schnittstellenrechner anzuschließen.

(Beifall bei der FDP)

Es hat also über ein Jahr gedauert, bis der SPD-Senat seine eigenen Versäumnisse entdeckt hat. Ihm müssen allmählich mindestens drei Fehler aufgefallen sein. Erstens: Bremen war offenbar bislang gar nicht in der Lage, hinreichend zu messen, im Gegensatz zu den Beteuerungen der Senatorin. Nur diese Fehlerfeststellung erklärt die Neuanschaffung von drei weiteren Meßstationen.

(A) Zweitens: Die lobhudelnde Argumentation der Vergangenheit mußte vertuscht werden, daher die Bemühungen um eine Veränderung der Muster-Smog-Verordnung! Ein Erfolg hier gäbe zur Hoffnung Anlaß, daß die Bremer vergessen würden, daß der Senat einst keine Verordnung wollte. Inzwischen hat der Senat entdeckt, daß eine Verordnung nicht nur eine rechtliche Handhabe bietet, sondern zugleich auch der Vorsorge dient. Außerdem stört eine Verordnung keineswegs die Vereinbarung mit den Hauptemittenten im Land Bremen zur Produktionsdrosselung, wenn Gefahr droht.

Drittens: Vor allen Dingen hat aber der Senat entdeckt, daß Bremen bald das allerletzte Land sein würde, daß keine Smog-Verordnung hat, denn Schleswig-Holstein kündigte bereits an, daß es sehr bald eine Verordnung erhalten werde. Dies muß für die SPD, die sich ständig zum Eigenlob genötigt sieht und die sich noch vor zwei Jahren gepriesen hat, die besten Regelungen in der Bundesrepublik zu haben, geradezu unvorstellbar sein.

Diese Ableitungen, meine Damen und Herren, werden zusätzlich durch eine Ausführung des Kollegen Schaper in der Debatte vom 27. 1. 1988 gestützt. Er sagt dort wörtlich, daß „die notwendige technische Ausstattung mit zusätzlichen Meßstationen und einem Computer für das bundesweite Meß-, Informations- und Frühwarnsystem eingeleitet" werde. Wenn die notwendige Ausstattung erst eingeleitet wird, dann heißt das doch, wer will das bestreiten, (B) daß sie zu diesem Zeitpunkt nicht da ist, obwohl die Senatorin dies vorher so behauptet hatte, als sie sagte, sie könne rund um die Uhr messen.

Meine Damen und Herren, diese knappe Analyse aus Debattenbeiträgen der SPD-Sprecher zeigt, daß der SPD-Senat einst keine Verordnung wollte.

(Beifall bei der FDP)

Aus diesem Grunde kommt eigentlich kein Abeordneter dieses Hauses daran vorbei, nun die Haltung des Senats zu mißbilligen.

Den zweiten Teil des Antrags der CDU mag man gewissermaßen als überholt betrachten, weil ja die Senatorin jetzt eine Smog-Verordnung erlassen will. Den Druck aber, den dieser Absatz ausgeübt hat, billigen wir, aus diesem Grunde stimmen wir dem gesamten Antrag zu.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen sie mich abschließend noch eine ganz kurze Bemerkung zu der Pressemitteilung der Senatorin machen, die genau in die Argumentationslinie paßt, die ich Ihnen dargestellt habe! Die Senatorin sagt, jetzt würden Voraussetzungen dafür geschaffen, daß an weiteren Stellen das Messen rund um die Uhr möglich werde. Von dieser Möglichkeit hat sie schon vor zwei Jahren gesprochen, ohne die drei Meßstellen zu haben. Auch dies ist ein eklatanter Widerspruch! Sie formuliert in der Presseerklärung, die Sie, Herr Niederbremer, (C) eben auch zitiert haben — merkwürdigerweise streichen wir uns da häufig immer dieselben Stellen an—:

„Im High-Tech-Zeitalter darf sich der Umweltschutz bei der Informationsübertragung nicht auf Brieftauben und Buschtrommeln verlassen, sondern muß sich vielmehr der modernsten Aufklärungs- und Informationstechnologien bedienen. Die apparative und logistische Vervollständigung des Bremer Luftüberwachungssystems mit dem Anschluß an das Smog-Frühwarnsystem des Bundes ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel."

Recht haben sie, Frau Senatorin, nur, vor zwei Jahren haben Sie bereits gesagt, Sie hätten die beste Regelung in der Bundesrepublik!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Beratung fortfahren, möchte ich Sie über das Abstimmungsergebnis unterrichten. Ich habe jetzt das Protokoll vor mir liegen.

„Abstimmungsergebnis Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung: Ausgegebene Stimmzettel 98, abgegebene Stimmzettel 98, vernichtete Stimmzettel keine, ungültige Stimmen zwei, eine Stimmenthaltung. Von den gültigen Stimmen entfielen auf Liste eins, von der SPD- und CDU-Fraktion eingebracht, 77 und auf die Liste zwei, von der FDP-Fraktion eingebracht, 18. Gewählt worden sind gemäß Paragraph 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundes- (D) präsidenten durch die Bundesversammlung von der Liste eins die Bewerber Leinemann, Tiedemann, Metz und Klink und von der Liste zwei der Bewerber Jäger. Bremen, den 2. März 1989. Die Schriftführer: Ravens, Tepperwien, Lenz." Das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der FDP)

Wir fahren jetzt in der Beratung fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schaper.

Abg. **Schaper** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eingedenk der nicht abgearbeiteten Tagesordnung will ich mich wirklich kurz fassen. Ich finde schon, Herr Niederbremer, den Tagesordnungspunkt hätten wir uns heute sparen können, denn eine Sachlage wird nicht dadurch besser, daß wir sie permanent wiederholen und dasselbe noch einmal sagen, sondern dadurch, daß wir das Ziel endlich erreicht haben. Darum will ich auch bei den Fakten bleiben. Sie haben das ja selbst angedeutet.

Es freut mich, Herr Neujahr, daß Sie mich das letzte Mal nicht überhört haben und mich sozusagen nicht der Unwahrheit bezichtigen konnten, sondern gesagt haben, wie es war, offenbar muß es ja die Wahrheit gewesen sein, und deswegen denke ich auch, daß das in Ordnung ist. Herr Niederbremer, wir sind mit Ihnen einer Meinung, Bremen ist eben

(A) nicht Nordrhein-Westfalen! Wir sind eigentlich stolz darauf, daß die Luft hier nicht so ist wie in NRW, also, von daher gesehen sind wir mit Ihnen ausnahmsweise einmal einer Meinung.

Zur Sache selbst, ich will mich darauf beschränken! Wir haben hier überhaupt keine Veranlassung, unsere Senatorin und damit unseren Senat zu beschimpfen. Die Umweltsenatorin hat dem Grunde nach das eingehalten, was sie zumindest nach der letzten Debatte, die ist ja gar nicht so lange her, gesagt hat, nämlich: Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange ist nicht im Werden, sondern sie ist vollzogen, abgeschlossen. Am Donnerstag wird das Papier in die Deputation eingebracht.

Vielleicht noch zwei Anmerkungen zur Technik! In Bremerhaven ist es so weit, wenn ich es richtig nachvollziehen konnte, daß die Apparatur steht. Es fehlt, glaube ich, wenn ich das richtig gehört habe, eine Postleitung. In Bremen soll die technische Seite in diesen Tagen vollendet werden, so daß wir dann die Technik, soweit das angekündigt worden ist, installiert haben.

(Vizepräsident Frau L e i n e m a n n übernimmt den Vorsitz.)

Anschließend geht das Ganze in den Senat, Frau Senatorin, wenn ich das richtig verstanden habe. Der Senat wird dann die Anordnung aussprechen. Ich glaube, das Datum ist der 14. März, wenn ich das
(B) richtig gehört habe. Insofern bin ich ganz guter Dinge, daß wir in Kürze diese Smog-Verordnung haben werden, und darüber sollten wir uns dann auch wirklich freuen, darauf sollten wir stolz sein. Daß wir dieses Jahr ohne Smog-Verordnung ausgekommen sind, fand ich sehr gut. Das ist eben auch ein gutes Zeichen dafür, daß die Luft in Bremen etwas anders ist.

Also kurzum, wir haben natürlich keine Veranlassung, diesen von Ihnen eingebrachten Antrag zu unterstützen. Wir werden uns an der Sache orientieren und ihn ablehnen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Hackstein.

Abg. Frau **Dr. Hackstein** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Schaper, Sie sagten gerade mit Stolz, daß Sie das Ziel erreicht hätten. Ich hatte anfangs das Gefühl, das beste ist, wenn man hier noch einmal über die Smog-Verordnung reden will, einen historischen Exkurs zu machen, um aufzuzeigen, in welcher Art — —.

(Zuruf des Abg. S c h a p e r [SPD])

Regen Sie sich erst auf, wenn ich geredet habe, dann haben Sie einen Grund dazu, Herr Schaper!

Wir haben seit Jahren miterlebt, welchen kläglichen Eiertanz der Senat und die SPD aufgeführt haben. Selbstverständlich muß ich Ihnen recht geben, Herr Schaper, dieser Eiertanz ist beendet, weil die Senatorin mittlerweile eine Smog-Verordnung vorgelegt hat. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß Sie damit Ihr Ziel erreicht haben. Ich glaube, in der nächsten Sitzung der Umweltdeputation werden wir endlich draüber diskutieren, ob man das, was dort vorliegt, als Smog-Verordnung bezeichnen kann oder als Verordnung zur Verhinderung einer Smog-Verordnung. (C)

Ich erinnere gern noch einmal daran, wie oft uns Frau Senatorin Lemke-Schulte hier im Haus versichert hat, daß eine Smog-Verordnung überflüssig oder daß sie geradezu schädlich sei.

(Zuruf des Abg. S c h a p e r [SPD])

Hören Sie zu, Herr Schaper, es kommt noch besser!

Frau Senatorin Lemke-Schulte hat uns auch gesagt, daß sie schädlich sei, und wir hatten eigentlich gehofft, dadurch, daß jetzt eine Smog-Verordnung vorgelegt wird, würde ein bißchen Gesundheits- und Umweltschutz in das Land Bremen einziehen. Nur leider, daß die Smog-Verordnung heute vorliegt, das allein beweist noch lange nicht, daß Frau Senatorin Lemke-Schulte etwas hinzugelernt hat. Es ist sicherlich so, daß Frau Senatorin Lemke-Schulte diese Smog-Verordnung mehr recht als schlecht und widerwillig vorgelegt hat.

(Frau Senator L e m k e - S c h u l t e : Wie kommen Sie denn darauf?) (D)

Frau Dr. Hirsch hat das in den Beiräten in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Es ist ausgesprochen interessant, wie in den ersten beiden Beiratssitzungen diese Smog-Verordnung vorgestellt wurde, in welchem Stil das geschehen ist. Nicht einmal Ihre eigene Verwaltung, meine Damen und Herren von der SPD, hat es bisher nötig gehabt, die Smog-Verordnung ernst zu nehmen. In zwei Beiratsgebieten ist sie vorgestellt worden, die Beiräte sind einfach empört, in welcher veralbernden und einfach klamaukhaften Art und Weise Frau Dr. Hirsch dort aufgetreten ist. Frau Dr. Hirschs verhalten wurde als Karnevalsklamauk bezeichnet.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das gehört doch nicht in das Parlament!)

Doch, das gehört hierher, weil Sie nämlich auch Verantwortung dafür haben, wie Ihre Behörden in der Öffentlichkeit auftreten, und weil Sie auch dafür einstehen müssen, in welcher Weise Ihre Behörden hier Ihnen in den Rücken fallen, und damit müssen Sie sich nun einmal auseinandersetzen. Herr Töpfer! Sie müssen auch einmal daran denken, wie das auf die Leute wirkt, die Sie dort auch vertreten sollen.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Frau Dr. Hirsch kann sich doch aber hier nicht verteidigen! — Zuruf des Abg. S c h a p e r [SPD])

(A) Damit, wie sich Ihre Behörden verhalten, müssen Sie sich auseinandersetzen, und wenn sie sich nicht verteidigen können, dann können Sie zumindest dazu Stellung nehmen. Andererseits wäre es wirklich einmal gut, Herr Töpfer, wenn Sie einmal einschreiten würden. Ich möchte jetzt jedoch hier weiterhin ausführen, warum ich dazu Stellung nehme.

(Abg. Klatt [SPD]: Was heißt denn Ihre Behörde? — Abg. Töpfer [SPD]: Das ist doch nicht unsere Verwaltung!)

Frau Dr. Hirsch vertritt als Vertreterin des Senats in Beiratssitzungen nach wie vor die Meinung, daß die Smog-Verordnung überflüssig sei. Frau Dr. Hirsch sagte dort ganz klar, die Smog-Verordnung würde nur deshalb erlassen, weil die Senatoren vor dem ewigen Gequengel der GRÜNEN endlich Ruhe haben wollten. Offensichtlich, meine Damen und Herren, hat dieser Brief von der unheiligen Allianz Frau Dr. Hirsch noch nicht erreicht, denn sie sprach nur von den GRÜNEN. Aber ich finde, es ist schon bezeichnend, wenn dort gesagt wird, der Senat handele, damit die GRÜNEN Ruhe gäben. Das mag vielleicht noch angehen, aber wenn der Umweltsenatorin das Einsehen fehlt, also sie reagiert nur, weil sie ihre Ruhe haben will, dann empfinde ich das schlichtweg als einen Skandal. Ich finde es auch ganz erstaunlich, wenn solche Sprüche in Beiratssitzungen fallen.

(B) Ich wiederhole hier nur, was Ihre Behördenvertreter gesagt haben, meine Damen und Herren, und daß Sie das nicht gern hören, und daher auch Ihr Protest, Herr Töpfer, das kann ich verstehen. Es war außerdem ausgesprochen peinlich und blamabel, was dort passiert ist.

(Abg. Töpfer [SPD]: Ich habe nur Protest erhoben, wie Sie hier über Frau Dr. Hirsch reden!)

Herr Töpfer, ich würde Ihnen vorschlagen: Fragen Sie Ihre Beiräte! Fragen Sie, was sie dazu sagen und wie das auf sie gewirkt hat! Ich möchte nur noch einmal sagen, wenn Sie glauben, daß wir hier aufgrund dieser Smog-Verordnung Ruhe geben, dann haben Sie allerdings den falschen Weg gewählt.

(Glocke)

Vizepräsident Frau Leinemann: Frau Dr. Hackstein, es ist eine ziemliche Unruhe im Plenarsaal. Sie sollten sich als Abgeordnete einmal überlegen, ob es fair ist, eine Beamtin hier anzugreifen, die sich nicht verteidigen kann!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: Ohne den Informanten zu nennen, das ist nämlich das Peinliche! Sie sagen nicht, wer Ihnen das gesagt hat! Wie gehen Sie denn mit Menschen um? — Frau Senator Lemke-Schulte: Das ist typisch!)

Abg. Frau **Dr. Hackstein** (DIE GRÜNEN): Ich habe (C) Ihnen gerade gesagt, wer Sie informieren kann. Wenn Sie sich mit Ihren Beiräten auseinandersetzen würden, wäre das richtig.

(Frau Senator Lemke-Schulte: Welcher Beirat? Wer aus dem Beirat?)

Kennen Sie nicht einmal Ihre SPD-Beiräte? Die Frage ist, wie Sie und Ihre Verwaltung hier mit der Politik umgehen, und ich glaube, der Frage müssen Sie sich endlich einmal stellen!

Ich glaube auch, daß das Thema mit dieser Smog-Verordnung einfach nicht beendet ist. Ich denke, daß diese Smog-Verordnung nur dann einen Sinn hat, wenn Sie konsequent gleichzeitig noch andere Maßnahmen ergreifen, eben zum Beispiel im Interesse der Luftreinhaltung, denn Sie haben es — so scheint es — immer noch nicht begriffen, daß viele Schadstoffe, auch die Smogverursacher, doch hausgemacht sind. Dabei denke ich zum Beispiel an Ihr Verkehrskonzept.

Diese Smog-Verordnung, und wir wollen hier in Kürze darüber diskutieren, hat nur dann Sinn, wenn wir das Thema Smog im breiteren Rahmen diskutieren, nämlich auch, welche vorbeugenden Maßnahmen in Bremen in Zukunft getroffen werden sollen, um Smog im Vorfeld zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat (D) das Wort Frau Senatorin Lemke-Schulte.

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau Lemke-Schulte: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

(Abg. Meyer [SPD]: Frau Präsidentin!)

Entschuldigung, Frau Präsidentin, selbstverständlich! Vielen Dank für Ihren Hinweis!

Ich halte das hier insgesamt für eine, sage ich einmal, schlimme, emotional besetzte Debatte, die um ein so wichtiges Thema von den Oppositionsfraktionen dieses Hauses geführt wird. Ich bin empört, Frau. Dr. Hackstein, wie Sie hier über eine Beamtin sprechen, über Frau Dr. Hirsch, die im krassen Gegensatz zu Ihnen eine ausgewiesene Expertin ist, was die Luftreinhaltung anbetrifft.

(Beifall bei der SPD)

Daß Sie ihr Karnevalsverhalten vorwerfen, kommt wahrscheinlich nur daher, daß sie schwäbisch spricht, oder aus welchem Grund auch immer, es ist unglaublich!

Dann sagen Sie, die Beiräte! Wissen Sie eigentlich, wieviel Beiräte es in Bremen gibt? Wenn Sie mir den Beirat und das Mitglied nennen, das das von Ihnen Vorgetragene gesagt hat, dann werde ich dem sofort nachgehen. Ich bin empört darüber! Im Interesse

(A) meiner Mitarbeiterin, die ich sehr schätze und deren Hilfe wie oft genug benötigen, auch Sie als Deputationsmitglied, möchte ich dem nachgehen, damit ich mich schützend vor sie stellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es unglaublich, wie Sie hier mit persönlichen Verunglimpfungen versuchen, ein sachlicher Thema zu erledigen. Das kann mich wirklich ärgern!

(Abg. K l e i n [CDU]: Menschenverachtend!)

Ja, vielen Dank, das stimmt!

Zur Sache selbst! Ich finde, es ist wichtig, in die Zukunft zu sehen und hier die entsprechenden Entscheidungen vorzubereiten, selbst wenn das von Herrn Niederbremer wie auch von Herrn Neujahr, insbesondere von Ihnen, was die Chronologie anbetrifft, Gesagte zutrifft. Ich habe die alten Protokolle und Beschlüsse nicht mitgenommen, insofern weiß ich auch nicht, ob Sie immer richtig zitiert haben, ich unterstelle es Ihnen.

Richtig ist auch, daß ich immer auf dem Standpunkt gestanden habe, daß wir in Bremen eine hervorragende Regelung haben. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß das, was wir damals an Regelungen getroffen haben, ohne Smog-Verordnung durchaus wirksam und bindend für das Bundesland (B) Bremen war. Das ist in der Tat der Fall, sowohl was die Emittenten anbetrifft als auch den Kraftfahrzeugverkehr, denn in einer dieser vielen Debatten, die wir darüber geführt haben, haben wir gesagt, es gibt einen Paragraphen 45 in der Straßenverkehrsordnung, den man entsprechend anwenden könnte, ich denke beispielsweise an Fahrverbote.

Am 25. Februar 1987 haben Sie mich dann, die Bremische Bürgerschaft, aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, um den Anwendungsbereich der Muster-Smog-Verordnung zu erweitern, denn schon damals war der Bürgerschaft klar, daß das, was in der Muster-Smog-Verordnung steht, für die meteorologischen Bedingungen und die geographischen Gegebenheiten Bremens nicht ausreichend ist.

Warum? Ich sage einmal, in Bremen gibt es keine Tallage. Die höchsten Erhebungen sind bei uns die Deiche. Bei uns weht wirklich an 360 Tagen ein ziemlich strammer Wind — das wissen Sie alle, mancher leidet darunter —, und an mindestens fünf Tagen haben wir Sturm. Daß dies natürlich mit zu einer guten Luftqualität beiträgt, ist klar. Ich wiederhole noch einmal: Bremen ist nicht in der Lage, die Emissionen zu verursachen, hausgemacht, die Sie uns hier immer unterstellen wollen. Wir haben bei den sogenannten Smogsituationen in den Jahren 1985 und 1987 nicht einmal die Grenzen der Vorwarnstufe erreicht! Wissen Sie das eigentlich?

Wann tritt eine solch hohe Schadstoffkonzentration ein? Immer dann, wenn der Wind aus einer bestimmten Richtung kommt, nämlich aus Südosten! (C) Das heißt: Woher kommt das Zeug hauptsächlich?

(Abg. K l e i n [CDU]: Aus Dessau!)

Aus den osteuropäischen Nachbarstaaten! Immer dann, wenn wirklich sehr geringe Windgeschwindigkeiten vorhanden sind, tritt das ein. Was bedeutet das für die norddeutsche Tiefebene? Diese Verhältnisse betreffen ja nicht nur uns, sondern sie bedeuten für die norddeutsche Tiefebene, daß durch Ferneintrag — ich wiederhole es hoffentlich zum letzten Mal! —, durch Ferneintrag es zu Luftverschmutzungen kommt.

Nachdem Sie mich im Februar zu entsprechendem Handeln aufgefordert haben, bin ich in die nächste Umweltministerkonferenz marschiert, das war unter meinem Vorsitz im Jahr 1987. Die Umweltminister- und -senatoren des Bundes und der Länder sind mir gefolgt und haben gesagt, gut, in Norddeutschland muß man von anderen Voraussetzungen ausgehen, also ändern wir die Muster-Smog-Verordnung. Dies habe ich dann veranlaßt, weil ich die bundesweit geltende Muster-Smog-Verordnung auch für das Bundesland Bremen anwenden will. Das ist doch völlig klar!

Ich kann doch nicht in diesen engen Grenzen, in denen wir uns befinden, etwas anderes gelten lassen als in Hannover, sondern es müssen in Bremen im Interesse aller, die ab und zu einmal das Bundesland Bremen verlassen, dies würde ich manchen dringend (D) empfehlen, ab und zu zu tun —

(Abg. K l e i n [CDU]: Aber wiederkommen!)

ja, natürlich wiederkommen, wir alle lieben Bremen, das ist klar, ich meine, um einmal über den Tellerrand hinauszuschauen! —, die Vorschriften gelten, die bundeseinheitlich festgelegt sind, das ist doch ganz logisch. Da kann man überhaupt keine Sonderregelung treffen, auch nicht wegen der Emittenten.

Dann das Argument, es habe bis heute gedauert! Ich hätte die Smog-Verordnung gern heute erlassen, Herr Neujahr, aber da hätte ich Sie übergangen, nämlich die Umweltdeputation, und das tue ich nicht, das darf ich auch nicht, ich darf das Parlament und die Deputation nicht übergehen. Am 9. März lege ich Ihnen die Smog-Verordnung vor — den Entwurf haben Sie schon vorab bekommen, nämlich am 19. Januar dieses Jahres —, eine Woche später beschließt der Senat darüber, und am Tag danach erfolgt die Verkündung im Gesetzblatt. Dann ist das Gesetz, dann hat auch Bremen eine Smog-Verordnung.

Richtig ist auch, daß wir das Luftmeßnetz wegen der Smog-Verordnung erweitern müssen. Aber auch dies, meine Damen und Herren, und das Gegenteil lasse ich mir von Ihnen nun wirklich nicht unterstellen, habe ich schon im Dezember 1987 angekündigt, nämlich nachdem es mir in der Umweltministerkonferenz gelungen war, die Smog-Verordnung an un-

(A) sere Gegebenheiten anzupassen. Damals habe ich schon gesagt, daß wir mindestens drei weitere Meßstationen einrichten müssen, um das kontinuierliche Messen gewährleisten zu können.

Wichtig für Bremen ist aber, daß wir an das Meßstellennetz und an den Zentralrechner des Umweltbundesamtes angeschlossen sind, weil dort bundesweit alle Fakten eingehen, auch das, was im Grenzbereich passiert. Es ist für uns deshalb so besonders wichtig, weil das Frühwarnsystem funktionieren muß. Ich habe vorhin schon versucht auszuführen, daß die Kenntnis über die Höhe des Ferneintrags für unser Bundesland besonders wichtig ist, damit wir uns frühzeitig vorbereiten, die entsprechenden Maßnahmen treffen und vor allem die Bevölkerung entsprechend informieren können. Wir verfahren hier dann nach Muster-Smog-Verordnung. Das heißt, in der Vorwarnstufe, wenn Voralarm gegeben wird, werden alle aufgefordert, alles zu unterlassen, was zu einer höheren, sage ich einmal, Luftbelastung beitragen kann.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

In der ersten und zweiten Alarmstufe kommt es zu Betriebsbeschränkungen bis hin zu Betriebsverboten. Es dürfen, meine Damen und Herren, dann nur noch Pkw mit geregeltem Drei-Wege-Katalysator fahren, keine Diesel-Pkw und so weiter. Natürlich, (B) der öffentliche Personennahverkehr, das ist klar, auch Krankenwagen, bestimmte Ausnahmen muß es geben, das ist keine Frage. Deshalb empfehle ich Ihnen allen: Beschaffen Sie sich die Smog-Plakette, es gibt sie inzwischen, Herr Niederbremer, beim TÜV, bei allen Zulassungsstellen und bei der DEKRA! Sie müssen dann überhaupt keine Sorgen mehr haben, daß es hier irgendeine, sage ich einmal, Sonderveranstaltung Bremens gibt.

Im übrigen, das noch als letzten Fakt: Das ganze niedersächsische Umland ist kein Smog-Gebiet, nur ganz bestimmte Bereiche. Braunschweig hat zum Beispiel einen winzigen Sperrbezirk, er befindet sich im Innenstadtbereich, das gleiche gilt für Kassel. In Hamburg bestehen in etwa dieselben Regelungen wie bei uns. Wir haben nämlich die gesamten Stadtgebiete, also Bremen und Bremerhaven, weil es ja eine Landesverordnung ist, als Sperrbezirke ausgewiesen. Das sind die Grenzen, bis auf Bundesautobahnen, das ist klar, und bestimmte Fernverkehrsstraßen, damit eben nicht alles zum Erliegen kommt, das ist überhaupt keine Frage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr froh, daß wir im März eine Smog-Verordnung haben. Ich hoffe allerdings auch in Ihrem Interesse, daß wir diese Smog-Verordnung, die wir für das Land Bremen jetzt erlassen wollen, nie anwenden müssen. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/410 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. Altermann [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Ausbaustopp der Querlandebahn Luneort

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 16. Januar 1989 (Drucksache 12/411)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Schramm. (D)

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt ein programmatisches Papier der regierenden Sozialdemokratie, das ist überschrieben mit dem Titel: „Für die Einheitlichkeit eines politischen Ansatzes Arbeit und Umwelt". Entwickelt wurde dieses Programm unter Federführung eines an der Wirtschaftspolitik maßgeblich beteiligten Senators in diesem regierenden Senat. Man müßte eigentlich seitenlang daraus zitieren, um die Sozialdemokraten immer wieder an dieses Papier zu erinnern. Ein Zitat mag genügen! Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

„Wir dürfen aber nicht allein in der Erwartung, daß sich vielleicht Investoren finden könnten, bereits naturnahe Flächen in Sandwüsten verwandeln. Erschließungsinvestitionen dürfen nur nahe am Bedarf vollzogen werden, das insbesondere für das geplante Industriegebiet Luneplate. Das Programm Arbeit und Umwelt schließt zwar Industrieansiedlungen in ökologisch wertvollen Gebieten überhaupt nicht aus, verlangt aber doch zumindest die Prüfung der Sinnhaftigkeit von Investitionen, die Prüfung von alternativen Standorten und die Bereitstellung von entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen."

Meine Damen und Herren, das ist die Theorie von Wahlkampfprogrammen, die tatsächliche Praxis ei-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ner sinnlosen Naturzerstörung kann man an dem Beispiel Neubau einer Start- und Landebahn Luneort in Bremerhaven-Fischereihafen wieder einmal besonders nachvollziehen, denn der Neubau einer Verkehrslandebahn wird weder den formulierten Ansprüchen an Arbeit noch den Ansprüchen an die Umwelt gerecht werden! Er dient einzig und allein den ewigen Blütenträumen der alles dominierenden Wirtschaftsförderer, die selbst auch die Prüfung eventuell vorhandener, alternativer Standorte als überflüssiges Geplänkel der Umweltschutzverbände abtun.

Schon 1985, als die Blütenträume der Industrieansiedlung Luneplate geträumt wurden, versuchte die Umweltdeputation, Ausgleichs- und Ersatzflächen für die geplanten Natureingriffe in der Umgebung auszumachen, während gleich gegenüber das Hansestadt Bremische Amt nackte Tatsachen geschaffen hat: 10 000 Kubikmeter Sand erst einmal vorsorglich aufgeschüttet, damit die Fläche für den zukünftigen Landeplatz auch nicht durch Naturgesetze verlorengeht! Drastische Eingriffe in den Naturhaushalt ohne Genehmigung, ohne Information der Deputationen oder der zuständigen Umweltdezernenten der Stadt Bremerhaven, allerdings in Absprache mit dem Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr und mit dem Senator für Wirtschaft!

Die Blütenträume Luneplate sind bekanntlich geplatzt, die Ausbaupläne Flughafen Luneort aller-
(B) dings sind bis heute geblieben. Ein planfeststellungsähnliches Verfahren soll jetzt dafür sorgen, daß der Neubau vonstatten gehen kann und daß die Umweltschutzverbände oder die betroffenen Bürger keinen Grund mehr haben sollen, gegen den Neubau vorzugehen. Anhörungen, Gutachten, lose Absprachen über eventuelle Ersatzflächen sollen die ökonomische Notwendigkeit ökologischer Zerstörung plausibel und rechtlich haltbar machen.

Meine Damen und Herren, das Gebiet, in das eine neue Landebahn betoniert werden soll, gilt als international anerkanntes Vogelschutz- und Vogelbrutgebiet. Dieses Gebiet ist nach einhelliger Meinung aller Naturschutzverbände das überhaupt wertvollste Gebiet im Raum Bremerhaven und umzu. In diesem seltenen Brackwassergebiet brüten und leben Vögel, die auf der roten Liste für bedrohte Vögel ganz oben zu finden sind: Säbelschnäbler, Blaumeisen und der Vogel des Jahres 1989, der Teichrohrsänger. Daneben gedeihen seltene Pflanzen, Gräser und Gehölze.

Meine Damen und Herren, anders als verschiedene Wirtschaftsverbände haben Vögel eben keine Lobby. Das Genehmigungsänderungsverfahren für die neue Landebahn wird beantragt von der Flughafenbetriebsgesellschaft GmbH durch ihren Geschäftsführer, Herrn Walter Zacharias. Herr Zacharias ist gleichzeitig Wirtschaftsförderer in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Der Leiter der wirtschaftspolitischen Leitstelle, Werner Lenz, sitzt zugleich im Aufsichtsrat der Flughafenbetriebsgesellschaft. Genehmigungsbehörde für den Neubau ist der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, ebenfalls bekannt für seine wirtschaftsfördernde Politik. Kurz, ein illustrer Kreis wirtschaftsfördernder Politiker, die über das Wohl und Wehe der ökologischen Flächen zu entscheiden haben! (C)

Ich glaube nicht, daß allzuviel Phantasie dazu gehören wird, sich ausmalen zu können, wie wohl das Genehmigungsverfahren für den Bau einer neuen Landebahn ausgehen wird, wenn alle formalrechtlichen Bestimmungen erfüllt sein werden. Der Geschäftsführer der Flughafenbetriebsgesellschaft GmbH hat in der letzten Woche noch einmal öffentlich verkündet, er habe alles im Griff. Gemeint ist damit sicherlich das noch ausstehende Vogelschlaggutachten, das die Genehmigung bisher verzögert hat. Die Gefahr des Vogelschlages wurde in dem bisher vorgelegten landschaftspflegerischen Begleitplan völlig außer acht gelassen und mußte somit nachgeholt werden.

Uns liegt bisher nur eine zweiseitige Vorabeinschätzung über die Gefahren des Vogelschlages im Flugverkehr und den damit vorzuschlagenden Gegenmaßnahmen vor, und die sind allerdings so radikal, daß man wohl zu Recht davon sprechen kann, den Vogelschlag im Griff zu haben. Der Gutachter schlägt nämlich vor, alle Feuchtstellen in dem Gelände, alle Schilfflächen, alle Gehölzvorkommen in dem gesamten Gebiet zu beseitigen, um ein für allemal den Brutgelüsten der Vogelwelt den Garaus machen zu können. (D)

Meine Damen und Herren, aus der Sicht des Gutachters ist das natürlich logisch, wo keine Vögel sind, gibt es auch keine Vogelschlaggefahr. Konsequenz: Zirka 60 Hektar ökologisch wertvoller Fläche werden total plattgemacht, 30 Hektar davon sind auch durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen überhaupt gar nicht wieder renaturierbar. Das ist es doch, worauf die Umweltschutzverbände immer wieder hinweisen. Sie können noch so viele Gespräche mit Niedersachsen über eventuelle Ersatzmaßnahmen führen. Sie schaffen eben keinen Ersatz für diese versiegelten Flächen! Wo sollen die Vögel denn in der Zwischenzeit brüten, bis die Ersatzflächen angenommen worden sind? Nach Auskunft von Experten dauert diese Annahme zirka 30 bis 50 Jahre.

Meine Damen und Herren, ein solcher Eingriff ist nicht ausgleichbar und verstößt von vornherein gegen geltendes Naturschutzrecht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein solcher Eingriff ist meines Erachtens auch ökonomisch gar nicht notwendig. Die ökonomische Notwendigkeit dieser Baumaßnahme muß gutachtlich, juristisch nachprüfbar nachgewiesen werden. Dazu dient sicherlich ein Gutachten, erstellt vom Universitätsprofessor Seidenfuß aus Münster, der die zukünftige Verkehrsentwicklung und die regionale Be-

(A) deutung für die Seestadt untersucht und beurteilt. Dieses Gutachten liegt dem Auftraggeber, dem Senat und anderen Stellen vor, die parlamentarische Opposition allerdings muß bis heute auf die Argumentation aus diesem Gutachten verzichten. Es ist uns trotz intensiver Bemühungen leider nicht gelungen, einen Einblick in das gesamte Verkehrsgutachten zu erhalten.

Meine Damen und Herren, ein für die Beurteilung der Situation zentrales Gutachten wird von einer Flughafenbetriebsgesellschaft in Auftrag gegeben und fällt nicht unter das öffentliche Genehmigungsverfahren, obwohl diese Gesellschaft eine öffentliche ist und von Vertretern des Magistrats kontrolliert und beaufsichtigt wird. Was uns bleibt, ist, uns mit den proklamierten Zielen aus den Wirtschaftsförderungsanträgen zu begnügen und eigene Recherchen zur Grundlage der Beurteilung zu machen. Proklamiert wird erstens eine zunehmende Nutzung reiseintensiver Betriebe der Region, besonders von reiselustigen Managern der Werftindustrie, und zweitens ein zunehmendes Flugaufkommen durch neue Linien oder Charterdienste der Fluggesellschaften vor Ort.

Zu eins: Es ist ja gerade das Problem Bremerhavens, daß sogenannte reiseintensive Betriebe ihren Verwaltungsstandort nicht in Bremerhaven, sondern in der Regel in Bremen haben. Die Managementzentralen der Werften, der Sitz der Reedereien,
(B) der Sitz von Maklerbüros und der Schiffahrtsbanken, das Verwaltungszentrum der BLG, das Management von Unilever, alles das sitzt eben nicht in Bremerhaven, sondern außerhalb. Also, das exportorientierte Management sitzt nicht in Bremerhaven und nimmt auch zukünftig diesen Flugdienst nicht in Anspruch.

Zu zwei: Eine Ausweitung des Passagieraufkommens durch zusätzliche Liniendienste oder Charterdienste ist nach ausdrücklicher Auskunft der ansässigen Lufttransportgesellschaft OLT nicht zu erwarten. An Expansion in diesem Bereich wird eben nicht gedacht. Eine Anbindung an Düsseldorf, Frankfurt ist ebenfalls nicht kalkuliert. Weder der Helgolandverkehr noch sonstiger Verkehr soll in ferner Zukunft eine Ausweitung erfahren. Was bleibt, ist gegebenenfalls das Individualinteresse eines Großunternehmers im Fischereihafen, der offensichtlich Interesse an einem Ausbau der Start- und Landebahn bei den entsprechenden Stellen angemeldet hat.

Meine Damen und Herren, der ökologische Preis für eine solch spezielle Wirtschaftsförderung scheint uns zu hoch! Aber es gibt noch einen anderen Aspekt, der zu berücksichtigen ist. Es ist gerade ein Trauerspiel, wenn man sich vor Augen führt, wie sich die Verkehrsanbindung Bremerhavens durch die Bundesbahn entwickelt. Statt eines Ausbaus der Schienenanbindung werden immer mehr Verbindungen in das Hinterland gekappt, und ich muß die ökologische Sinnhaftigkeit des Schienenverkehrs hier nicht noch einmal wiederholen, die Bahn ist offensichtlich das sinnvollste Verkehrsmittel für den (C)
Personen- und den Güterverkehr. Es müßte allerdings das vorderste Anliegen eines Senators für Verkehr sein, genau diesen Schienendienst zu entwicklen und nicht auf den Flugverkehr auszuweichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alle Recherchen zeigen, daß die ökonomischen Erwartungen, die der Senat und andere an den Ausbau der Landebahn haben, kurzfristig, mittelfristig und langfristig sich als unrealistisch erweisen werden. Achteinhalb Millionen DM für die sinnlose Zerstörung ökologisch wertvoller Flächen, ohne Ausgleich, ohne Ersatzmöglichkeiten, ohne erkennbare ökonomische Notwendigkeit, lassen sich weder mit der Natur noch mit dem Programm Arbeit und Umwelt, noch mit der Politik einer sinnvollen Verkehrsanbindung vereinbaren!

Senator Beckmeyer hat in der letzten Bürgerschaftssitzung verkündet, Projekte, die erkennbar mit den Grundsätzen sozialer ökologischer Verträglichkeit kollidieren, werden nicht mehr gefördert. Meine Damen und Herren von der SPD, stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu, und verhindern Sie damit eine weitere Zerstörung wirklich nur noch knapper ökologischer Flächen! — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der (D)
Abgeordnete Hoyer.

Abg. **Hoyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns, so sehe ich das jedenfalls, erst am Beginn der parlamentarischen Auseinandersetzung über den geplanten Ausbau des Verkehrslandeplatzes Luneort in Bremerhaven. Nun muß ich feststellen, Herr Kollege Schramm, Sie nehmen das Ergebnis aus Ihrer Sicht eigentlich schon vorweg. Ich denke, wir wollten das erst einmal in aller Ruhe behandeln, diskutieren und dann zu Schlüssen kommen. Aber gut, das ist Ihr Problem! Man mag die Existenzberechtigung des Flugverkehrs bestreiten, Herr Kollege Schramm, man mag weiter den Bau oder Ausbau von Flugplätzen für naturvernichtend und damit für schädlich halten, und man mag drittens, daraus folgend, die Weiterentwicklung von Flugzeugen für sinnlos erachten!

Das Rad aber der Weiterentwicklung des Flugverkehrs wird man über diese Einstellung nicht anhalten und schon gar nicht zurückdrehen. Das müssen wir erst einmal zur Kenntnis nehmen! Diese Erkenntnis ist auch für uns, so meine ich, die Ausgangslage unserer heutigen, so hoffe ich, kurzen Debatte. Wer diese Ausgangslage allerdings nicht zur Kenntnis nehmen kann oder will, aus welchen Gründen auch immer, diskutiert am Thema vorbei.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Es ist eine Frage, ob man das machen will!)

(A) Die Bereitschaft dagegen, diese Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen, beinhaltet logischerweise auch die Bereitschaft, die Infrastruktur am Boden dieser Weiterentwicklung anzupassen. Das eine geht nicht ohne das andere. Wer das unterläßt oder bekämpft, koppelt sich ganz bewußt von der Entwicklung im Luftverkehr ab, und da sage ich als Bremerhavener Sozialdemokrat, so etwas wird man mit uns nicht machen können!

Nun konkret zum Verkehrslandeplatz Luneort! Ich möchte in diesem Zusammenhang zuerst Bremerhavener Wirtschaftsförderer zitieren:

„Die Bremerhavener Wirtschaft signalisiert", so die Wirtschaftsförderer, „wachsendes Interesse an der Errichtung eines Flugplatzes der sogenannten Klasse zwei, um mit größeren Flugzeugen starten und landen zu können." Weiter: „Firmen, die Interesse am Standort Bremerhaven haben, vermissen gerade einen solchen Flugplatz." Und noch einmal: „Es ist davon auszugehen, daß die infrastrukturfördernde Absicht, den Verkehrslandeplatz Luneort auszubauen, die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Bremerhavener Wirtschaftsraumes und der angrenzenden Regionen nachhaltig erhöhen wird. Der Standortnachteil Bremerhavens, bedingt durch die periphere Lage der Stadt, könnte" — und das habe ich natürlich mit Interesse gelesen — „durch den Ausbau und die Modernisierung von Luneort erheblich verringert werden."

Also, „könnte" bedeutet auch, wir sind nicht unbe-
(B) dingt als Wirtschaftsförderer der festen Überzeugung, daß es so kommen wird, und darüber wird man zu diskutieren haben! Soweit die Wirtschaftsförderer!

Die Gegenseite, die Umweltverbände, befürchtet, daß durch den geplanten Ausbau von Luneort ein international bedeutsames Brut- und Rastgebiet für bedrohte Vogelarten vernichtet wird. Sie haben jetzt die ganzen Vogelarten aufgezählt.

(Abg. Schramm [DIE GRÜNEN]: Drei nur!)

Ich habe die bei mir auch stehen, ich möchte das jetzt also nicht wiederholen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Fehlen da denn noch welche? Ich denke, er hat die ganze Vögelei aufgezählt!)

Nein, ich bin der Meinung, wir haben das identisch!

(Abg. v. Nispen [FDP]: Welche Meise fehlt denn noch?)

Die Blaumeise!

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Sie haben wohl Ihre Erfahrungen gemacht!)

Die Umweltverbände haben also eine ganz klare Position. Die Naturschützer halten die angebotenen Ausgleichsflächen für untauglich, wie man lesen (C) konnte, auch wird mit Klage gedroht. Ich bin der Meinung, wenn man gleich am Anfang einer solchen Auseinandersetzung mit Klage droht, dann vermiest man das politische Klima, in dem solche Diskussionen ja reifen sollen. Ich halte es nicht für ein taugliches Mittel, damit anzufangen.

Ich nehme die Argumente der Wirtschaftsförderer auf der einen Seite und die der Naturschützer auf der anderen Seite sehr ernst. Wir haben es hier mit einem als klassisch zu bezeichnenden Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie zu tun. Das ist doch so, was den Zielkonflikt angeht! In der Vergangenheit wurden solche Konflikte immer zugunsten der Ökonomie entschieden, egal, was es auf seiten der Ökologie kostete! Das ist heute anders, zumindest im Bundesland Bremen! Nicht bemerkt hat diese geänderte Situation, so konnte man der „Nordsee-Zeitung" entnehmen, wohl nur der christdemokratische Stadtverordnete Paul Bödeker, denn sonst würde er die nachdenkliche Position des Hafensenators nicht als zögerlich bezeichnen.

Wir haben in Bremen das Naturschutzgesetz. Es wurde von Sozialdemokraten in die Bürgerschaft eingebracht, hier gemeinsam mit den Oppositionsparteien beraten und beschlossen, und das zu einem Zeitpunkt, Herr Schramm, das darf man ja auch einmal sagen, als es die GRÜNEN hier noch nicht gab! Von daher gibt es auch keinen Alleinvertretungsanspruch der GRÜNEN in Sachen Naturschutz. (D)

Noch einmal, Herr Kollege Schramm! Sie haben in einer „Buten-un-binnen"-Sendung — vor zirka zwei Wochen war das, ich weiß den Termin nicht genau — erklärt, daß Bremerhavener Hoteliers gegen den Ausbau von Luneort seien. Ich habe auf der einen Seite Verständnis dafür, daß Hoteliers Angst davor haben, daß ihre Betten leer bleiben, weil jemand kurz einfliegt und dann wieder abschwirrt, das ist noch nachvollziehbar für mich, aber auf der anderen Seite kann das doch nicht bedeuten, daß Bremerhaven in das Postkutschenzeitalter zurückversetzt wird, nur damit die Hotelbetten in der Seestadt zur Freude der Hoteliers belegt sind.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Nicht Postkutsche, Eisenbahn wollen wir!)

Ja, dazu komme ich auch noch! Nun zum Antrag! Punkt vier des Antrags, Herr Schramm, daß der Senat sich um eine bessere Anbindung Bremerhavens an den überregionalen Eisenbahnverkehr kümmern sollte, ist aus meiner Sicht überflüssig. Das kann man nun wirklich feststellen, das tut der Senat! Es ist allerdings nicht so, daß, wenn der Senator Konrad Kunick in Frankfurt der Bundesbahn sagt, ihr müßt mehr tun, die strammstehen; so ist das ja nun auch nicht, dazu gehören zwei! Ich denke, das ist ein Vorwurf, der den Senat nicht trifft.

Wir beantragen, die Drucksache 12/411 zu überweisen, und zwar an die HSV-Deputation, weil Luft-

(A) verkehr in den Bereich dieser Deputation fällt, an die Deputation für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel, weil die aus dem WAP so etwas bezahlen müßte, an die Umweltschutzdeputation, weil Umweltschutz nun wirklich von einem geplanten Ausbau tangiert ist, und an die Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Weil die da überwegfliegen!)

weil Luneort auf dem Gelände des Fischereihafens ist. Nun haben wir mit diesem Antrag das halbe Parlament beschäftigt! Die letztere Deputation, die Fischereihafendeputation, soll federführend sein. Soweit ich mit Ihnen gesprochen habe, Herr Schramm, haben Sie signalisiert, daß Sie dieser Überweisung zustimmen würden. Diese vier Deputationen sollen die schwierige Materie beraten. Ich gehe davon aus, daß die Verwaltung diesem Beratungsprozeß assistierend zur Seite steht und auch die in ihrem Besitz, hätte ich fast gesagt, befindlichen Unterlagen zur Verfügung stellt. Es muß ein Weg gefunden werden, der Ökonomie und Ökologie gleichwertig zum Zug kommen läßt. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

(B) Abg. **Neujahr** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, Herr Kollege Schramm, daß dieser Antrag unter verschiedenen Aspekten zu betrachten ist, deren Bedeutung und Alternativen abgewogen werden müssen, bevor entschieden wird, und da setzen wie allerdings die Gewichte ganz anders als Sie: Für uns gibt es keinen Zweifel, daß es sich bei dem Gebiet Luneort um ein ökologisch wertvolles Gebiet handelt. Aber dieses Gebiet ist auch das einzige in Bremerhaven, das den Bau einer Lande- und Startbahn der Klasse zwei erlaubt.

(Abg. S c h r a m m [DIE GRÜNEN]: Woher wissen Sie das?)

Wenn Sie sich die Geographie Bremerhavens ansehen und einmal die Landesgrenzen betrachten, dann werden Sie sehr bald feststellen, daß es kein anderes Gebiet gibt, das für eine Landebahn dieser Klasse in Frage kommt.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Fahrrad mit Schwimmflossen, damit Sie es wissen!)

Wenn man diese Bahn für die Strukturverbesserung Bremerhavens insgesamt für wichtig und notwendig hält, dann muß man auch sagen, daß es bedingt durch diese engen Ländergrenzen eben keine Alternative dazu gibt. Die Schaffung der Start- und Landebahn steht und fällt also mit diesem Gebiet. Um es gleich zu sagen: Die FDP hält die Bahn für die Zukunft Bremerhavens für ganz wichtig!

Seit Jahren wird die wirtschaftliche Monostruktur (C) Bremerhavens beklagt als eine ganz wesentliche Ursache für die wirtschaftliche Schwäche der höchstverschuldeten Stadt in der Bundesrepublik. Wer folglich diese Schwäche beseitigen will, und das wollen nach meiner Kenntnis auch die GRÜNEN, ein bißchen unsystematisch zwar und mit mangelhafter Konsequenz, der muß auch bereit sein, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wer wie die FDP ja gesagt hat zur Erweiterung der FBG zur FBEG, wer also im Fischereihafen ein künftiges Zentrum der Lebensmittelindustrie sieht, der muß auch die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Nach diesen Überlegungen, meine Damen und Herren, kann sich die Streitfrage nur daran entzünden, ob die Querlandebahn Luneort eine derartige notwendige Voraussetzung ist oder nicht. Wir meinen, daß sie es ist und von daher eine existentielle Bedeutung für die Zukunft Bremerhavens und für die Region hat.

(Beifall bei der FDP)

Die Querlandebahn mit einer Länge von über 920 Metern läßt Starts und Landungen von Flugzeugen bis zu sieben Tonnen und 16 bis 18 Plätzen zu und schafft damit die für unsere Region notwendigen Voraussetzungen für einen kleinen Personen- und (D) Frachtverkehr. Die Argumentation, daß das Luftverkehrsaufkommen bisher für Bremerhaven und in Bremerhaven gering sei und von daher der Bau nicht notwendig sei, muß als völlig verfehlt bezeichnet werden, denn wo nichts ist, da kann auch nichts herkommen!

Der schnelle Luftverkehr ist ganz sicher der Verkehr der Zukunft. Wer die Zukunft Bremerhavens will, der darf nicht in die Vergangenheit zurück. Angesichts dieser Tatsache fällt nun allerdings den GRÜNEN nichts Besseres ein, als die einfältige vierte Forderung, sich um eine bessere Anbindung Bremerhavens an den überregionalen Eisenbahnverkehr zu kümmern.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Das ist nämlich die Zukunft!)

Eine typische Forderung! Ich charakterisiere diese Forderung an sich, weil Sie, wie in vielen Forderungen von Ihnen, nicht eine einzige konkrete Maßgabe nennen, wie das denn zu geschehen habe! Sie sagen also nur, kümmern Sie sich darum, und dann läuft schon alles!

Man stelle sich einmal vor, ein ansiedlungswilliger Unternehmer, den wir für die Region brauchen, fliegt beispielsweise von Stuttgart nach Bremen, steigt am Flughafen in ein Taxi, fährt mit dem Taxi zum Bahnhof, wartet dort, fährt dann mit dem Zug nach Bremerhaven, steigt in ein Taxi und fährt in

(A) den Fischereihafen, und das gleiche zurück! Ich glaube, diesen Unternehmer wird es nicht geben. Selbst wenn er vom Flughafen Bremen in einen Wagen steigt und durch Bremen in Richtung Fischereihafen/Bremerhaven fährt, wird diese Verbindung kaum schneller sein. Da ist, glaube ich, die Verbindung von Stuttgart nach Bremen schneller als die von Bremen nach Bremerhaven.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Kennen Sie einen solchen ansiedlungswilligen Unternehmer? Ich kenne aber keinen!)

Ja, die suchen wir, Herr Tiefenbach! Wenn wir sie jetzt nicht kennen, dann müssen wir uns verstärkt um solche ansiedlungswilligen Unternehmer bemühen, denn wer die Strukturverbreiterung für diese Region will, muß sich bemühen und muß die Voraussetzungen schaffen!

Weitere Tatsachen sprechen für die Querlandebahn: Die Technische Universität Berlin hat die notwendigen Abstände beispielsweise zur Weser, zum Klärwerk und zum Raiffeisenturm untersucht und für gut befunden. Die Querlandebahn entlastet im übrigen den Stadtteil Wulsdorf, den Fischereihafen und die Straße Am Luneort von Beeinträchtigungen durch Starts und Landungen. Die Gefährdung der Kleinflugzeuge durch Schiffe oder Kräne im Fischereihafen, wie sie jetzt gegeben ist, entfällt. Luneort (B) ist gewissermaßen Industrieerwartungsgebiet, ein Bauverbot gibt es dort im übrigen nicht!

In unmittelbarer Nähe gibt es eine Luftwerft, die Triebwerke und Elektronik warten und reparieren kann. Die Querlandebahn grenzt unmittelbar an die Luneplate, eventuell ein weiteres, wichtiges Gebiet der Zukunft, und befindet sich im übrigen in der Nähe zum geplanten Wesertunnel bei Dedesdorf. Sieben Millionen DM sind bereits durch die Aufspülungen verbaut, eine Investition, die sinnvoll ist, weil der Baubeginn beschleunigt werden kann, im übrigen ist auch dieses Gebiet in der Vergangenheit landwirtschaftlich genutzt worden.

Es bleibt also die Tatsache, daß ein kleines, ökologisch wichtiges Gebiet beeinträchtigt wird. Aber hier gibt es Verhandlungen mit dem Landkreis Cuxhaven, der sich ebenfalls Nutzen von der Landebahn verspricht, über Ausgleichsmaßnahmen am Rande der Tegeler Plate, ein hervorragend geeignetes Ausgleichsgebiet. Wie weit ein möglicher Vogelschlag ein Argument gegen den Bau ist, Herr Schramm, kann, glaube ich, überzeugend nicht nachgewiesen werden, denn Vogelschlag hätte auch bei der jetzigen Situation gegeben sein müssen. Er hat sich bislang Gott sei Dank nicht ereignet!

Die Wertung der gesamten Argumentation ergibt für uns ein klares Ja zum Ausbau der Querlandebahn Luneort!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der (C) Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die langfristige Stabilisierung und Weiterentwicklung von Bremerhavens Wirtschaft findet im Sonderprogramm Bremerhaven, im WAP 1995 ihre besondere Berücksichtigung. Der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Luneort gehört zu den benannten Einzelmaßnahmen, die dem Wunsch nachkommen, moderne Infrastruktur zu entwickeln und auch vorzuhalten. Der Senat, die Senatskommission für Wirtschaftsstrukturpolitik und der Bremerhavener Magistrat haben sich bereits für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes ausgesprochen. Dies gilt auch für den obersten Wirtschaftsförderer in Bremerhaven, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft ist, Werner Lenz.

Wenn man nun für sieben Millionen DM bereits Sand da aufschüttet und anfängt zu bauen und die Entscheidungen allerdings so gefallen sind, ist es schwer nachvollziehbar für mich, Herr Kollege Hoyer, warum Sie nun noch anfangen wollen zu diskutieren oder erneut anfangen wollen zu diskutieren oder wie auch immer!

(Abg. H o y e r [SPD]: Es war doch noch nicht genehmigt!)

(D) Das ist in der Fischereihafendeputation beschlossen worden, falls Sie das vergessen haben sollten, aber das macht jetzt nichts! Es muß ja irgendwo beschlossen worden sein!

(Abg. H o y e r [SPD]: Das ist eben nicht beschlossen worden! — Zuruf des Abg. T i e d e m a n n [SPD])

Das ist beschlossen worden, Herr Kollege Tiedemann, in Verbindung mit einer anderen Maßnahme in der Fischereihafendeputation. Jetzt nicken Sie, also sind wir uns einig!

Nun zu Ihnen, Herr Schramm! Sie können sich natürlich hier hinstellen und eine solche Rede halten, wenn Sie nur Kontakt mit einer Seite nehmen, in diesem Fall also den Umweltschützern, und den Kontakt offenbar zu den Stellen in Bremerhaven, die sich um Wirtschaftsförderung bemühen, nicht gesucht haben. Das Gutachten, von dem Sie hier sprachen am 20. 11. 1986, von Professor Dr. Seidenfuß liegt nämlich inzwischen vor und kommt im wesentlichen zu folgenden kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen, und die möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, und damit der Öffentlichkeit auch nicht vorenthalten, dann brauchen wir jedenfalls diese nicht mehr zu diskutieren:

„Erstens: Gewerbliche Flugdienste können unmittelbar größeres Fluggerät einsetzen, das Vorteile für das Management reiseintensiver Unternehmen

(A) bringt. Zweitens: Unternehmen, welche die Anschaffung eines Geschäftsreiseflugzeuges planen, können diese Absicht sofort realisieren. Drittens: Vorteile ergeben sich ebenfalls für die exportorientierten Unternehmen, speziell die Werftindustrie. Viertens: Durch die Charterung größeren Fluggeräts lassen sich Versetzungen von Schiffsmannschaften durchführen. Fünftens: Durch die höhere Attraktivität des Verkehrslandeplatzes läßt sich zusätzliches Passagieraufkommen für die OLT gewinnen."

Ich fahre fort mit dem Zitat: „Folgende Auswirkungen sind mittelfristig zu erwarten: Erstens: Nach der Befragung stehen nahezu alle Unternehmen dem Landeplatz aufgeschlossen gegenüber, daher kann man mit Aufkommensverschiebungen von der Straße auf das Flugzeug rechnen. Zweitens: Durch die Ansiedlung von Unternehmen mit direkter Beziehung zum Verkehrslandeplatz lassen sich positive Beschäftigungswirkungen erreichen. Dazu sollten die Gespräche mit den Firmen intensiviert und mit Dornier-See-Star neu in Angriff genommen werden. Drittens: Bei weiter steigendem Aufkommen lohnt sich der Aufbau einer Linie im Regionalluftverkehr. Zur Vorbereitung einer solchen Linie kann ein regelmäßiger Zubringerdienst sinnvoll sein. Durch beide Maßnahmen verbessert sich die verkehrliche Anbindung dieser entlegenen Region. Viertens: Im Rahmen der weiteren Entwicklung der logistischen Systeme ergeben sich Vorteile für luftfrachtfreie Industrien."

(B) Folgende Auswirkungen, meine Damen und Herren, sind nach diesem Gutachten langfristig zu erwarten: „Erstens: Durch den Ausbau verbessert sich die Standortgunst der Region." Deswegen wird das auch vom Landkreis begrüßt. „Zweitens: Die regionale Wirtschaftsstruktur erfährt eine positive Beeinflussung." Im übrigen führt der Ausbau zu einer Beruhigung, was die Ein- und Ausflugschneisen jetzt betrifft, verglichen mit der zu verlängernden, der Ortsteile Wulsdorf und Marnhausen.

Diesem Gutachten kann sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion nur anschließen und wird aus dem Grunde den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Angesichts von fast 20 Prozent Arbeitslosen in der Seestadt Bremerhaven, trotz Rückgang der Einwohnerzahl, muß alles getan werden, um die Attraktivität Bremerhavens als Wirtschaftsstandort zu steigern. Um so mehr bedauert die CDU-Fraktion das Kompetenzgerangel innerhalb der SPD sowie verschiedener senatorischer Dienststellen. Dies muß unverzüglich im Interesse der Sache eingestellt werden, und die CDU-Fraktion erwartet von der SPD-Fraktion und vom Senat ein klares Ja für den Ausbau der Landebahn, und zwar hier und heute.

(Beifall bei der CDU)

Da die Planung bereits über zwei Jahre läuft, ist es ein erneuter Beweis der Konzeptionslosigkeit und des Kompetenzgerangels zwischen dem Bremerhavener Magistrat und verschiedener senatorischer Dienststellen, daß über die Problematik der Gefahren durch Vogelflug sowie über eine Ersatzfläche für das Weichen eines Teiches als Biotop für Vögel und Wassertiere viel zu spät, nämlich am vergangenen Montag, dem 27. 2. 1989, erste Gespräche mit dem Landkreis geführt werden sollten. Das hätte man nach unserer Einschätzung mindestens dann tun können, als man das Gutachten in Auftrag gegeben hatte, das ist über zwei Jahre her, und da der früher für die Wirtschaftsansiedlung allein Verantwortliche, Herr Zacharias, das ist ja Ihr Parteifreund, gleichzeitig der Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist, haben wir dafür überhaupt kein Verständnis. (C)

(Beifall bei der CDU)

Für diese Naturflächen, die vernichtet werden, müssen nach dem Bremischen Landschaftsschutzgesetz geeignete Ersatzflächen geschaffen werden. Dies ist allen Beteiligten seit mehreren Jahren bekannt. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion erwartet vom Senat, daß einerseits hierdurch keinerlei Verzögerung der Flugplatzerweiterung eintritt, andererseits das Landschaftsschutzgesetz eingehalten, die Gefahren durch Vogelschlag beseitigt und so wenig wie möglich der Naturflächen vernichtet werden.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem erwartet die CDU-Bürgerschaftsfraktion erfolgreiche Verhandlungen mit dem Landkreis über eine Ersatzfläche für einen Teich als Biotop für die Vögel und Wassertiere. Wir lehnen diesen Antrag ab. Wir können es nicht ändern, wenn Sie mit Mehrheit beschließen, in eine neue Diskussionsrunde in der Fischereihafendeputation, Herr Hoyer, wenn ich Sie richtig verstanden habe, einzutreten. (D)

(Zuruf des Abg. H o y e r [SPD])

Vier Deputationen! Das darf allerdings, das möchte ich hier deutlich sagen, auf gar keinen Fall dazu führen, daß der Ausbau dieses mit WAP-Mitteln finanzierten und deswegen auch unter Zeitdruck stehenden notwendigen Infrastrukturprojektes für die Attraktivität des Standortes Bremerhaven sich auch nur um eine Woche verzögert. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Kunick.

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr und für das Bauwesen Kunick: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr ist Planfeststellungsbehörde, die die Aufgabe hat, alle Argumente sorgfältig abzuwägen. Die heutige Bürgerschaftsdebatte wird dabei eine Rolle spielen. — Schönen Dank!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

(A) Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN) *): Herr Hoyer, wir haben im Vorfeld bereits abgesprochen, daß wir dem Antrag auf Verweisung in die vier Deputationen zustimmen werden. Wir geben uns allerdings nicht der Hoffnung hin, daß dadurch das Genehmigungsverfahren in irgendeiner Form noch positiv in unserem Sinne entschieden werden wird, denn ich meine, die bisherige Sachlage zeigt eindeutig, daß bisher Pflöcke eingeschlagen worden sind, nämlich Pflöcke für den Ausbau und für den Neubau der neuen Start- und Landebahn. Das kann man einfach nicht übersehen, wenn man sich die Sachlage ansieht.

Es gibt auf Androhung von Klage der Umweltschutzverbände einen Briefwechsel zum Beispiel zwischen dem Vertreter dieser Verbände und dem Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, in dem diese Behörde, die eben hier dargelegt hat, daß sie noch abwägen wird, bereits festgestellt hat, daß es keinen alternativen Standort geben wird und daß daraus folgt natürlich der Bau der Start- und Landebahn genau eben an dieser Stelle. Ich meine, das ist ein Pflock, den man einfach nicht mehr übersehen kann, der natürlich auch durch Überweisung der Anträge nicht mehr herauszuziehen sein wird.

Herr Hoyer, Sie haben gesagt, Sie hätten auch Verständnis für die Argumente der Wirtschaftsförderung, Bremerhaven dürfe nicht abgekoppelt werden von der Entwicklung der Wirtschaft in dieser Randlage. Was würde das bedeuten, wenn man das auf den Flughafen bezieht? Das würde doch bedeuten,
(B) daß man alle Eventualitäten, wirtschaftsfördernde Eventualitäten bereithält und Infrastrukturen aufbaut, die vielleicht in ferner Zukunft einmal von Wirtschaftsförderern an die Stadt herangetragen werden. Das ist doch ein Ausbau der Infrastruktur, der aus ökologischen und auch aus haushaltsrechtlichen Gründen überhaupt nicht zu vertreten ist.

Es gibt doch im Ruhrgebiet zentrale Industriestandorte, die überhaupt nicht durch einen Flughafen angebunden sind, Standorte, die in einer sehr viel höheren industriellen Entwicklung sich befinden als Bremerhaven. Auch diese Standorte sind von Managern durch andere Verkehrsmittel durchaus rechtzeitig und schnell zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen mir einmal darlegen, Herr Neujahr, welchen zeitlichen Vorteil sollen denn die Manager dadurch erringen, daß sie Bremerhaven per Flugzeug ansteuern können, wenn sie doch durch eine direkte Verbindung an den Bremer Flughafen in kürzester Zeit auch hier eine Flugverbindung in Anspruch nehmen können! Es kann sich doch hier nur um einen Zeitraum von 30 bis 45 Minuten handeln, der sich auch nicht durch Inanspruchnahme des Flugverkehrs im wesentlichen verringern lassen wird.

Zum Ausgleichsgebiet Tegeler Plate möchte ich noch sagen, ich glaube, ich habe die Argumente der Umweltschutzverbände hier ausreichend dargelegt, (C) die ja gerade sagen, daß bei Ersatzmaßnahmen es einen Zeitraum erfordert von 30 bis 50 Jahren, bis sich die Vogelwelt an diese neue Situation gewöhnt hat, und Sie müssen mir hier an dieser Stelle einmal beantworten, was denn die brütenden Vögel in diesen 30 bis 50 Jahren in der Zwischenzeit tun sollen.

Dann haben Sie gesagt, der Vogelschlag würde keine Gefahr darstellen. Auch da ist Ihnen sicherlich entgangen, daß alle großen Flughäfen Vergrämungsmaßnahmen treffen, wo morgens bis nachts jemand steht, der mit der Schrotflinte auf vorbeifliegende Vögel schießt, damit sie nicht in die Propeller oder in die Düsen dieser aufsteigenden Fluggeräte geraten, und Dr. Hilt, der dieses Vogelschlaggutachten erstellt hat, weist in seinem Vorgutachten bereits auf verschiedene Abstürze hin, die durch Vogelschlag erfolgt sind. Da können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen, der Vogelschlag wäre keine Gefahr für aufsteigende Flugzeuge!

Das Argument von Herrn Wilhelms ist mir neu, daß es bereits einen Beschluß gegeben haben soll, der den Ausbau der Landebahn in der Fischereihafendeputation vorsieht. Das bestätigt natürlich unsere Theorie, daß hier bereits starke Pflöcke eingeschlagen worden sind und die Argumente der Umweltschutzverbände nur noch am Rande als Feigenblatt hier eine Rolle spielen. — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Schramm, Überweisung an die Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr?

(Abg. Schramm [DIE GRÜNEN]: Ja, vier Deputationen! — Abg. Hoyer [SPD]: Vier Deputationen, Fischereihafen federführend!)

Fischereihafen federführend! Und welche anderen Deputationen?

(Abg. Hoyer [SPD]: HSV, Wirtschaft, Technologie und Außenhandel und Umwelt!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

Abg. **Tiedemann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wilhelms, ich finde, Sie haben einen gedanklichen Fehler begangen. Auf der einen Seite haben Sie die Sozialdemokraten aufgefordert, dort nun einmal Farbe zu bekennen zu dem Projekt, und auf der anderen Seite haben Sie davon gesprochen, sogar das, was im Moment noch gar nicht vorliegt, nämlich eine abgeschlossene Planung sei in der Fischereihafendeputation bereits beschlossen worden. Schon derjenige, der Ihnen zugehört hat, muß auf Anhieb erkennen, daß das eine das andere ausschließt, und deswegen zur Sache!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Natürlich haben wir uns in der Fischereihafendeputation wie in der Deputation für Wirtschaft und wie auch hier in der Bremischen Bürgerschaft mit dem Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm befaßt, und unter anderem ist der Ausbau des Flugplatzes Luneort ein Punkt aus dem Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm. Wir haben auch bei den Finanzverhandlungen zwischen Bremerhaven und Bremen erfreulicherweise erreicht, daß die Finanzierung dieses Projektes, was die zukünftigen Folgekosten betrifft, vom Land Bremen sichergestellt wird. Dies war ja ein Punkt, und der ist im Interesse Bremerhavens geregelt worden.

Nur, der gegenwärtige Stand ist der, und davor kann man die Augen nicht verschließen, und insbesondere kann man dies auch nicht durch einen Beschluß von Deputationen ersetzen, wir haben zwar die Beschlüsse gefaßt und das Geld bereitgestellt, aber die Planung wird von der Gesellschaft gemacht, die dort den Flugplatz erweitern will, und diese Planung ist noch nicht abgeschlossen. Das ist der Grund dafür, warum auch die luftverkehrsrechtliche Genehmigung des Hafensenators noch nicht vorliegt. Das bedeutet mit anderen Worten, da auch die Verhandlungen über mögliche Ausgleichsnotwendigkeiten erst eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen worden sind, daß jeder, der die Gerichte bemüht, die Bauarbeiten stillegen kann. Darüber ist berichtet worden auch in den Zeitungen, die GRÜNEN haben dies deutlich gemacht, auch die Umweltschutzverbände haben dies deutlich gemacht. (B)

Herr Wilhelms, Sie wissen natürlich ganz genau, daß man auch durch noch so markige Worte Planung und endgültige Entscheidung der zuständigen Behörde eben nicht ersetzen kann. Deswegen ist die Überweisung der Anträge an die zuständigen Deputationen völlig richtig, und deswegen hat mein Kollege Hoyer das hier auch beantragt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit!

(Unruhe)

Lassen Sie sich bitte nicht durch eine Geräuschkulisse irritieren! Es ist beantragt worden, den Antrag an die Deputationen für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Wirtschaft, Technologie und Außenhandel, Umweltschutz und an die Fischereihafendeputation zu überweisen, wobei die Fischereihafendeputation die Federführung haben soll.

Wer mit dieser Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und DIE GRÜNEN)

Ja, bitte sehr!

Das Wort hat Herr Wilhelms zur Geschäftsordnung. (C)

Abg. **Wilhelms** (CDU): Wir haben beschlossen, den Antrag abzulehnen. Wir meinen, daß das der weitergehende Antrag ist, und dann muß über die Überweisung abgestimmt werden.

Präsident Dr. Klink: Nein, es wird erst einmal über den Überweisungsantrag abgestimmt und dann in der Sache selbst.

Also, wer mit der Überweisung einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen!

(Dafür SPD und DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP und Abg. Altermann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Überweisung ist damit angenommen. Die Sachentscheidung kommt ja dann immer noch, wenn der Antrag wieder ins Parlament zurückkommt.

Meine Damen und Herren, damit wäre dieser Punkt erledigt. Wir haben uns vorgenommen, so wurde mir zumindest gesagt, heute die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN, Gentechnologie und Humangenetik, entgegenzunehmen. Wenn das der Fall ist, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir jetzt diesen Punkt aufrufen. (D)

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen!

(Einstimmig)

Gentechnologie und Humangenetik
Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 17. Januar 1989
(Drucksache 12/414)

Herr Senatsdirektor Professor Dr. Hoffmann, sind Sie bereit, die Antwort zu geben? — Bitte sehr!

Senatsdirektor Professor Dr. Hoffmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Erstens: Der Senat ist der Auffassung, daß ein dringender Bedarf für einen sicherheits- und ordnungsrechtlichen Rahmen der Gentechnologie besteht und hält eine Regelung in Form eines einheitlichen Gesetzes für erforderlich. Die Aufforderung an die Bundesregierung, die für erforderlich erachtete gesetzliche Regelung vorzubereiten, vertritt der Senat

(A) mit Nachdruck. An der Gestaltung der gesetzlichen Regelung arbeitet der Senat in den Ausschüssen des Deutschen Bundesrates und in Bund-Länder-Arbeitsgruppen mit.

Nach Meinung des Senats muß es oberstes Ziel einer rechtlichen Regelung der Gentechnologie sein, das Leben und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen sowie die Umwelt vor den mit dieser Technik verbundenen Gefahren zu schützen. Dem Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz ist gegenüber den Interessen von Wirtschaft und Forschung eine Priorität einzuräumen. Andererseits verkennt der Senat jedoch auch nicht die Chancen, die in der Gentechnologie stecken, und verweist insofern auf den Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie" an den Deutschen Bundestag aus dem Jahre 1987.

Gentechnologie und Humangenetik gehören zu den Basisinnovationen dieses Jahrhunderts. An sie knüpfen sich viele Hoffnungen für energiesparende und umweltfreundliche Produktionsverfahren, für landwirtschaftliche Erzeugung und für Abfallbeseitigung sowie für die Diagnose und Therapie von Krankheiten. Die eingangs genannte Position wird jedoch beibehalten, solange der Kenntnisstand noch keine verläßliche Einschätzung des Risikopotentials erlaubt.

Zweitens: Der Senat lehnt jegliche eugenische Ausrichtung der Humangenetik ab.

(B) (Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel [DIE GRÜNEN]: So leicht kann man sich aus dem Problem nicht herauslügen!)

Drittens: Der Senat wird gentechnische und humangenetische Forschungen in Bremen im Rahmen der zu erlassenden gesetzlichen Regelungen und der in diesem Zusammenhang zu schaffenden Überwachungsmaßnahmen kontrollieren.

Viertens: Der Senat sieht zur Zeit keine Notwendigkeit, die an der Universität Bremen laufenden und ordnungsgemäß registrierten gentechnischen und humangenetischen Forschungsvorhaben zu beschränken.

Fünftens: Im Forschungsinfrastrukturplan des Landes ist die Biotechnologie als ein auszubauender Forschungsschwerpunkt ausgewiesen. Die Beratungen über den Hochschulentwicklungsplan der Universität sind noch nicht abgeschlossen, es ist daher noch offen, welche Ausrichtung dieser Schwerpunkt aus Universitätssicht haben soll. Sollte die Forschungsrichtung „Sanfte Biotechnologie" in dem Schwerpunkt berücksichtigt sein, wird der Senat die Umsetzbarkeit dieser Entwicklungsplanungen und die Fördermöglichkeit prüfen. — Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senatsdirektor Professor Dr. Hoffmann!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage Sie, ob Sie in eine Aussprache eintreten wollen.

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Ja, das nächste Mal!)

Das ist der Fall!

Meine Damen und Herren, interfraktionell ist Einigung darüber erzielt worden, in der heutigen Sitzung lediglich die Antwort des Senats auf die Große Anfrage entgegenzunehmen und die verlangte Aussprache darüber auf die April-Sitzung zu verschieben.

Ist das der Wille des Hauses?

(Zurufe: Ja!)

Dann werden wir auch so verfahren.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis. (D)

Meine Damen und Herren, wir haben heute noch die Stadtbürgerschaft einzuberufen. Wir könnten ja vielleicht noch einmal einen Punkt aufrufen, oder ist die Meinung, daß wir jetzt mit dem Landtag zu Ende kommen?

Dann möchte ich nur noch Kenntnis geben, daß sämtliche fünf in die Bundesversammlung Gewählten eine Annahmeerklärung unterschrieben haben!

(Abg. Stelljes [SPD]: Jäger auch?)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) dann beendet ist. Wir werden die übrigen Tagesordnungspunkte das nächste Mal beraten müssen.

Ich wünsche unseren Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven einen guten Heimweg und bitte die stadtbremischen Mitglieder, noch hierzubleiben, wir wollen sofort unmittelbar an den Landtag die Stadtbürgerschaft einberufen!

(Schluß der Sitzung 18.35 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen